



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

47. Sitzung

5. Wahlperiode

Freitag, 4. Juli 2008, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel,
Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

	Martina Tegtmeier, SPD	16
	Tino Müller, NPD	17
	Werner Kuhn, CDU	17
	Dr. Marianne Linke, DIE LINKE	19
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU: Errichtung eines Familienkonvents		
– Drucksache 5/1586 –	B e s c h l u s s	21
Martina Tegtmeier, SPD		3
Irene Müller, DIE LINKE		3
Minister Erwin Sellering		5, 6, 7
Birgit Schwebs, DIE LINKE	Antrag der Fraktion der FDP: Lage der Studierenden verbessern	6
Torsten Koplin, DIE LINKE	– Drucksache 5/1578 –	6, 7
Harry Glawe, CDU		7
Ralf Grabow, FDP	Hans Kreher, FDP	8
Tino Müller, NPD	Minister Henry Tesch	9
Jörg Heydorn, SPD	Sebastian Ratjen, FDP	9
B e s c h l u s s	Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE	10
	Mathias Brodkorb, SPD	25
	Birger Lüssow, NPD	27
	Ilka Lochner-Borst, CDU	27
	B e s c h l u s s	30
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Armut, insbesondere Kinderarmut, wirksam bekämpfen – chancengleiche Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen sichern		
– Drucksache 5/1575 –	Antrag der Fraktion der NPD: Kennzeichnung für Milchprodukte mit angemessener Vergütung für Milchbauern	11
Änderungsantrag der Fraktion der FDP	– Drucksache 5/1581 –	30
– Drucksache 5/1639 –		11
Irene Müller, DIE LINKE	Raimund Borrmann, NPD	11
Minister Erwin Sellering	Ute Schildt, SPD	13
Ralf Grabow, FDP	B e s c h l u s s	15
		34

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:
**Innovation und technischer Fortschritt
in der medizinischen Versorgung**

– Drucksache 5/1585 – 34

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 5/1640 – 34

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 5/1662 – 34

Werner Kuhn, CDU 34

Minister Erwin Sellering 36, 37

Helmut Holter, DIE LINKE 37

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE 38

Jörg Heydorn, SPD 40

Ralf Grabow, FDP 40

Stefan Köster, NPD 40

Harry Glawe, CDU 41

Ralf Grabow, FDP
(zur Geschäftsordnung) 43

Helmut Holter, DIE LINKE
(zur Geschäftsordnung) 43

B e s c h l u s s 43

Antrag der Fraktion der NPD:

Den Volkswillen der Iren achten

– Drucksache 5/1583 – 58

Udo Pastörs, NPD 58, 63

Barbara Borchardt, DIE LINKE 60

B e s c h l u s s 64

**Persönliche Bemerkung des
Abgeordneten Raimund Borrmann, NPD,
gemäß § 88 GO LT**

..... 65

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Situation und Perspektiven der Nebenerwerbs-
landwirte in Mecklenburg-Vorpommern
wissenschaftlich untersuchen**

– Drucksache 5/1576 – 65

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE 65, 70

Minister Lorenz Caffier 66

Sigrun Reese, FDP 68

Ute Schildt, SPD 68

Raimund Borrmann, NPD 69

Dr. Henning von Storch, CDU 70

B e s c h l u s s 70

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Telekom-Abhörskandal verurteilen,
unverzüglich Konsequenzen ziehen,
Datenschutz stärken**

– Drucksache 5/1528 – 43

Barbara Borchardt, DIE LINKE 43, 49

Minister Lorenz Caffier 45

Gino Leonhard, FDP 46

Reinhard Dankert, SPD 46

Udo Pastörs, NPD 47

Matthias Lietz, CDU 48

B e s c h l u s s 49

Nächste Sitzung

Mittwoch, 24. September 2008 71

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Kulturelle Infrastruktur und
demografischer Wandel**

– Drucksache 5/1573 – 50

Torsten Koplin, DIE LINKE 50, 56

Minister Henry Tesch 51

Hans Kreher, FDP 53

Jörg Vierkant, CDU 53

Raimund Borrmann, NPD 54

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD 55

B e s c h l u s s 58

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 47. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Errichtung eines Familienkonvents, auf Drucksache 5/1586.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU:
Errichtung eines Familienkonvents
– Drucksache 5/1586 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 5. und 6. Juli feiern wir den Mecklenburg-Vorpommern-Tag, der dieses Mal als zentrale Themen „Kinder und Gesundheit“ und „Familienland M-V“ aufgreift. Und dies kommt nicht von ungefähr, sondern dies ist auch Ausdruck der Bestrebungen, unser Land zu einem ausgesprochen familienfreundlichen Bundesland zu machen.

Familienfreundlichkeit muss im unmittelbaren Umfeld der Familien erlebbar sein. Sie bedeutet einen unmittelbaren Standortvorteil, da Familien sich Wohngebiete, Gemeinden, Umgebungen suchen, wo sie willkommen sind und Unterstützung erfahren. Die Gestaltung ist am erfolgreichsten in Kommunen, in Städten und Gemeinden möglich. In den Regionen müssen unter Berücksichtigung des Bevölkerungsrückgangs innovative Lösungen bei der Gestaltung sozialer Prozesse für eine kinder- und familienfreundliche Zukunft entwickelt werden. Kinder und Familien müssen im politischen Alltag und besonders an sie betreffenden Planungsvorhaben und politischen Entscheidungen mitwirken können. Wir benötigen einen kinder- und familienpolitischen Aufbruch. Wir müssen den Bewusstseins- und Wertewandel hin zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit durch eine aktive Politik unter Einbeziehung aller Akteure im Land unterstützen und vorantreiben. Hierzu müssen wir mit den Kommunen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Lokalen Bündnissen für Familie, den Kirchen und anderen gesellschaftlichen Organisationen und selbstverständlich den Betroffenen eine Allianz für Kinder und Familie ins Leben rufen.

Alle zwei Jahre sollen Mütter, Väter, Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Bündnisse für Familie, Vertreter und Vertreterinnen von familienpolitisch engagierten Verbänden und Vereinen sowie Körperschaften in einem Familienkonvent im Schweriner Schloss zusammenkommen und über die Belange von Kindern und Familien beraten. Der Familienkonvent soll als landesweite Interessenvertretung von Familien in Mecklenburg-Vorpommern die regionale und gesellschaftliche Vielfalt der Lebenssituation von Familien abbilden. Aufgabe des Konvents soll die Formulierung konkreter Anliegen der Familienpolitik sein, um gemeinsam mit Landtag und Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zum familienfreundlichsten Land in der Bundesrepublik Deutschland zu gestalten.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Gestern wollten wir konkret werden. Da haben Sie alle gekniffen.)

Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Tegtmeier.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Guten Morgen, meine lieben Damen und Herren! Werte Abgeordnete! Frau Präsidentin! Wir haben gleich zu Anfang einen Antrag auf der Tagesordnung, wo man denken müsste, dass wir uns hier mit einem der meistdiskutierten Themen in unserem Land befassen: Familienpolitik – ein Thema, wo ich denke, dass es sich manchmal so darstellt, als ob man darüber spricht, weil man dabei so schön unkonkret sein kann. Dieser Antrag liegt uns vor und es ist ganz unbestritten, alle demokratischen Parteien sind der Auffassung und vertreten Dinge, die die Familienpolitik nach vorn bringen sollen. Da ist erst mal keine Unterschiedlichkeit. Aber schon, wenn es darum geht, Familienpolitik, gute Familienpolitik zu definieren, denke ich, kommen Unterschiede zutage.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist wohl wahr.)

Zumindest die Fraktion DIE LINKE, also meine Fraktion, versteht unter guter Familienpolitik weder alle Anstrengungen, die nicht unternommen werden, um Kinderarmut zu verhindern, wir verstehen darunter auch nicht, dass Bildungsbenachteiligung in diesem Land zwar bemerkt, aber nicht ernsthaft bekämpft wird. Wie sollen wir sonst Ergebnisse einer schlechten Familienpolitik einschätzen, wenn es sich nicht ausdrücken würde in Aktionen von Verbänden und Vereinen, die uns sehr deutlich sagen, was sie von Familienpolitik halten und wie sie Familienpolitik verstehen. Und da beginnen dann meine Zweifel an der Ernsthaftigkeit und an der Ehrenhaftigkeit dieses Antrages.

(Harry Glawe, CDU: Was?!)

Herr Selling und die Koalition, Sie gehen immer davon aus, dass sogenannte weiche Faktoren – übersetzt ins Deutsche: Dinge, die meistens nichts oder nur ganz wenig kosten dürfen – ausreichen würden, dass wir unsere Familienpolitik nach vorn bringen in Richtung Armutsbekämpfung, in Richtung Chancengleichheit, in die Richtung, dass Familien sich in unserem Land wohlfühlen können. Und gerade das, meine Damen und Herren, funktioniert nicht. Das ist uns vielschichtig dargestellt und dargelegt worden und es sollte nun wirklich begriffen werden – allerdings nicht mit so einem Antrag, den Sie uns hier vorlegen, wo nichts, aber auch gar nichts dargestellt ist. Schlimmer noch – Frau Tegtmeier, Sie sagten es gerade –: Sie wollen den Familienkonvent haben, um zum Schluss zu definieren, was denn nun eigentlich gemacht werden muss. Wozu haben wir in diesem Land Mecklenburg-Vorpommern eigentlich diese vielen Verbände und Vereine, die Bündnisse für Familie, die sehr wohl – spezifisch meistens oder vielmals, aber ganz genau – darstellen, was gute Familienpolitik ist?

In der Koalitionsvereinbarung können wir lesen, dass die Koalitionäre, also die SPD und die CDU, angetreten sind, um eine mutige Familienpolitik zu machen, eine mutige

Familienpolitik für Mecklenburg-Vorpommern und für Deutschland. Was ist nun aber bitte sehr eine mutige Familienpolitik? Ist es ...

(Harry Glawe, CDU: Sie werden uns das jetzt sagen, hoffentlich.)

Ich versuche es zu formulieren beziehungsweise erfrage es.

Ist eine mutige Familienpolitik, dass es hier bei uns im Land Mecklenburg-Vorpommern wirklich gestern dazu gekommen ist, dass die Finanzierung der Vorschul-erziehung finanziell gekürzt worden ist? Ich sage es noch einmal, damit Sie uns nicht wieder mit Ihren komischen Additionen kommen: Sie haben gekürzt im Gesetz und das bedeutet, dass Sie im Gesetz weniger Geld verankert haben, also weniger Verpflichtung haben und willkürlich mit den Haushaltsplänen dieses und jenes gestalten können. Es ist kein Verlass. Und genau das war das Votum derer, die zur Anhörung waren und die einheitlich gesagt haben, dass sie diese Kürzung nicht wollen, diese Kürzung im Gesetz.

Oder ist es vielleicht mutig, dass Kinder in Bedarfs-ge-meinschaften in diesem Jahr eben nicht alle darauf hoffen dürfen, dass sie eine Schultasche haben mit dem entsprechenden Inhalt, dass sie eine Schultüte haben? Vielleicht ist es ja auch mutig, den von Hartz IV Betroffenen schon im Vorfeld eines Tribunals zu erklären, dass das alles Populismus ist und alles gar nicht so schlimm ist und sie sollten sich mit anderen Dingen beschäftigen, die wichtiger wären.

Vielleicht ist es ja auch eine mutige Familienpolitik, wenn Schulabgänger sich bewerben, trotzdem aber irgendwie im Schwimmen sind, weil sie gar nicht wissen, ob ihre Klassen an der Berufsschule nun aufmachen oder nicht und, wenn ja, dann wo und mit wie vielen.

Ist es vielleicht eine mutige Familienpolitik – denn die gehören auch zur Familie –, wenn Seniorinnen und Senioren im Altenparlament sehr wohl darstellen, was sie von der Politik erwarten und ein Antrag unsererseits hier abgeschmettert wird, mit der Meinung: Das machen wir alles. Die Regierung ist ja beschäftigt, sie tut ja alles für die älteren Leute und in Arbeitskreisen wird das schon dargestellt. Wir hatten allerdings eine Zeitschiene gefordert, wo hier regelmäßig dargestellt wird, wie die Abrechnung der Forderungen des Seniorenparlamentes ist.

Das ist eine mutige Familienpolitik, meine Damen und Herren?

Wir haben in den letzten Tagen gehört von Schließungen von Jugendklubs. Wir hören in unseren eigenen Kreisen von Schließungen von Familienberatungsstellen, weil sie finanziell nicht so ausgestattet sind, wie sie es brauchen. Manch ein Politiker kommt dann in der Zeitung des Weges mit der hervorragenden Meinung, man könnte ja einen Eigenanteil bezahlen. Natürlich, wenn ich in der Familie Hilfe brauche und am Ende bin, dann gehe ich erst mal zur Beratungsstelle hin, bezahle meinen Obolus, um dann bitte schön betrachtet zu werden. Nein, meine Koalitionäre, das ist keine mutige Familienpolitik. Das ist jedenfalls nicht das, was wir unter mutiger, sprich fortschrittlicher, nach vorn zeigender Familienpolitik verstehen.

Außerdem fragen ich und meine Fraktion: Was soll mit dem Konvent bewirkt werden? Ist der Konvent jetzt etwa der Ersatz des Landesfamilientages? Sollte das so sein,

dann wissen wir ja schon, was in allernächster Zeit als Antrag von Ihnen hier kommen wird: der Landesfamili-entag. Dieser Antrag lässt sich also schon vorausbestimmen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich glaube, du hast recht. Der Minister hat genickt. – Zurufe von Minister Erwin Sellering und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Die nächste Frage, die Sie auch, Frau Tegtmeier, völlig unbeantwortet gelassen haben: Wie soll sich denn der Familienkonvent zusammensetzen? Ich habe hier schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass es x Ver-bände und Vereine bei uns in Mecklenburg-Vorpommern gibt, die sich sehr wohl mit Familienpolitik beschäftigen.

(Harry Glawe, CDU: Das hat Frau Tegtmeier alles aufgezählt.)

Das sind einmal 18, nein, ungefähr 15 Familienbünd-nisse, richtig. Das sind Verbände und Vereine, die sich mit Familienpolitik befassen. Das ist zum Beispiel der Kinderschutzbund, das sind Kirchen, das sind Gewerk-schaften, das ist die LAG Schuldnerberatung, das sind Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und so weiter und so fort. Es gibt sogar einen Familienverband hier im Land Mecklenburg-Vorpommern und es gibt auch eine Familienpartei. Und wie wollen Sie eigentlich die einzel-nen Väter und Mütter – wie in Ihrem Antrag zu lesen – in den Familienkonvent einbeziehen? Wie suchen Sie die denn aus?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Müller, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Irene Müller, DIE LINKE: Haben Sie jetzt gesagt, 30 Sekunden noch?

Ich bitte immer darum, mir 30 Sekunden vorher Bescheid zu sagen. Alle anderen bekommen das durch die Lampe mit, ich nicht.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich habe Ihnen schon etwas Redezeit dazugegeben.

Irene Müller, DIE LINKE: Aber Sie haben ja nichts gesagt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Also, es gibt die Landesarmutskonferenz und das Erwerbslosenparlament und, und, und.

Da das alles so mehr als schwammig ist, was ein Fami-lienkonvent bewirken soll und mit wem, bitte ich, diesen Antrag, weil wir uns der Sache nicht verschließen wollen, in den Finanzausschuss, den Innenausschuss und den Sozialausschuss zu überweisen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Müller.

Das Wort hat jetzt der Sozialminister des Landes Meck-lenburg-Vorpommern Herr Sellering.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Jetzt gibt er dir recht, Irene. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
So direkt? Das ist nicht seine Art.)

Minister Erwin Sellering: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Herr Roolf, Sie haben ja schon gehofft, dass der Minister sein eigenes Parlament vergessen hat.

(Michael Roolf, FDP: Schön, dass Sie da sind!)

Ganz so war es nicht, sondern der eine Beisitzer hat den Überblick über den Zettel verloren. Das ist schon alles.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wer war das? Herr Stein? Aha!)

Natürlich spreche ich sehr gern und selbstverständlich hier zu dieser wichtigen Frage, denn zu dem, was ich Ihnen hier schon mehrfach unter der Überschrift „Kinderland M-V“ vorgestellt habe, dass die beiden Regierungskoalitionen dieses Land mit großen Anstrengungen familienfreundlicher machen wollen, gehört selbstverständlich das Familienparlament dazu und das werden wir auch umsetzen.

Meine Damen und Herren, jetzt hat Frau Müller vor mir gesprochen. Das ist gar nicht schlecht, dass ich darauf eingehen kann, was sie gesagt hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Meine Damen und Herren, Sie bringen ja von der Linkspartei immer wieder auch unter der Überschrift „Familienpolitik“ Anträge hier ein, die sich sämtlich – sämtlich! – darauf beziehen, dass es um Erhöhung der Sozialleistungen geht,

(Irene Müller, DIE LINKE: Aha!)

um Erhöhung dessen, was wir denjenigen zahlen, die sich leider selbst nicht helfen können, die keine Arbeit haben. Und Sie fordern immer wieder eine Erhöhung der Regelsätze.

(Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Dazu muss ich Ihnen ganz klar sagen: Für die beiden Regierungsfractionen ist Familienpolitik mehr, deutlich mehr.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wir setzen uns selbstverständlich auch dafür ein – Sie wissen, dass ich einen entsprechenden Antrag bei der Familienministerkonferenz initiiert und auch durchgesetzt habe und dass wir jetzt im Bundesrat damit sind –, dass das, was wir denjenigen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, zahlen, konkret berechnet wird, damit ich einer Mutter sagen kann: Das Geld, was du für dein Kind bekommst, das reicht auch wirklich aus, um davon vernünftiges Essen zu kaufen, um vernünftige Kleidung zu kaufen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Die Initiative kam aus Niedersachsen und nicht von uns.)

Also das ist der Punkt, an dem wir selbstverständlich arbeiten.

Und, Frau Müller, ich muss sagen,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

ich finde den Vorwurf ein bisschen unfair, zu sagen, ansonsten würden wir auf die weichen Faktoren setzen. 20,5 Millionen pro Jahr mehr, das sind keine weichen Faktoren, sondern das ist etwas, wo wir uns wirklich mit großer Kraft einsetzen und mehr für Familie tun.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ich habe mir auch das Brot für 49 Cent verkniffen.)

Aber ich denke, auch da sind wir uns immer einig gewesen hier in diesem Hohen Haus, wenn wir uns ernsthaft mit Einzelfragen auseinandergesetzt haben, gute Familienpolitik muss natürlich Geld zur Verfügung stellen, aber es ist auch deutlich mehr als das. Es geht vor allem darum, dass wir denen, die sich besonders für Familie einsetzen, auch die Möglichkeit geben, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, dass sich Vater, Mutter, die Großeltern, wenn sie sich einsetzen wollen, auch die Möglichkeit zur Mitsprache bekommen.

Und deshalb – um auf diesen Antrag zu kommen – ist es sehr wichtig, dass wir nicht etwa sagen, wir als Land machen ein paar Gesetze, ein paar Verordnungen und dann sind wir familienfreundlicher, sondern wir müssen die Möglichkeiten schaffen, dass sich Menschen beteiligen. Das tun sie in sehr großem Umfang vor Ort.

Sie haben die örtlichen Bündnisse für Familie angesprochen. Das ist eine tolle Sache, die seit Jahren und sehr engagiert auch hier von der Landesregierung gefördert wird, mit Geld gefördert wird, aber auch vor allem mit Unterstützung gefördert wird. Ich habe sehr viele der örtlichen Bündnisse in den letzten Monaten besucht. Einmal im Jahr treffen die sich insgesamt. Ich war schon zweimal da, habe mit ihnen gesprochen und versucht aufzunehmen, in einen Dialog zu treten. Was brauchen wir, damit da vor Ort sehr gute Arbeit geleistet werden kann? Die Idee zu einem Familienparlament ist gerade in Kontakt mit den örtlichen Bündnissen für Familie geboren. Wir alle beklagen manchmal, und wenn es Interviews gibt von Zeitungen aus Westdeutschland, die sich mit der Frage beschäftigen, wie viele Parteimitglieder denn hier die politischen Parteien im Osten haben, und wo gesagt wird ...

(Die Abgeordnete Birgit Schwebs
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich würde sehr gerne zu Ende reden und dann Ihre Frage beantworten, Frau Schwebs.

... und wir gefragt werden: „Wie kommt das denn, dass sich bei euch weniger Leute engagieren? Wie kriegen wir Menschen dazu, sich politisch zu engagieren?“, dann ist, glaube ich, eine klare Lösung, dass wir nicht jedem und jeder anbieten müssen, in einer politischen Partei mitzuarbeiten, sondern in einer bestimmten Frage möglichst vor Ort. Da ist Familienpolitik etwas, was Menschen sehr direkt interessiert und wo es darum geht zu sagen, da kann ich mich engagieren. Das passiert in örtlichen Bündnissen für Familie.

Und ich möchte mit diesem Familienparlament – im Moment heißt es Konvent – den vielen örtlichen Stimmen, die sich da sehr engagiert haben, eine zentrale Stimme hier im Landtag geben. Ich möchte, dass hier im Landtag, in dem sonst 71 gewählte Abgeordnete sitzen, dann 71 Abgeordnete sitzen, die sozusagen für Familie sprechen.

Sie haben eben sehr, sehr hervorgehoben, dass wir im Land viele Vereinigungen haben, Verbände, die sich einsetzen für Familie. Das ist richtig und ich finde das auch gut, dass wir viele Engagierte haben, die ehrenamtlich und hauptamtlich sich besonders einsetzen, aber ich halte es für sehr wichtig – das ist meine Erfahrung mit den örtlichen Bündnissen vor Ort –, dass sich auch Väter

und Mütter artikulieren und direkt einbringen und einfach die wirklichen Belange von Familie einbringen. Deshalb wäre mein Ziel, dass wir die 71 mindestens zur Hälfte sozusagen mit einfachen, „normalen“ Eltern besetzen, die das einfach einbringen, und nicht Verbandsinteressen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wir wissen natürlich, Verbandsinteressen sind auch immer lobbyistische Interessen. Die gibt es doch auch. Die gehen doch auch dann über die einzelne Familie hinaus. Das muss man noch mal ganz, ganz deutlich sagen.

Deshalb meine ich, sind wir gut beraten, einen Weg zu finden, wie sich dieses Familienparlament hier alle zwei Jahre treffen kann. Das ist ganz klar eine Veranstaltung mit hohem symbolischem Wert,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

die deutlich macht, dieser Landesregierung, diesem Parlament geht es darum, Familie auch eine politische Stimme zu geben, in diesem Rahmen deutlich zu machen, hier beraten doch die Fragen, die euch interessieren. Ich rate allen Kolleginnen und Kollegen, dann sehr aufmerksam zuzuhören und das aufzunehmen, was da gesagt wird. Und ich rate auch dazu, dass wir in Gesprächen vorher mit denen, die dann in dieses Familienparlament kommen, klären,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

dass es nicht darum geht, dass bestimmte Verbandsvertreter hierher kommen, Beschlüsse fassen und sagen, die müssen jetzt eins zu eins umgesetzt werden. Es geht auch dabei ganz klar um einen Dialog, es geht um Anregungen an die Politik, es geht um ein Gespräch dafür.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Verbände sind Interessenvertreter!)

Deshalb muss auch so eine Veranstaltung sehr gut vorbereitet sein.

(Irene Müller, DIE LINKE: Verbände und
Verbandsvertreter, was sind denn das für Leute?!)

Mit den technischen Möglichkeiten, die wir haben, ist das, glaube ich, sehr leicht möglich, bestimmte Themen schon vorher reinzugeben, vorher zu besprechen. Vielleicht kann man eine Ausschussarbeit vorschalten, sodass dann hier bei dem Familienparlament tatsächlich eine Artikulation herauskommt.

Ich bin sehr dafür, anzuknüpfen an die örtlichen Bündnisse für Familie, in einem Vorbereitungskomitee zu bereden, wer soll denn wie viele Leute entsenden. Ich glaube, dann bekommen wir hier eine gute Veranstaltung zusammen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Vielleicht
gibt es ja noch andere Strukturmöglichkeiten.)

Ich will zum Abschluss noch auf einen Punkt eingehen, der ja von der LINKEN immer wieder vorgebracht wird und den eben auch Frau Müller noch mal angesprochen hat, nämlich die Behauptung, dass die 7 Millionen für die vorschulische Bildung mehr gewesen seien als die 11 Millionen, die wir jetzt zur Verfügung stellen. Wir haben die Grundrechenarten jetzt mal immer wieder ausgetauscht. Ich nehme jetzt wahr, dass als Kritik nur noch überbleibt zu sagen, ja, diese 11 Millionen, die sind

eben nicht im Gesetz. Also da muss ich sagen, dass es die Menschen wahrscheinlich nicht interessiert, ob Geld, das sie bekommen, im Gesetz oder in der Verordnung ist, sondern die interessiert, ob es im Portemonnaie ist. Und im Portemonnaie ist eben deutlich mehr.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich wäre jetzt bereit, Frau Schwebs' Frage zu beantworten.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte, Frau Abgeordnete, stellen Sie Ihre Zwischenfrage.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Also mich würde interessieren, ob es für den Familienkonvent oder das Familienparlament, wie Sie das ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Mikro! Mikro!)

Herr Minister, mich würde mal interessieren, ob es für den Familienkonvent oder das Familienparlament, wie Sie das jetzt in Ihrem Beitrag genannt haben, schon finanzielle Vorstellungen gibt von Ihrer Seite und wo im Haushaltsplan denn dieser Titel sozusagen verankert ist für die Gelder, die man dafür benötigt?

Minister Erwin Sellering: Sie rekurren zu Recht darauf, dass dieses Familienparlament, dieses Familienkonvent meine Idee ist, die ich sehr gerne gemeinsam mit den anderen Regierungsmitgliedern umsetzen möchte, aber wir haben doch im Moment einen Antrag der beiden Fraktionen hier in diesem Hohen Hause vorliegen, von dem ich hoffe, dass er unterstützt wird von den beiden anderen demokratischen Fraktionen hier in diesem Hohen Hause,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und dann möchte ich ihnen nicht die vornehmste Aufgabe, das dann auch zu finanzieren, abnehmen.

(Der Abgeordnete Torsten Koplin
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Danke schön.

(Michael Roof, FDP: Das hat uns erfreut. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist ein sehr interessanter Punkt. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es gibt eine weitere Zwischenfrage vom Abgeordneten Herrn Koplin, Herr Minister.

Bitte schön.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Herr Minister, ich habe Sie so verstanden, dass Sie auf dem Familienkonvent Wünsche, Vorstellungen, Vorschläge aufnehmen wollen. Was spricht aus Ihrer Sicht dagegen, dass man bereits jetzt konkrete Schritte unternimmt, um die Situation von Familien zu verbessern und zugleich den Konvent vorberichtet? Also das eine tut ...

(Volker Schlotmann, SPD: Das macht er doch!)

Ich frage deshalb, weil gestern ja der Vorschlag auf dem Tisch lag, 150 Euro bereitzustellen für Kinder zum Schulanfang, als Hilfeleistung. Ich sehe nämlich einen Widerspruch darin – vielleicht können Sie den aufklären –,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

dass einerseits diese konkrete Hilfeleistung verwehrt wird und wir dann lieber zum Konvent gehen und uns anhören werden, was an Vorstellungen kommt. Sollte man nicht – das ist die Frage, Herr Minister – beides tun?

Minister Erwin Sellering: Eine politische Meisterschaft besteht darin, in einer Frage viele Aussagen zu verpacken. Ich möchte den Aussagen, die Sie da verpackt haben, vehement widersprechen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sie wissen ja aus den letzten Monaten, seit anderthalb Jahren, dass diese Landesregierung einen Schwerpunkt nicht nur in der Planung, sondern einen Schwerpunkt im Handeln hat,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Bis jetzt nur in der Planung. – Irene Müller, DIE LINKE: Sie planen ja wie verrückt.)

gute Familienpolitik zu machen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Dass manche Maßnahmen, die gesetzlich,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

die gesetzlich, liebe Frau Müller, was Ihnen ja so am Herzen liegt, festgelegt werden müssen, dass die deshalb Zeit brauchen, weil sie die parlamentarische Prozedur durchlaufen müssen, an deren Geschwindigkeit oder Langsamkeit dann natürlich auch dieses Hohe Haus Anteil hat, das ist doch selbstverständlich, dass also manche Maßnahmen schneller, manche etwas langsamer gehen. Nehmen Sie die Maßnahme, dass wir zum nächsten Schuljahr, wie wir immer gesagt haben, etwas tun wollen bei der Entlastung der Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr, bei der Hilfe zum Mittagessen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, schauen wir mal.)

Das wird selbstverständlich pünktlich passieren. Ich glaube, da haben wir auch keinen Zeitdruck, das viele Monate vorher festzulegen, sondern das muss einfach passieren und umgesetzt werden. Insofern sind wir mit vielen Maßnahmen unterwegs.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich möchte Ihre Frage vielleicht mit einer Gegenfrage beantworten: Haben Sie denn wirklich etwas dagegen, dass wir der Familienpolitik, der wir einen so hohen Stellenwert einräumen, wir alle gemeinsam hier in diesem Hohen Haus, dass wir sogar über Einzelheiten streiten, immer wieder streiten, wie es am besten geht – aber dass wir da ganz viel tun, ist doch völlig klar –,

(Irene Müller, DIE LINKE: Nein, da haben wir nichts dagegen, das habe ich doch deutlich gesagt.)

wollen Sie denn wirklich sagen, das wollen wir nicht dadurch hervorheben, dass wir denen hier im Land, die sehr gut, auch viel ehrenamtlich, unterwegs sind, da viel tun, dann hier so eine politische Bühne bieten? Sind Sie wirklich dagegen oder wie sind Ihre Bedenken? Das verstehe ich nicht.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das habe ich doch gesagt. Nein, sind wir nicht. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das kann ich auch nicht verstehen. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Dann haben Sie Frau Müller nicht zugehört.)

Diese Gegenfrage soll meine Antwort gewesen sein.

(Irene Müller, DIE LINKE: Nein, das ist keine Gegenfrage. Das ist einfach nicht zugehört. – Zuruf von Michael Rooff, FDP)

Torsten Koplin, DIE LINKE: Ja, danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, der Abgeordnete möchte eine weitere Zwischenfrage stellen.

Minister Erwin Sellering: Sehr gerne.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bevor er das tut, Herr Koplin, muss ich auch Sie darauf hinweisen: Laut Paragraf 81 Absatz 4 der Geschäftsordnung gilt für Zwischenfragen selbstverständlich kurz und präzise.

Bitte.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Okay, ich habe mich eigentlich nur gemeldet, um mitzuteilen, dass ich auf diese Gegenfrage nicht antworten darf nach der Geschäftsordnung. Aber dass Sie mir politische Meisterschaft attestiert haben, dass hätte ich gerne im Protokoll.

Minister Erwin Sellering: Das ist doch selbstverständlich drin. Ich würde Ihnen sogar Listigkeit bescheinigen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wir kommen darauf zurück.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, das war keine Zwischenfrage.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Koalitionäre bringen einen weiteren Baustein für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das Haus ist ja bald fertig.)

im Land Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

und dazu gehört nun mal auch die Einrichtung eines Familienkonvents oder eines Familienparlaments in der Anzahl von 71 Personen.

(Udo Pastörs, NPD: Die Ruine wird vollendet. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist eine wichtige und gute Chance, zum gesellschaftlichen Dialog zu einer familienfreundlichen Gesellschaft auch hier in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern beizutragen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Vergesslichkeit. Das ist einfach Vergesslichkeit.)

Deswegen sind wir sehr froh, dass die Koalition diesen Antrag auf den Weg bringt.

Meine Damen und Herren, das ewige Genörgel der LINKEN ist ja so langsam permanent. Und wenn richtig festgestellt wird, dass diese Koalition es sich zu einer wichtigen Aufgabe gemacht hat, die Familienpolitik, und zwar eine mutige Familienpolitik auf den Weg zu bringen, dann, meine ich schon, haben wir in den zwei Jahren mehr erreicht als Rot-Rot in acht Jahren Regierungszeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Dazu gehört es eben – und da will ich auf Herrn Koplin gerne noch mal eingehen, wenn er jetzt hier gerade vorgetragen hat, dass gestern ein Antrag in Höhe von 150 Euro abgelehnt worden ist, um Einschulungszuschüsse und andere Dinge zu erbringen –, ich sage Ihnen, wir entlasten ab September pro Monat die Familien um 80 Euro. Das sind nach einem Schuljahr 960 Euro, meine Damen und Herren.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:

Na, das wollen wir erst einmal sehen!)

Da, glaube ich schon, haben wir die besseren Antworten für reale Familienpolitik und vor allen Dingen eine Gestaltung der Eltern zu Hause für ihre Kinder, die Schule gut vorzubereiten. Da sind Ihre 150 Euro recht wenig im Verhältnis zu dem, was wir machen, meine Damen und Herren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aha!)

Das ist so.

Zu den Dingen, die jetzt kommen, wird die Regierung, denke ich, richtige Vorschläge unterbreiten. Wir brauchen heute den Auftrag an die Landesregierung, ein Familienparlament oder -konvent einzurichten, und darüber sind wir als CDU-Fraktion sehr froh, denn dieser Baustein ist wichtig, um gesellschaftliche Dialoge und Debatten auf den Weg zu bringen mit allen Beteiligten in diesem Land. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Die Abgeordnete Dr. Marianne Linke
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Glawe hatte seinen Beitrag eigentlich beendet, Frau Linke.

(Harry Glawe, CDU:
Das machen wir nächstes Mal.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will vorausschicken, dass die FDP diesen Antrag begrüßt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Donnerwetter!)

Es hätte sich wahrscheinlich auch jemand gewundert. Es gibt ja so ein Sprichwort: „Was lange währt, wird gut.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Man könnte auch noch sagen „endlich gut“, denn 2007 – im Mai – hat die FDP-Fraktion einen Antrag gestellt, einen Kindergipfel einzuberufen, um genau das, was wir die letzten zwölf Monate oft hier im Landtag hatten, die verschiedenen Ideen, mit den Fachleuten zu diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Herr Glawe, auch Sie haben damals schon das Familienparlament angesprochen.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Zwölf Monate haben wir gebraucht, um das heute hinzubekommen. Das ist natürlich sehr, sehr lange.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Es steht immer noch nicht drin.)

Und eins muss mir noch einer erklären.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie wissen immer noch nicht, wie es geht.)

Dazu kommen wir noch, Herr Methling. Das traue ich denen ja zu. Wir können Ihnen ja dabei helfen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion
der FDP – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Eins muss man mir allerdings noch erklären: Was ist der Unterschied zwischen „Familiengipfel“ und „Familienkonvent“? Aber wahrscheinlich bin ich im Osten groß geworden

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Hans Kreher, FDP: Ja, genau.)

und deswegen habe ich mit dem „Konvent“ so ein bisschen Probleme.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Dieser Konvent wird ein Gipfel sein.)

Ich habe an dieser Stelle eine Bitte.

(Unruhe bei Abgeordneten der
Fraktion DIE LINKE – Michael Roolf, FDP:
Lasst ihn doch mal Inhalte jetzt vorbringen. –
Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Udo Pastörs, NPD)

Ich habe eine Bitte an dieser Stelle: Dass wir über Parteigrenzen, über die demokratischen Parteien hinweg – und das ist meine Angst –

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

auch wirklich versuchen, hier einen breiten Konsens der Mitmenschen zu finden, und – Herr Minister hat es ja schon teilweise ausgeführt – sicherlich von den betroffenen Verbänden, aber eben auch von Eltern. Und ich finde nicht, dass das noch zwei Jahre dauern muss.

Vielleicht ein Tipp am Rande, ich erlebe das ja gerade am Tag der Behinderten – wir sind noch nicht durch, aber ich hoffe, dass wir das noch schaffen in diesem Jahr und dass diese Vorbereitung nicht ganz so lange dauert –:

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dass man vielleicht jetzt schon mal über ein Vorbereitungskomitee nachdenkt. Vielleicht kann man da Einzelrunden vorweg veranstalten, die schon Probleme aufgreifen können, sodass man sich vielleicht auch den einen oder anderen Antrag in diesem Hohen Hause ersparen kann, weil die Fachleute schon selbst einiges zusammenstellen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

denn ich glaube, das würde zu einer sehr hohen Effektivität in diesem Hause führen. Sonst, glaube ich, haben wir in den nächsten zwölf Monaten noch mal viele

Anträge. Vielleicht kann man das mit einer gemeinsamen Vorbereitungsgruppe und nicht ganz so langem Warten schneller hinbekommen. Ich glaube, wir haben genug dringende Probleme.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und ob!)

Denken Sie daran, wir wollen das KiföG noch irgendwann in diesem Jahr anpacken. Wir haben andere brennende Aufgaben. Wir hatten gestern Gender Mainstreaming, da ging es um Arbeit und Beruf. Da wird noch einiges auf uns zukommen, was wir machen wollen. Wir wissen, dass wir viele junge Leute verlieren, und darüber müssen wir uns Gedanken machen. Ich finde, die Zeit haben wir nicht. Wir sollten uns effektiv etwas überlegen. Da bitte ich darum, dass wirklich alle mitmachen dürfen und die vier demokratischen Parteien von vornherein in die Planung mit eingebunden werden, sodass wir einen breiten Konsens hinkriegen. Es hilft auch nicht, wenn wieder eine Truppe draußen bleibt, denn dann wird es wieder so ein Hin und Her. Ich glaube, wir sollten uns streiten um die besseren Ideen. Unsere Partei wird sich diesem Antrag anschließen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unter dem Begriff „Konvent“ stellt man sich in der Regel die Zusammenkunft der Angehörigen eines Klosters vor. Erst mit dem zweiten Gedanken fallen einem die verfassungsgebenden Versammlungen oder die studentischen Sitzungen ein. In diesem Fall sind wir davon überzeugt, dass der Koalitionsblock in seinem Antrag mit besonderer Hintertriebenheit den Namen „Familienkonvent“ gewählt hat. Unter dem Vorwand familienpolitischen Engagements versuchen die sich hier im Wanken Befindlichen, der parteipolitischen Machtstellung ein neues Gesicht zu verpassen. Warum nennen Sie die ganze Geschichte nicht gleich „Familiensynode“, um in einem Atemzug gleich die Dogmen des schrankenlosen liberalen Zeitabschnitts zu propagieren?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Was war denn das jetzt wieder?)

Dass sich hier in diesem Haus auch so eine klösterliche Bruderschaft zusammengefunden hat, wurde bei jeder Landtagssitzung bewiesen. Nur heißt es hier eben nicht mehr „Bann und Fluch“, sondern „Ordnungsruf“ oder „Ministererlass“. Der Rest ist jedoch ähnlich. Die Erde ist eine Scheibe, und Natur- und Lebensgesetze gelten einfach nicht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ich glaube, Sie sollten auch besser ins Kloster gehen.)

Der hier eingebrachte Antrag der SPD und CDU passt vorzüglich: nebulös, ja, fast übersinnlich die Formulierungen und Absichtserklärungen, eben nicht von dieser Welt – wie der klösterliche Konvent. Doch bringen wir es einfach auf den Punkt, was dieser Antrag eigentlich beabsichtigt. Sie beabsichtigen, Sand in die Augen der Wähler zu streuen, um heucheln zu können: Liebe Kinder, liebe Familien, seht her, wir kümmern uns um euch, eure Anliegen sind auch unsere Anliegen. Doch dies hat nichts mit der von Ihnen verfolgten Politik gemein. Familienfreundlichkeit, Bewusstseins- und Wertewandel zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit sind doch für Sie nur aktuell, wenn wie gerade die Wahlprognosen und -ergebnisse nicht die gewünschten sind und zudem auch die Bundestagswahl im nächsten Jahr ansteht.

Apropos Wertewandel zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit: Soll das etwa heißen, dass die in der westlichen Demokratie gepredigten Werte eines Wandels bedürfen? Da sind Sie auf NPD-Linie, denn wir stehen für die Neuordnung der Werte und dabei insbesondere für die Familienpolitik.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

Mit dem beabsichtigten sogenannten Konvent wird doch nur ein weiteres Instrument geschaffen, wo viel geredet wird und doch nichts geschieht. Dabei sind die eingeforderten Formulierungen von konkreten Anliegen der Familienpolitik längst formuliert. Konkrete Familienanliegen sind: Stopp den Schulschließungen, kürzere und sichere Schulwege, gesundes und bezahlbares Essen und finanzielle Unterstützung,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

wie unlängst meine Partei mit der Forderung nach einem Müttergehalt unterstrich. Da wir den Nutzwert der geplanten Veranstaltung gar nicht tendieren sehen, lehnen wir Ihren Antrag ab. – Amen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sind Sie gläubig? Dann gehen Sie doch ins Kloster!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, jetzt kommt's.)

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Müller, ein bisschen humanistische Bildung wäre nicht schlecht, aber Sie können ja nur vom Zettel ablesen, und das auch nur schlecht, sehr schlecht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich würde Ihnen empfehlen, gehen Sie doch mal – das gibt es ja in Uecker-Randow auch – in eine vernünftige Volkshochschule und lernen Sie erst mal richtig Deutsch.

(Stefan Köster, NPD:
Denken Sie erst mal deutsch!)

Richtig Deutsch lernen, dann können Sie sich hier hinsetzen und dann können Sie uns was erzählen.

(Stefan Köster, NPD: Bekennen Sie sich doch erst mal zum deutschen Volk!)

Ich möchte darauf aufmerksam machen, der Begriff „Konvent“ kommt von dem lateinischen „convenire“. Convenire heißt nichts anderes als zusammenkommen, und darum soll es hier gehen. Es soll also um eine Zusammenkunft gehen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wissen Sie, Herr Pastörs, ich unterstelle, dass Leute, die hier als Abgeordnete im Landtag sitzen, wissen, worum es geht.

(Udo Pastörs, NPD: Draußen sollen sie es verstehen, nicht Sie! – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wollen sie wohl für dumm verkaufen?! – Stefan Köster, NPD: Sie wollen doch mit den Menschen draußen gar nichts zu tun haben. Sie wollen nur kassieren!)

Sie sind doch ein Schwafler. Es tut mir leid, Sie sind ein Schwafler und nichts anderes.

(Stefan Köster, NPD: Sie sind ein Trautmänter!)

Ich habe das gestern schon mal gesagt: die Haare so kurz wie die Gesinnung. So ist es.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie der Verstand.)

Aber jetzt wollen wir,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

jetzt wollen wir uns doch dem Thema widmen.

(Raimund Borrmann, NPD: Genau.)

Ich würde gerne auf Frau Müller eingehen. Frau Müller, Sie haben auf der einen Seite darauf hingewiesen, dass Familienpolitik aus harten Fakten bestehen muss. Mein Kollege Glawe hat schon darauf aufmerksam gemacht, wir haben familienpolitische Maßnahmen für dieses und das nächste Haushaltsjahr unternommen, die richtige Größenordnungen darstellen. Ich will an die familienpolitischen Maßnahmen innerhalb des KiföG erinnern, bestehend auf der einen Seite aus der Entlastung bei den Elternbeiträgen und auf der anderen Seite bei der Subventionierung des Mittagessens. Das sind in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 über 20 Millionen Euro – über 20 Millionen Euro! –, die wir hier zur Verfügung stellen.

Sie haben die Organisation des Kinderschutzbundes angesprochen. Ich will an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass diese Koalition erstmals – erstmals! – in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 für den Kinderschutzbund auf der Landesebene 70.000 Euro zur Verfügung stellt, damit hier eine Organisation aufgebaut werden kann, die uns hier ...

(Udo Pastörs, NPD: Red mal Deutsch! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Die gibt es nicht in dem Umfang. Die gibt es zwar, aber eine funktionsfähige ...

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Hören Sie mir zu!

Eine funktionsfähige Geschäftsstelle in dem Sinne mit der entsprechenden personellen Ausstattung gab es nicht. Da haben wir zum ersten Mal das Geld zur Verfügung gestellt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ich habe auch lediglich darauf aufmerksam gemacht, was ein Familienkonvent bedeuten soll, dass das in einen Familienkonvent mit hineingehört.)

Ja. Und ich habe jetzt darauf aufmerksam gemacht, dass wir für das Thema familienpolitische Maßnahmen richtig viel Geld zur Verfügung stellen und dass wir das auch sehr konsequent weiterverfolgen werden, noch in dieser Legislaturperiode.

Meine Vorredner haben schon darauf aufmerksam gemacht, worum es bei diesem Familienkonvent geht. Es geht um zwei Bereiche. Es geht auf der einen Seite um das Thema Partizipation, Familien eine Partizipationsmöglichkeit zu geben.

(Udo Pastörs, NPD: Partizipation? Red mal Deutsch!)

Ich muss mich für Sie hier nicht krumm machen, für Sie nicht, Herr Pastörs.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Und Sie können sich doch, Sie können sich doch ein Fremdwörterbuch ...

(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie sich mal gerade!)

Sie können sich doch ...

(Udo Pastörs, NPD: Krumm sind Sie schon!)

Ich bin für Sie gerade genug.

(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie sich mal gerade!)

Für so einen allemal. Wissen Sie, wenn so einer wie Sie, wenn der mich nachts im Schlaf überfallen würde, was ich dann täte?

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich würde mich umdrehen und weiterschlafen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

So sieht's aus. Ja.

(Udo Pastörs, NPD: Sie springen gut an!)

Zwei Bereiche, um die es geht: einmal der Bereich Partizipation und einmal der Bereich der Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wir möchten Familien an der Ausgestaltung von Politik teilhaben lassen und wir möchten die Aufmerksamkeit auf Familien in diesem Land richten.

(Michael Andrejewski, NPD: Das wollen wir auch.)

Das sind die beiden wesentlichen Dinge, die wir mit diesem Familienkonvent verfolgen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und damit ist alles gesagt. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Heydorn.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe also die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/1586

zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss sowie an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Na klar, warum denn noch darüber reden?!)

Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/1586. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer Enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/1586 bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU und FDP, Gegenstimmen der Fraktion der NPD, Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE und einer Zustimmung aus der Fraktion DIE LINKE angenommen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nein, nein! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist nicht wahr.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Nein, ich habe das gesehen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das war ein schwarzer Abgeordneter
in unseren Reihen hier.)

Doch, es gab doch noch eine Zustimmung. Dann ist es richtig gesagt worden.

(allgemeine Unruhe)

Dann schließen wir diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Armut, insbesondere Kinderarmut, wirksam bekämpfen – chancengleiche Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen sichern, auf Drucksache 5/1575. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1639 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Armut, insbesondere Kinderarmut, wirksam
bekämpfen – chancengleiche Entwicklung
aller Kinder und Jugendlichen sichern
– Drucksache 5/1575 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/1639 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Werte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete dieses Landtages! Wieder liegt ein Antrag unserer Fraktion vor, mit welchem wir Sie dazu bewegen wollen, ganz konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um Armut zu bekämpfen, zu erkennen, einzuengen.

Einen ähnlichen Antrag haben wir bereits einmal hier dargelegt, und zwar auf der Drucksache 5/910 am 18. Oktober des Jahres 2007 unter dem Titel „Kinderarmut erfassen, analysieren und bekämpfen“. Wir wollten, dass in einer Zeitschiene bis zum 29. Februar dieses

Jahres uns die Analyse hier vorliegt, um darauf aufzubauen, miteinander zu beraten, welche konkreten Maßnahmen angefasst werden müssen, um die Kinderarmut wirklich wirksam hier bekämpfen zu können. Sie haben diesen Antrag damals abgelehnt. In der Zwischenzeit hat uns der 3. Armutsbericht der Bundesregierung eingeholt

(Dr. Armin Jäger, CDU: Stand 2005.)

mit dementsprechenden Zahlen aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern, natürlich ohne Maßnahmen. Dafür sind wir selbst zuständig.

(Harry Glawe, CDU: Bilanz von Rot-Grün. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist die Bilanz
von Rot-Grün auf Bundesebene.)

Unser Sozialminister, Sie, werter Herr SELLERING, haben erklärt, dass es für Sie ein sehr wichtiges Dokument sei, was Sie dringend für Ihre Arbeit brauchen und worauf Sie große Aufmerksamkeit legen werden in der gesamten Legislaturperiode, damit ein Armuts- und Reichtumsbericht uns in unserer Arbeit hilfreich zur Seite steht. Das ist in Ordnung und das können wir nur begrüßen. Sie haben weiter wortreich erklärt, dass Sie Anfang des Jahres 2008 die dementsprechenden Aufträge ausreichen werden, damit dieser Armuts- und Reichtumsbericht in den Jahren 2008/2009 auch erarbeitet wird. Wie gesagt, dies sollte Anfang des Jahres 2008 sein.

Nun weiß ich nicht, wie Sie das Wort „Anfang des Jahres“ auslegen. Ich habe allerdings nicht bemerken können, dass Sie Aufträge ausgelegt haben. Und wenn Sie erklären, dass der zu erstellende Bericht weitaus umfänglicher und tiefgründiger sein soll als alle bisherigen Berichte, denn sie seien ja nur Ansammlungen von Daten, dann bin ich doch der Meinung, dass da endlich mal angefangen werden müsste

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

und dass dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dementsprechende Achtung gezollt werden sollte. Ich weiß nicht, wie Sie so darüber denken. In den Presseerklärungen habe ich nichts dahin gehend erkennen können. Ich kann Presse lesen, weil man das übers Internet macht und der Computer mir das vorlesen kann. Ich kann nicht erkennen, dass Sie mithilfe einer Presseerklärung erklärt haben, wann und wie lange es noch auf sich warten lässt bei uns im Lande Mecklenburg-Vorpommern, diesen Armuts- und Reichtumsbericht und auch einen Armutsbericht über Kinder vorzulegen. Gleich gar nicht haben Sie sich in irgendeiner Art und Weise geäußert, welche Maßnahmen Sie ergreifen wollen.

Ich muss keine Hellseherin sein, um jetzt schon sagen zu können, dass Sie in einer Gegenrede erklären werden, die Maßnahmen sind ganz umfangreich und Sie haben für Kinder ..., und Sie haben für Eltern ... und so weiter und so fort. Ich stelle aber fest, dass ein Maßnahmenbündel gebraucht wird, welches die Armut der Kinder zurückdrängt. Und das wollen wir von Ihnen wissen, um uns auch einzubringen und in der Arbeit zu helfen.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Es gibt umfangreiche Armuts- und Reichtumsberichte. Einmal den, wie gesagt, vom Bund, es gibt aber auch aus den Ländern Armuts- und Reichtumsberichte. Vielleicht sollten Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen oder in Sachsen-Anhalt mal über die Schul-

ter schauen, warum und in welcher Geschwindigkeit sie diese Berichte dargestellt haben. Die SPD in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel hat da schon geholfen, Anfang dieses Jahres den Bericht vorzulegen, die Kolleginnen und Kollegen in Sachsen-Anhalt legten ... Nein, voriges Jahr war es Nordrhein-Westfalen. Die Kollegen in Sachsen-Anhalt legten Anfang dieses Jahres einen Armuts- und Reichtumsbericht vor, wobei man da auch bemerken muss, dass sie das auch schon 2003 taten, und wahrscheinlich nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil sie verstanden haben, dass so ein Bericht gebraucht wird, und zwar nicht irgendwann und auf die lange Bank geschoben, als ob es die Betroffenen nicht interessieren würde oder wir es nicht bräuchten, sondern jetzt und gleich.

Sie selbst, Herr SELLERING, haben mitgearbeitet bei einer Studie in Sachsen-Anhalt zur Altersarmut. Die haben Sie doch bestimmt ernst genommen? Davon gehe ich aus. Und wenn Sie sie ernst genommen haben, dann nehmen Sie bitte die Arbeit hier im Land genauso ernst, denn Sie werden ja nicht mit sich selbst in Widerspruch geraten wollen, eine Studie bearbeitet und erarbeitet zu haben, der Sie jetzt nicht trauen, die Sie jetzt nicht weiterverfolgen wollen fürs eigene Land und was auch immer.

Dabei knüpfe ich jetzt gleich an eine Rede meiner Kollegin Birgit Schwebs auf der Landtagssitzung voriges Jahr im Oktober an. Der Punkt lautet: Sie, Herr Minister, ignorieren scheinbar, dass dieser und alle anderen Berichte wirklich Grundlage für Arbeit sind. Und das wollen wir nicht hinnehmen hier in diesem Land Mecklenburg-Vorpommern. Auch können wir nicht Ihren Bemerkungen folgen, dass nur Zeitungen, dass nur Medien Armuts- und Reichtumsberichte so aufbauschen, dass sie sich dann so darstellen, wie sie sind. Kinderarmut, Jugendliche in Armut, Erwachsene in Armut gibt es. Armut bedroht die Zukunft in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern. Armut bedroht uns als Bildungsstandort hier in Mecklenburg-Vorpommern. Armut bedroht uns als Wirtschaftsstandort in Mecklenburg-Vorpommern. Sie bedroht die Demokratie in Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Da sage ich ganz deutlich: Wir wissen doch alle, dass gerade in Perspektivlosigkeit und Zukunftslosigkeit und sozialer Unsicherheit die Herren der braunen Fraktion ihre Aktionen nähren, mit denen sie versuchen, Menschen auf ihre Seite zu ziehen. Geben wir da keine Grundlage, sondern analysieren, wie es sich gehört, und ziehen unsere Schlussfolgerungen daraus. Es ist auch so, dass eine vom Rotstift gekennzeichnete Bildungspolitik, eine schwächende Bildungspolitik, nicht zuträglich für unser Land ist. Wir brauchen gleiche Chancen. Demzufolge muss Armut bekämpft werden. Tun wir etwas dafür!

Da ist es auch sehr, sehr unzuträglich, Herr Schulte, von der SPD, wenn Sie im Vorfeld des Tribunals am letzten Montag vorm Erwerbslosenparlament schon verlauten lassen, dass das alles populistisch ist. Sie sollten sich sehr wohl mal darum kümmern, ganz aktiv, was Vereine und Verbände sagen, wenn es darum geht, die Situation in unserem Land nachzuvollziehen. Sie sollten sich da wirklich ernsthaft Gedanken machen. Und damit Sie bei diesen Gedanken gefördert werden, schlage ich Ihnen ganz konkret vor: Kommen Sie zum Sozialgipfel im nächsten Jahr von den maßgeblichen sozialen Verbänden und Vereinen in unserem Land Mecklenburg-Vor-

pommern. Die wissen ganz genau, was sie meinen. Bis dahin – es ist ja ein ganzes Jahr Zeit – können Sie sich ja zum Beispiel mal von unserem Ministerpräsidenten sagen lassen, was da geredet wurde, was da diskutiert wurde und was auch unser Ministerpräsident eingebracht hat.

Allerdings sollten Sie die Zeit der Bildung bis zum nächsten Sozialgipfel nicht mit der Presseerklärung von Herrn Glawe nutzen. Er schrieb seine Presseerklärung bereits, bevor der Gipfel losging. So war sie dann auch der Gipfel. Sie ging schlicht und ergreifend am Thema vorbei. Sie war eine Schelte an Vereine und Verbände und das haben sie nicht verdient.

Es wäre vielleicht eine günstige Variante, Herr Sozialminister und vielleicht auch Herr Schulte, wenn Sie sich mal vier Wochen in eine Hartz-IV-Familie begeben würden und dort am eigenen Leibe spüren würden, was Armut, was Menschenwürde oder Nicht-Menschenwürde bedeuten.

(Raimund Borrmann, NPD: So ist es. –
Udo Pastörs, NPD: Sehr gute Idee. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Danach können wir uns miteinander unterhalten, auf welche Art und Weise Armut diskriminiert,

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, das
Hartz-IV-Camp! – Raimund Borrmann, NPD:
Dringende Empfehlung!)

auf welche Art und Weise Armut die Menschenwürde verletzt.

(Raimund Borrmann, NPD: Da kann ich
bloß zustimmen. – Udo Pastörs, NPD:
Am besten in Neukölln in einer Familie!)

Meine Damen und Herren von der Koalition, korrigieren Sie! Korrigieren Sie Ihre Art und Weise,

(Udo Pastörs, NPD: In einer
westdeutschen Familie in Neukölln! –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

mit Betroffenen umzugehen beziehungsweise zu schreiben, wie Sie zu der Verteilung von Reichtum stehen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Müller, kommen Sie dann langsam zum Ende.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

Ich kann Sie nur auffordern, ganz konkret, Herr Minister, meine Damen und Herren von der Koalition, stimmen Sie zu, dass wir einen Armutsbericht hier im Land Mecklenburg-Vorpommern so schnell wie möglich auf den Tisch bekommen. Wir brauchen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, und zwar Maßnahmen, die sich auf konkretes Zahlenmaterial stützen.

Wenn Sie den Zahlen aus dem 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nicht vertrauen, Herr SELLERING, ist es wahrscheinlich wichtig, dass Sie wissen, Sie haben alle Unterstützung von uns, eigene Zahlen vorzulegen. Aber tun Sie es bitte und reden Sie nicht nur davon.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Müller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr SELLERING.

Minister Erwin SELLERING: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben in den letzten Monaten häufig Anträge gestellt, in denen das Wort „Armut“ vorkommt. Ich denke, es ist an der Zeit, sich einmal klarzumachen, welche politische Aufgabe wir eigentlich im Zusammenhang mit dem Begriff „Armut“ haben. Sie haben eben gesagt, Aufgabe sei es, die Armut zurückzudrängen. Das geht nicht. Armut ist bei uns definiert als „unterhalb eines gewissen Medianeinkommens“. Diejenigen 40 Prozent, die, die darunter liegen, sind als arm definiert.

Wir alle wissen, dass arm in Deutschland etwas anderes ist als arm in Afrika. Wenn Sie allen hier im Land das Einkommen verdoppeln würden, würde sich die Zahl der Armen nicht verändern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Die wichtige Aufgabe, die wir haben, ist, glaube ich, dass wir sehen müssen, dass bei denen, die 40 Prozent unterhalb dieses Medianeinkommens liegen, nicht die Schere so weit auseinander geht, dass man nicht davon leben kann.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Deshalb auch der Antrag, den ich eben erwähnt habe. Wir müssen natürlich Sätze von Sozialleistungen haben, mit denen man auskommen kann. Aber die politische Aufgabe, das will ich hier einmal deutlich sagen, besteht nicht in erster Linie darin, denen, die unterhalb eines bestimmten Einkommens liegen, einem Einkommenswert, der ja fließend ist – je mehr Geld die Oberen verdienen, desto mehr geht doch das Niveau auseinander, das ist fließend –, mehr Geld hinzuschaffen, sondern es geht darum, zu sagen: Was passiert mit diesen, die 40 Prozent darunter liegen? Haben sie chancengleiche Möglichkeiten, an unserer Gesellschaft teilzunehmen? Haben sie gleiche Chancen, dass aus ihren Kindern etwas wird?

Deshalb bitte ich sehr darum, dass wir hier in diesem Hohen Haus die wichtigen Debatten, die wir immer wieder führen, bei denen wir sehr dicht beieinander sind, nicht in erster Linie um Geld führen, sondern dass wir sie darum führen, um Folgendes zu klären: Wie können wir Chancen eröffnen? Wie können wir Leute teilnehmen lassen?

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und deshalb bitte ich, das auch nicht abzutun mit weichen Faktoren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Machen Sie doch mal die weichen Faktoren hart.)

Es geht um Teilhabemöglichkeiten oder – um es Herrn Pastörs noch einmal zu sagen – um Partizipation in einem normalen Wort.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das habe ich doch ganz deutlich gesagt. – Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, und jetzt unter diesem Aspekt folgende Frage: Wie soll ein Armuts- und Reichtumsbericht aussehen?

(Irene Müller, DIE LINKE: Ich habe doch über Kindesbenachteiligung gesprochen. – Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Ich glaube, da wird deutlich, dass es sich nicht um eine Ansammlung von statistischen Daten handeln kann und handeln darf,

(Irene Müller, DIE LINKE: Das wissen wir.)

sondern wir müssen die Daten sehr genau erfassen – das ist ein Anliegen der beiden Regierungsfractionen – und sagen, das sieht doch jeder im Land, dass die Möglichkeiten der Partizipation unterschiedlich sind, und zwar je nachdem, wo man wohnt und wie das Umfeld ist. Da geht es nicht nur um das Geld im Portemonnaie der Eltern, sondern es geht um viele Faktoren. Es geht auch darum, diese Faktoren zu erfassen und einen Gesamtplan zu entwickeln, um zu prüfen, wie können wir denen, die größere Schwierigkeiten haben, helfen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na, da bin ich mal gespannt.)

Deshalb muss es darum gehen, dass wir einen Armuts- und Reichtumsbericht haben, der die demografische Entwicklung genau erfasst. Auch bei der demografischen Entwicklung, über die wir viel gesprochen haben, wissen wir doch, dass sie hier im Land völlig unterschiedlich verläuft. Da wird man auch Wissenschaftler fragen müssen, wie sollen wir die Größen greifen, wo müssen wir genauer hinschauen und in welcher Region untersuchen wir denn jetzt die demografische Entwicklung.

(Irene Müller, DIE LINKE: Meine Güte! Wir wollen nicht nur darüber reden, wir wollen auch Zahlen haben. – Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Also in Greifswald, Stralsund, wenn Sie das als Pflaster nehmen, haben wir eher einen Zuwachs an Bevölkerung.

(Michael Andrejewski, NPD: In Stralsund gibt es auch Probleme. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Es gibt andere Bereiche, in denen es riesige Probleme gibt. Ich war kürzlich in Eggesin, denn eine siebente Klasse hatte mich eingeladen. Und wenn es in diesem Land einen Ort gibt, der mit Grund sagen kann, die Entwicklung der letzten Jahre war so, dass ich Probleme habe, dann ist das Eggesin. Eggesin ist doppelt betroffen von zwei Entwicklungen, und zwar einmal vom Abbau des Standortes, wenn ich mich richtig erinnere, sind dort früher über 20.000 stationierte Soldaten gewesen, es wurde immer weiter abgebaut, und zweitens von der Entwicklung der Landwirtschaft. Es gibt riesige Schwierigkeiten dort. Ein ganz wichtiger Punkt, wenn wir uns mit Armut und mit weniger Chancen auseinandersetzen, ist, dass man konkret und genau hinschaut.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das beweist doch aber, dass wir die Zahlen brauchen.)

Natürlich ist es so, wenn in Eggesin Leute zusammensitzen, dass die Gefahr besteht, dass man die Lage beklagt. Aber da muss man genau hinschauen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Diese Schulklasse, die ich besucht habe, ist betreut worden in einer Projektwoche, und zwar eine ganze Woche lang vom Regionalzentrum. Und eine ganz wichtige Sache, wenn man politisch fragt, wo stehen wir eigentlich, ist, mal ganz konkret Fakten zu sammeln.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja eben.
Genau das wollen wir doch.)

Ich war sehr beeindruckt von dem, was ich dort in der Klasse vorgefunden habe, auch über die Diskussion mit der Klasse, in der sie zum Beispiel genau aufgelistet haben, wer denn in unserer Klasse von den Eltern arbeitslos ist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Und wem haben Sie den Auftrag gegeben, das zusammenzufassen?)

In welchen Familien sind denn beide Elternteile in Arbeit? Wo sind besondere Probleme? Dann wurde zum Beispiel erfasst – und das ist, glaube ich, für niemand von uns eine Überraschung –, wie viel an Unterhaltungselektronik haben wir in den einzelnen Familien. Da fehlte es an nichts, das muss man auch so sehen. Aber das ist ja vielleicht nicht der Punkt, wo es um Teilhabe geht, sondern demografische Entwicklung, Familienstrukturen und die sozioökonomische Lage der Eltern. Welche Auswirkungen hat das auf die Kinder? Wir sind daran gewöhnt, zu sagen: Natürlich haben Kinder aus der und der Familie weniger Chancen. Hier ist eben ein bisschen hämisch gesagt worden, Minister dürften nicht über Armut reden. Ich bin nicht als Minister auf die Welt gekommen. Ich hatte vier Geschwister und einen Vater, der Alleinverdiener war.

(Irene Müller, DIE LINKE: Na, das ist ja auch schon ein paar Jahre her. Da galten andere Rahmenbedingungen.)

Können Sie sich vorstellen, dass ich schon eine gewisse Erfahrung habe, wenn man nicht im Überfluss lebt. Da braucht man, glaube ich, keine spektakulären Presseaktionen zu machen und zu sagen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Man muss nicht arm sein, um für Arme zu handeln. –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
Michael Andrejewski, NPD, und
Raimund Borrmann, NPD)

jetzt lebe ich mal einen Monat als Hartz-IV-Empfänger. Das finde ich nicht richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Man sollte sich die Fragen genau vor Augen führen, um auch zu klären, welche Gruppe wir greifen müssen. Welche Auswirkungen haben die Wohnverhältnisse? Wie ist das, wenn ich aus der Schule nach Hause komme und überhaupt keinen Platz habe für die Schularbeiten, keinen einzigen? Ich habe nichts Eigenes. Es geht um solche Dinge und natürlich auch – was wir alle ja wissen, aber wo man genau hinschauen muss – um die schulische Ausbildung der Eltern und um den sozialen Status der Eltern.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja.)

Es geht auch darum, wie es hier im Land mit der Berufsausbildung für Jugendliche bestellt ist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist ja schön, dass Sie wissen, was Sie alle brauchen.)

In Eggesin habe ich in einer Runde mit den Jugend- und Schulsozialarbeitern geredet. Es drohte ein bisschen in die Richtung zu gehen, denn sie sagten: Hier gibt es ja gar keine Chancen. Bis ich konkret nachgefragt habe, worauf mir Folgendes gesagt worden ist: Von den Schulabgängern der letzten fünf Jahre haben vielleicht zwei im Schnitt in der Region – großgezogen, vielleicht 20 Kilometer – eine Ausbildungsstelle gefunden. Im letzten Jahr waren es 50 Prozent und es werden, das wissen wir, im nächsten Jahr 100 Prozent sein können, weil wir einen dringenden Bedarf haben.

(Raimund Borrmann, NPD:
Schwächere Jahrgänge. – Zuruf von
Michael Andrejewski, NPD)

Ich finde, dass wir gut beraten sind, wenn wir die Lage analysieren,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

und nicht verneinen, bitte auch nicht aus politischen Gründen, dass es deutlich aufwärts geht, dass es besser wird. Darüber sollten wir uns freuen und genau hinschauen, wie können wir solche Prozesse verbreitern und alle daran teilhaben lassen. Ich bitte um mehr Optimismus.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Ganz wichtig ist natürlich auch die Frage, und das betrifft mich als Gesundheitsminister, was ist mit dem Gesundheitszustand der Kinder? Wie weit ist der Gesundheitszustand von den äußeren Bedingungen abhängig? Armutsrisiko von Kindern mit Migrationshintergrund, das mag bei uns im Land vergleichsweise eine ganz kleine Gruppe sein,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

aber ich fürchte, dass die Probleme deshalb vielleicht besonders groß sind. Das muss man sich genau anschauen, um zu klären, in welchen Bereichen das so ist.

Unser Hauptaugenmerk bei diesem Bericht liegt darin – und das ist eine Änderung, die wir auch machen wollen –, wir wollen genauer erfassen, und zwar stadtteilgenau, wo wir Probleme haben, und sonst gemeindengenau, wo wir in einem Landstrich Probleme haben und wie die genauen Voraussetzungen sind.

Jetzt gibt es die zweite Melodie, die von der LINKEN immer gespielt wird: Der Sozialminister ist zu langsam, er kommt nicht rüber.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Er kündigt immer nur an.)

Okay.

Ich habe Ihnen hier gesagt, wir können diesen Bericht, den wir haben wollen, der sehr weitgehend und dezidiert sein muss, nicht in Auftrag geben, bevor nicht die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind. Das war Anfang des Jahres. Danach haben wir Gespräche geführt, auch mit den Politikern der Koalition, wo wir gesagt haben, das, was uns vorschwebt, muss noch

genau ausdiskutiert werden. Wir haben Kontakt aufgenommen mit den Instituten, uns rückgekoppelt. Und jetzt tun wir das, was Sie in Ihrem Antrag fordern, wir setzen uns natürlich mit dem auseinander, was der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sagt, was er allgemein sagt, was er für Mecklenburg-Vorpommern sagt. Und man muss sagen, das sind Zahlen, mit denen man arbeiten und spielen kann.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Nee, spielen sollen Sie nicht.)

Frau Müller, Sie haben völlig recht mit Ihrem Hinweis. In diesem Zusammenhang ist der Begriff „spielen“ völlig falsch. Sie verstehen es aber hoffentlich richtig, was ich meine, dass man es nämlich mal so und mal so deuten kann. Man kann aus diesen Zahlen errechnen, dass das Armutsrisiko von Kindern in Mecklenburg-Vorpommern besonders hoch ist,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Und das seit Jahren. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass wir sozusagen an der Spitze liegen. Wenn Sie das auf das Land berechnen, dann nehmen wir einen deutlich besseren Platz ein, dann haben wir das zweitniedrigste Kinderarmutsrisiko in Deutschland.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Insofern ist doch ganz klar, ...

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist doch kein Wunder bei den Geburtenraten.)

Moment, Frau Müller, bitte verschließen Sie doch nicht die Augen vor der Realität.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Es geht um eine ganz einfache Frage: Worin besteht Armut? Armut besteht darin, dass ich weniger Geld habe als der Durchschnitt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Aber das ist es doch nicht alleine. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Es geht auch darum, dass ich mich fragen muss, wenn ich weniger Geld habe als der Durchschnitt, ob ich dann trotzdem an der Gesellschaft, in der ich lebe, teilnehmen kann. Es geht aber auch darum, womit ich mich vergleiche. Vergleiche ich mich mit Bayern oder vergleiche ich mich mit den übrigen Kindern in Mecklenburg-Vorpommern?

(Irene Müller, DIE LINKE: Deswegen habe ich das ja gesagt. Und weil Ihnen die Zahlen nicht passen, machen Sie das mit Mecklenburg-Vorpommern.)

Man muss sagen, dass bei Kindern in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu dem, was sonst im Land passiert, das Armutsrisiko das zweitniedrigste in Deutschland ist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ach so?!
Weil die sowieso arm sind?)

Das muss man auch einmal so sehen. Das sagt etwas über das innere Gefüge dieses Landes aus, aber leider auch über das Lohnniveau. Da wollen wir insgesamt höher kommen, das ist völlig klar.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ich will damit nur deutlich machen, Sie müssen sich klar machen, dass das Zahlenmaterial das eine ist, mit dem man so und so rechnen kann. Es sind alles nur Verhältnisse zueinander. Und die wichtige politische Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Wie sieht es denn dort aus, wo diese Menschen, die 40 Prozent unter dem Median im Land liegen, leben? Gibt es da Konzentrationen in Stadtteilen, wo man mit besonderen Maßnahmen eingreifen muss? Das werden wir prüfen. Wir werden Ergebnisse haben, auf denen man aufbauen kann. Das kann man nicht übers Knie brechen.

Ihr Fraktionsvorsitzender hat eben gesagt, er möchte den Familienkonvent in die Ausschüsse überweisen. Er hat ein wenig ironisch gesagt: Warum denn noch darüber reden? Also beim Familienkonvent möchte ich in der Tat sagen, dass nicht mehr darüber geredet werden muss. Aber bei der Frage, wie soll im Einzelnen eine Untersuchung aussehen, die all diese wichtigen Fragen beantwortet, darüber muss man noch reden. Deshalb dauert es noch einige Zeit und der Bericht wird nicht vor Anfang des Jahres 2009 vorliegen können. Das geht leider nicht anders. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist ja normal. Aber es wäre gut,
wenn es bis dahin geschieht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der FDP.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ralf Grabow, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die ideologische Art und Weise, wie der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zustande kam und methodisch bearbeitet wurde, zeigt, dass der Armutsbericht künftig nicht mehr von der Bundesregierung durchgeführt werden sollte. In Zukunft sollte ein unabhängiges Sachverständigenngremium, entsprechend dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, einen sachlichen Bericht erstellen.

Die Kernaussage des Sozialstaates wird durch den Bericht nachhaltig widerlegt. Vielmehr zeigt sich, dass die Methode, Sozialpolitik mit dem Scheckbuch zu betreiben, gescheitert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Der Bericht ist von Hinweisen durchzogen, wie die Bundesregierung angeblich erfolgreich Armut bekämpft. Das Gegenteil ist der Fall. Seit 1998 steigen die gesamten staatlichen Sozialausgaben – das Sozialbudget – von 605 Milliarden auf 700 Milliarden Euro jährlich.

(Udo Pastörs, NPD: Was?!)

Im Bundeshaushalt sind die Sozialausgaben von 93 Milliarden Euro im Jahre 1998, circa 40 Prozent, auf 140,8 Milliarden Euro im Jahr 2008, also circa 50 Prozent, gestiegen. Und dennoch stieg die Armutsquote seit 1998 von 13 auf 18 Prozent.

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

Erforderlich ist allein, dass der Mindestlohn im Gegensatz zur Entwurfsfassung nicht mehr als alleiniges Mittel

zur Armutsbekämpfung genannt wird. Denn ein Arbeitsplatz ist der bessere Schutz gegen Armut, Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie
erzählen hier ein Zeug, Herr Grabow.)

Die Forderung der LINKEN, einen eigenen Armutsbericht für M-V vorzulegen, ist richtig.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wir brauchen einen Überblick über die tatsächliche Lage im Land. Dazu müssen alle Daten, also die landeseigenen ebenso wie die vom Bund, in einen solchen Bericht einfließen. Vor allen Dingen muss sich das – vorbehalten aus der 4. Legislaturperiode, denn im Jahr 2005 hatte der Landtag ja bekanntlich die entsprechende Initiative gestartet, aber trotzdem liegt bis heute kein Armuts- und Reichtumsbericht vor – nun endlich ändern. Insoweit können wir der Nummer 1 des Antrages folgen.

Die Nummer 2 des Antrages lehnen wir jedoch entschieden ab. Hier wird deutlich, dass es der LINKEN gar nicht um einen Bericht geht. Vielmehr steht für die Antragsteller schon fest: M-V ist arm.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, das
ist so. Da sind Sie wohl überrascht, ne?!)

Die Landesregierung wird also zu konkreten Maßnahmen aufgefordert, ohne dass diese über einen gesicherten Datenbestand verfügt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Oder haben Sie, Frau Linke, schon einen Bericht in der Schublade liegen, den Sie seinerzeit dem Landtag vor-enthalten haben?

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich bitte darum, unseren Änderungsantrag anzunehmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Grabow, Sie haben sich eben ja noch sehr zurückgehalten. Denn wenn man in einem Ministerium für einen Bereich Verantwortung getragen hat und durch seine Anträge zu dem Bereich sein eigenes Unvermögen offenbart, kann man sich leicht eine Beule holen. Die Frage an Frau Dr. Linke, die Herr Grabow eben gestellt hat, ist ja vollkommen richtig.

Frau Dr. Linke, wie haben Sie den Antrag vom 01.09.2004, Drucksache 4/1317, unter der Überschrift „Armuts- und Reichtumsbericht für Mecklenburg-Vorpommern“ denn umgesetzt? Ich behaupte, gar nicht. Herr Grabow hat gesagt, er lag in der Schublade, aber das Licht der Welt hat er anscheinend nicht erblickt. Sie befinden sich damit ja auch in guter Gesellschaft mit Ihrer Vorgängerin Frau Dr. Bunge, die auch keinen Armuts- und Reichtumsbericht zustande gebracht hat.

(Michael Roolf, FDP: Genau. Fragen Sie mal Ihre Kabinettskollegen, wie die Zusammenhänge sind, Frau Tegtmeier! Fragen Sie mal Ihre Kollegen, die vorher schon dabei waren! – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sie nehmen hier den am 19. Mai 2008 im Entwurf vorgestellten 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zum Anlass, erneut eine Forderung aufzumachen, die durch Regierungshandeln nicht in der letzten Legislaturperiode, sondern in dieser schlichtweg überflüssig ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Irene Müller, DIE LINKE: Ach so?!)

Die Kinderarmut in unserem Land ist hier schon häufig Thema gewesen. Niemand ignoriert die traurige Entwicklung oder spielt sie herunter.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Nein? Wirklich nicht?)

Auch vor Erscheinen des Entwurfs

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das
haben wir am Montag auch richtig gemerkt.)

des 3. Armuts- und Reichtumsberichts wurde die negative Situation der Kinderarmut in unserem Land realisiert und keineswegs ignoriert, wie Sie es uns hier weismachen wollen.

Minister Selling hat nicht nur in der 27. Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern am 18. Oktober letzten Jahres erklärt, dass die Kinderarmut in unserem Land ein wesentlicher Bestandteil der bevorstehenden Sozialberichterstattung sein wird,

(Irene Müller, DIE LINKE: Na, warten wir mal ab,
vielleicht kriegen wir die Zahlen noch geliefert.)

er hat vorhin seine Vorstellungen dazu vorgetragen, er hat sie aber auch schon vorher vorgetragen.

Aber nicht nur das. Auf eine kleine Anfrage von Frau Dr. Linke auf Drucksache 5/791 hatte der Sozialminister mit Datum vom 17.09.2007 auf Seite 11 ja bereits konkrete Vorstellungen und Maßnahmen zum Abbau der Kinderarmut und für eine nachhaltige Kinder- und Familienpolitik in Mecklenburg-Vorpommern ausgeführt. Initiativen, die gleiche Bildungschancen für alle Kinder früh sicherstellen, wurden dabei in den Vordergrund gestellt. Als Schwerpunkte wurden genannt:

- Ausbau der frühkindlichen Bildung und Erziehung
- Entlastung der Eltern von den Kosten der Kindertagesbetreuung
- stärkere Entwicklung der Sprachkompetenz von Kindern im Vorschulalter
- Verbesserung des Übergangs von der Kita zur Schule
- frühzeitiges Gegenwirken von Störungen der Entwicklung
- Förderung der Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben

- Erarbeitung eines Landesaktionsplans zur gesundheitlichen Prävention und
- Konzentration auf eine sozialraumorientierte Förderung im Rahmen der Kinder- und Jugendpolitik

Sie hören, es wiederholt sich ständig. Und falls Sie vorgestern aufgepasst haben, meine Damen und Herren, werden Sie gehört haben, dass genau diese Punkte zumindest zum großen Teil von Frau Dr. Linke in ihrem Beitrag zum KiföG gefordert wurden. Ich muss Ihnen sagen, Sie haben sich bemerkenswert blickdichte Scheuklappen aufgesetzt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wer hier wohl Scheuklappen hat, ist die Frage.)

Sehr geehrte Damen und Herren, die zitierten Punkte finden Sie im Großen und Ganzen in der Koalitionsvereinbarung wieder. Darüber hinausgehende Vorschläge zu bestimmten Maßnahmen werden wir im Landtag gern diskutieren, sofern sie als zielführend angesehen werden können.

So, wie Sie sich ständig wiederholen, wiederhole ich mich nun auch einmal: Niemand wird bestreiten können, dass ein auskömmliches Einkommen der beste Schutz vor Armut ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aha!)

Solange es zu wenig und zu schlecht bezahlte gewerbliche Arbeit gerade für Alleinerziehende, meistens für Mütter, die ja in einer besondere schwierigen Situation sind, gibt, steht die Gefahr der Verarmung eines viel zu großen Teils der hier lebenden Menschen immer noch im Raum. Vorrangiges Ziel muss es daher nach wie vor sein, mehr Menschen in auskömmliche Beschäftigungsverhältnisse zu bringen, die so bezahlt werden, dass diese Menschen auch am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aha!)

Sie werden sich nicht wundern, dass wir nach den Ausführungen des Sozialministers Ihren Antrag ablehnen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das war ja ein engagierter Vortrag. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Tegtmeier.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen: Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, auch wenn es hier nur um die Forderung nach einem Bericht und nicht um die tatsächliche Veränderung für die von Armut Betroffenen im Lande geht. Eine auf Mecklenburg und Vorpommern bezogene Konkretisierung der Armuts- und Reichtums-situation ist mehr als überfällig. Offen bleibt allerdings die Frage, warum Sie, liebe Genossen der SED, PDS oder Linkspartei, einen solchen Bericht nicht schon in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung auf den Weg gebracht haben. Von anderen zu fordern ist leichter, als selbst zu handeln.

Und die Ausrede, dass erst die Einführung von Hartz IV zu Armutsverhältnissen, wie wir sie heute haben, geführt hat, lassen wir nicht gelten. Arbeitslosigkeit, Armut und damit das soziale Abstellgleis sind systemeigen, also ein notwendiger Bestandteil dieses Systems, Ihres Systems. Es ist die Verwertlosigkeit des Kapitalismus, welche den Menschen sein Volk entfremdet und zu Nummern macht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Lassen Sie sich doch mal Reden aufschreiben, die zu Ihnen passen! Diese hier passt nicht zu Ihnen. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Entweder ist man eine Steuernummer oder man ist eine Nummer als Empfänger sogenannter Transferleistungen. Die Sorge um den Menschen oder gar die Sorge um unser Volk als Gemeinschaft hat lange keinen Platz mehr in Ihrem Denken, vom Handeln ganz zu schweigen.

Wir haben bereits mehrfach sozialpolitische Forderungen in dieses Hohe Häuschen eingebracht, die allerdings allesamt von Ihrem demokratischen Block abgelehnt wurden. Damit haben Sie zwar deutlich gemacht, dass es Ihnen gar nicht um die Sorgen und Nöte im Lande geht, aber auf diese Weise erkennen die Mecklenburger und die Pommern wenigstens das, was Sie wirklich wollen, und zwar mit politischer Schaumschlägerei Geld verdienen. Haben Sie sich schon einmal die Frage gestellt, wie viele Projekte gegen Armut mit dem Geld durchgeführt werden könnten, das Sie lieber in den Kampf gegen die NPD stecken? Das täglich warme Mittagessen könnte für ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Da können wir gar nicht genug reinstecken. –
Reinhard Dankert, SPD: Das zeigt Ihre geistige
Armut. – Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Das täglich warme Mittagessen könnte für alle Schul- und Kindergartenkinder kostenfrei sein

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

und die Lern- und Lehrmittelfreiheit ließe sich tatsächlich umsetzen. Vermutlich wäre es auch umsetzbar, allen Schulanfängern eine Schultüte mit auf den Weg ins Schulleben zu geben. Aber wem sage ich das.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Reinhard Dankert, SPD: Dann lösen Sie sich doch auf, dann haben wir das alles!
Lösen Sie sich doch auf!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Müller, in Ihrer Rede haben Sie durch einige Redewendungen das Parlament beleidigt.

(Reinhard Dankert, SPD:
Ach, das machen die doch ständig.)

Dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kuhn von der Fraktion der CDU.

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt kommt Europa.)

Werner Kuhn, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir sind eine moderne

und multimediale Gesellschaft. Meldungen über den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung haben natürlich in Deutschland dadurch, dass nur absolut berichtet worden ist, schon einigermaßen Verwirrung ausgelöst.

(Michael Roolf, FDP: Genauso ist es.)

Und wenn Sie sich anschauen, wenn man relativ die Zahlen analysiert, dann kommen auch die Journalisten zu ganz anderen Auswertungen und Fragen zum armen Deutschland und zum Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung.

Wie sieht es denn tatsächlich aus? Der Sozialminister hat mit Recht darauf hingewiesen, dass letztendlich eine prozentuale Grenze des mittleren Einkommens, was in Deutschland insgesamt verdient wird, als Messlinie genommen wird. Die Grenze beträgt 60 Prozent. Was darunter liegt, geht in den Bereich Armut in Deutschland. Und wenn Sie sich die absoluten Zahlen anschauen, liegt die Grenze da, dass Alleinlebende, die weniger als 781 Euro zur Verfügung haben, als arm gelten. Dies gilt ebenso für eine Familie mit zwei Kindern, die weniger als 1.640 Euro zur Verfügung hat.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wenn Sie das alles wissen, dann können Sie den Bericht doch vorlegen.)

Ich bitte Sie darum, das nicht in populistischer Weise zu betrachten oder gar so zu argumentieren, sondern sich echt mit dem Thema auseinanderzusetzen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Also Ihre Relativierungen sind wirklich sehr fragwürdig.)

Wissen Sie, Herr Methling, es geht um einen Auswertungszeitraum vom Jahr 1998 bis 2005. Und sind Sie als LINKER dort nicht in Regierungsverantwortung gewesen? Wenn Sie mit dem Finger auf die jetzige Regierungskoalition zeigen, dann zeigen immer drei Finger auf Sie selbst zurück. Sie sollten einfach mal gucken, was Sie denn in Ihrer Regierungszeit getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Michael Roolf, FDP: Ja.)

Und wirtschaftliche Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren, die haben wir seit 1990 in einem Transformationsprozess in Ostdeutschland in ganz schwieriger Art und Weise in eine Richtung bringen müssen, damit wir wieder einen Aufschwung bekommen. Ich denke da nur einmal an die Autobahn A 20, wie Sie sich in den 90er-Jahren dazu verhalten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Nicht sehr förderlich, muss ich sagen. Ich denke auch an die Magnetschwebbahn Transrapid. Das wäre doch mal eine Innovation für Mecklenburg-Vorpommern gewesen.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das war ein Segen, dass uns das erspart geblieben ist.)

Wie haben Sie sich denn da verhalten? Sie beklagen sich, dass unsere Durchschnittslöhne so niedrig sind und unsere Menschen in Armut leben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Egbert Liskow, CDU: Jawohl. – Zurufe von Marc Reinhardt, CDU, und Michael Roolf, FDP)

Ich sehe es nun einmal so. Wenn wir Industriepolitik in Mecklenburg-Vorpommern machen wollen oder wenn wir Energiepolitik machen wollen, dann sind Sie doch die größten Bremser und wollen am liebsten, dass wir nur das Dienstleistungsgewerbe und den Tourismus haben, und zwar mit Stundenlöhnen, die Sie anschließend wieder geißeln.

(Michael Roolf, FDP: Ja. – Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Wir können nicht mit Zimmermädchen und Kellnern eine Volkswirtschaft aufbauen. Das ist einfach nicht möglich. Und deshalb ist es notwendig, dass wir unsere industriellen Kerne verstärken und eine Wirtschaftspolitik in Mecklenburg-Vorpommern haben, damit wir drei vernünftige Standbeine haben.

(Michael Andrejewski, NPD: Die haben Sie doch zerstört nach der Wende. Fragen Sie doch mal Helmut Kohl! – Irene Müller, DIE LINKE: Reden Sie mal weiter, das ist sehr interessant.)

Das muss ich Ihnen auch noch mal in Ihr Stammbuch reinschreiben.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wenn Sie sich immer so samariterartig mit vielen Berichten hier hinstellen und sagen, da machen wir wieder eine große Armutskonferenz

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das Thema haben wir aber gestern behandelt, dass wir europafähig sind.)

und hier werden wir wieder eine Arbeitslosenkonferenz machen, dann sage ich Ihnen Folgendes: Die allererste Aufgabe ist für jeden einzelnen Abgeordneten, egal auf welcher Ebene,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass wir Wirtschaftsförderung machen, dass wir Wirtschaftspolitik machen,

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

damit unsere Menschen in Mecklenburg-Vorpommern Arbeit bekommen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das ist das Entscheidende.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

So, jetzt habe ich es Ihnen gesagt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das war ein Auftritt wie aus der Anstalt, ganz genau so. Wie aus der Anstalt. – Udo Pastörs, NPD: So macht man das im Theater.)

Im Übrigen will ich Ihnen nur noch einmal sagen – das ist auch in der gestrigen Debatte zum Ausdruck gekommen –, was unser Land Mecklenburg-Vorpommern für ein Budget im Sozialhaushalt hat. Im Sozialhilfefinanzierungsgesetz stehen fast 250 Millionen Euro, womit wir gerade den Menschen, die unverschuldet in Armut geraten sind, helfen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da sind Sie auch noch stolz drauf. – Irene Müller, DIE LINKE: So viel Armut muss bezahlt werden. Ist das nicht furchtbar?)

denn die sind nicht beitragsfinanziert. Dafür geben wir Steuermittel aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind nicht die Steuerzahler, die letztendlich dort einzahlen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Eben.)

In Deutschland zahlt 75 Prozent der Steuern eine Bevölkerungsschicht von 25 Prozent.

(Irene Müller, DIE LINKE: Warum haben wir denn so viele, die keine Steuern zahlen? Vielleicht wollen die ja sogar Steuern zahlen können. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das muss man sich auch einmal überlegen, ob es um die Rente oder um die Zahlung von Sozialleistungen geht.

(Michael Roolf, FDP: Ja. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Haben Sie schon zum Thema gesprochen? – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Wissen Sie, das Thema ist ausreichend analysiert worden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sehr weitläufig.)

Die Landesregierung, federführend das Sozialministerium mit Herrn Minister Sellering, wird dazu einen Bericht vorlegen,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

damit wir das wirklich noch einmal sehr detailliert analysieren,

(Irene Müller, DIE LINKE: Richtig. Und nicht den Transrapid vergessen.)

wo wir spezielle Hilfen geben müssen.

(Udo Pastörs, NPD: Ich dachte, evaluieren. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Insofern brauchen wir die Aufforderung durch Ihren Antrag nicht. Deshalb werden wir ihn auch ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig, Herr Kollege. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kuhn.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ein längst vergessenes Phänomen ist mit der Deutschen Einheit nach Ostdeutschland, nach Mecklenburg-Vorpommern zurückgekommen – die Armut.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Der Zusammenbruch der Betriebe, die Entindustrialisierung ganzer Industrieregionen im Ergebnis einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik zu Beginn der 90er-Jahre haben in Gestalt von Arbeitslosigkeit, ja, Langzeitarbeitslosigkeit ihre Spuren hinterlassen.

(Michael Roolf, FDP: Genauso ist es. Zwischen 1945 und 1989 haben wir auch hier eine Armut gehabt.)

Mit der Einführung und der Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze jedoch erhielt Armut in der bundesdeutschen Gesellschaft eine vollkommen andere, in den vergangenen 50, 60 Jahren so überhaupt nicht mehr gekannte Dimension. Hartz IV, das war 2005 für viele Hunderttausende der Übergang aus der Arbeitslosenversicherung als Leistungsversicherung in die Sozialhilfe und für weitere Millionen damit eine Drohung, die geeignet ist, sie für jede Verschlechterung der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen gefügig zu machen.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

Hartz IV entfaltete negative Wirkungen auf alle Teile der Gesellschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, ob Sie die Zahlen wahrhaben wollen oder nicht: Mit der Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 hat sich quasi über Nacht die Zahl der in Armut lebenden Kinder in Deutschland verdoppelt, wobei die meisten armen Kinder in Mecklenburg-Vorpommern leben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

35 Prozent der Kinder und Jugendlichen unseres Landes leben in Familien, deren Eltern Hartz-IV-Leistungsempfänger sind. Daneben verfügen über 15 Prozent der Eltern über ein so geringes Einkommen, das sie nötig, ergänzende staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, der Minister hat es gesagt: Kinderarmut ist zunächst einmal Einkommensarmut der Eltern, steht also für wenig Geld. Armut ist somit die Folge der Arbeitsmarktsituation, der Anzahl von Familienhaushalten im Hartz-IV-Leistungsbezug seit 2005, einer Müttererwerbstätigkeit auf anhaltend niedrigem Niveau, eines starken Anstiegs der alleinerziehenden Haushalte, eines Anstiegs der Jugendlichen ohne abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung und eines Anstiegs von Familien ohne Vollzeiterwerbstätigkeit und einer sinkenden Reallohnentwicklung seit Ende der 90er-Jahre mit spürbar steigenden Lebenshaltungskosten, insbesondere für Familien. Armut ist vor allem ein Synonym für eingeschränkte Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Armut schränkt die Möglichkeiten, die Selbstverwirklichungspotenziale der Kinder und Jugendlichen ein. Armut ist damit zunehmend der unzureichende Zugang zu den Institutionen des Gesundheitswesens, zu den anregungsreichen, impulsgebenden Einrichtungen, wie Kindertagesförderung, Bibliotheken, Musikschulen, Theater, Sportvereine. Armut zeigt sich in Wohn-

und Lebensverhältnissen, zeigt sich in unzureichender Ernährung, zeigt sich auch in fehlenden Möglichkeiten der Teilnahme an Klassen- oder Vereinsfahrten, ebenso wie an fehlenden Möglichkeiten, zeitgemäße Bücher, Kleidung und Sportgeräte zu erwerben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Armut ist ein Ausgeschlossenensein der betroffenen Kinder. Armut ist Isolation, Ausgrenzung von armen Kindern.

Unser Antrag orientiert darauf, die sich mit der Einführung von Hartz IV dramatisch verschlechternde Lebenssituation der Kinder in unserem Land zu beschreiben, zu analysieren, um Schritte für politisches Handeln abzuleiten, zunächst einmal die Armut als gesellschaftliches Problem anzuerkennen, dem folglich auch mit gesellschaftlichen Lösungen begegnet werden muss.

Herr Minister, Armut ist nicht die Technikausstattung zu Hause. Armut zeigt sich doch vor allem in der fehlenden Kommunikation zwischen sozialen Gruppen dieser Gesellschaft. Armut lässt sich nicht auf individuelles Versagen oder die Unfähigkeit der Einzelnen reduzieren. Insofern sind Kochkurse schön, wie sie seit eineinhalb Jahren empfohlen werden. Sie mögen bereichern, beseitigen aber nicht den armutsbedingten Stress arbeitsloser Eltern.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Mit Kochkursen, Gutscheinen, mit Gesprächszirkeln und Familienkonvents die Probleme dieser Welt zu lösen, ich denke, das wird vor allem in der Fantasie manch gut verdienender lebensferner Akademiker funktionieren. Nähe zu den Menschen und ihren Problemen bringt andere Lösungen hervor. Die Bekämpfung der Kinderarmut verlangt die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Eltern. Das ist die zentrale politische Aufgabe.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber nicht die Minderung der Zahl von Hartz-IV-Leistungsempfängern, Herr Glawe, darf als Kriterium

(Harry Glawe, CDU: Gucken Sie
mal in die Arbeitslosenbilanz!)

erfolgreicher Politik bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gelten,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

so, wie es Ihre Partei ja gerade favorisiert.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nein, Bekämpfung von Armut heißt Schaffung von gut bezahlten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

(Michael Andrejewski, NPD: Stattdessen
machen Sie die Diätenerhöhung.)

Die Bekämpfung der Armut verlangt auch die Stärkung der Rechte der Kinder, das heißt, die Interessen der Kinder in Gesetzen zu berücksichtigen. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat uns bewogen, gestern nicht der Novelle des KiföG zuzustimmen,

(Harry Glawe, CDU: Voll schade.)

weil wir der Meinung sind, Gesetze müssen Rechte verankern und müssen dann diese Rechte auch entsprechend gesetzlich finanziell untersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Angelika Gramkow, DIE LINKE: Bravo!)

Das ist auch eine Forderung,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben doch
gar nicht begriffen, worum es hier geht.)

die die Expertenkommission der Landesregierung in Auftrag gegeben hat.

(Harry Glawe, CDU: Beratungsresistent auf
hohem Niveau, das ist ja wohl das Problem,
beratungsresistent auf hohem Niveau.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden uns weiter dafür einsetzen, Regelsätze kindspezifisch zu errechnen, Kindergeld nicht auf die Regelsätze anzurechnen, sondern als Leistung für das Kind, zur Befriedigung seiner Bedürfnisse, den Kindern aus Hartz-IV-Familien ebenso wie den Kindern aus Millionärshaushalten zur Verfügung zu stellen, die Grenze für Geldgeschenke, die in Hartz-IV-Familien auf die Regelsätze angerechnet werden, auf mindestens 1.000 Euro hochzusetzen, und wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass über ein Schulpaket in Höhe von 150 Euro im Monat nicht geredet wird, so, wie gestern hier intensiv, sondern endlich auch entsprechend beschlossen wird.

Wir erwarten im Zusammenhang mit dem Bericht der Landesregierung eine Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendprogramms und damit eine Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur im Land und folgen hiermit auch den Empfehlungen der Bildungskommission. Es geht um eine zügige Weiterentwicklung und Umsetzung des entwickelten Rahmenplanes für die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten. Es geht um die Weiterentwicklung, um die Umsetzung und um dessen finanzielle Untersetzung. Es geht um die Bereitstellung von Ganztagsplätzen für alle Krippen- und Kindergartenkinder, deren Eltern es wünschen. Es geht um die finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung dieses Anspruchs, um die Absicherung einer gesunden Ganztagsverpflegung in den Kindertageseinrichtungen und die Zuordnung der Verpflegungskosten zu den Kosten der Kindertagesbetreuung. Es geht in unserem Land angesichts der Kinderarmut um den Ausbau der Ganztagschule als Einheit von Unterricht und strukturierter, anregungsreicher Freizeit, damit die staatliche Schule wieder gestärkt wird und die Neugründung von privaten Einrichtungen zurückgedrängt wird. Es geht um die Weiterentwicklung der Kindergesundheitsziele und der gesundheitlichen Betreuung sowie der Erziehung zu einer gesunden Lebensweise in den Kindertagesstätten, Schulen und Freizeiteinrichtungen, und auch das ist finanziell zu untersetzen. Und es geht um die Stärkung der pädagogischen Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen, in den Schulen und Freizeiteinrichtungen durch beständige und verbesserte Qualifizierung ebenso wie durch bessere Bezahlung.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, wir haben im Gesetz festgeschrieben eine tarifliche Entlohnung der Erzieherinnen und Erzieher im Kindertagesstättenbereich, aber wir müssen erkennen, dass diese zum Teil sehr gering ist. Wir fordern deshalb die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes für Erzieherinnen und Erzieher überall dort, wo die Tarife diese nicht gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Wir erwarten, dass Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe, die nach der Kommunalverfassung weitestgehend im Rahmen freiwilliger Aufgaben stehen, den Pflichtaufgaben gleichgestellt und somit bei Haushaltsengpässen von Kürzungen ausgenommen werden. Mit solchen Maßnahmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, könnte die Koalition beweisen, dass die Zielstellung, Mecklenburg-Vorpommern zum kinderfreundlichsten Land zu entwickeln,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Könnte sie, könnte sie.)

mehr als nur schöne Worte sind und dass es Ihnen ernst ist mit dem Willen, den Abstand in der Kinderarmut zwischen Mecklenburg-Vorpommern und den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland zu vermindern.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Dr. Linke.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1639. Wer diesem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1639 bei Zustimmung der Fraktion der FDP, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, einigen Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und einigen Zustimmungen der Fraktion DIE LINKE sowie Gegenstimmen der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1575 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1575 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Zustimmung der Fraktion der NPD und einer Gegenstimme, mit den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Lage der Studierenden verbessern, Drucksache 5/1578.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Lage der Studierenden verbessern
– Drucksache 5/1578 –**

Das Wort zur Begründung hat der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion fordert, jeder soll die Chance für ein Studium erhalten. Die Liberalen wollen optimale Bildungschancen für alle im Land. Dazu gehören attraktive Studienbedingungen und eine auskömmliche finanzielle Basis für Studierende. Ich betone: Es geht um optimale Bildungschancen für alle im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Natürlich, die Zahl der Studierenden zu erhöhen, dazu müssen viele Parameter im Land justiert werden. Es beginnt damit, die Abiturientenquote zu erhöhen, damit

überhaupt genügend qualifizierte Bewerber für die Hochschulen zur Verfügung stehen. Wenn dann die Abiturienten vor der Entscheidung stehen, ob und was sie studieren wollen, ist ein wichtiges Kriterium die wirtschaftliche Situation zu Beginn des Studiums. Finanzielle Hürden für potenzielle Studierende müssen dabei aus dem Weg geräumt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir können hier die richtigen Anreize schaffen, ein Studium in Mecklenburg-Vorpommern aufzunehmen. Wir wollen mithilfe einer breiten Mehrheit im Landtag einen Paradigmenwechsel von Hochschul- und Studienfinanzierung initiieren. Dabei geht es um nicht weniger als die gesamte Umleitung der Finanzmittel nach dem Prinzip „Geld folgt Studierenden“. Auf diese Weise wollen wir eine Umstellung von der Objekt- zur Subjektfinanzierung bei der Hochschulbildung vornehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Langfristig verlassen wir damit ein etatistisches System mit einer trägen zentralen Hochschulsteuerung. Diese angebotsorientierte Steuerung der Hochschulen wird zugunsten eines nachfrageorientierten Anreizsystems für Studierende und Hochschulen aufgegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir wollen, meine Damen und Herren, dass staatliche Mittel zur Finanzierung der Hochschulbildung dann nicht mehr direkt in die Hochschule fließen, sondern über die Studierenden zu den Bildungseinrichtungen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das wird ja interessant. –
Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

deren Angebot tatsächlich von Studierenden nachgefragt wird, Herr Professor Methling.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das wird
ja interessant. Wie soll denn das gehen? –
Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Das bedeutet nicht, Herr Brodkorb, dass der Staat seine Verantwortung aufgibt, sondern dass er sie mit allen Beteiligten teilt. Damit erreicht man eine wesentlich höhere Dynamik, die uns schon seit Langem fehlt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir wollen für alle Hochschulen jeder Art

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Hoffentlich
hören das die Rektoren nicht.)

und für jeden Träger: Universitäten,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Den
Gutschein bekommen sie nach Hause geschickt.)

Fachhochschulen, pädagogische und private Hochschulen

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Zugestellt.)

sind bei gleichwertigem Angebot gleichberechtigt zu behandeln.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Natürlich müssen dabei auch Ländergrenzen berücksichtigt werden. Wir sind uns bewusst, dass dies nicht kurzfristig zu realisieren ist,

(Ilka Lochner-Borst, CDU:
Aber wir beschließen das doch.)

aber das Ziel ist klar umrissen. Wenn wir dies gemeinsam erreichen wollen, müssen wir sofort damit anfangen,

(Ilka Lochner-Borst, CDU:
Aber wir beschließen das doch.)

die Grundlagen dafür vorzubereiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Beginnen wir also mit einer Studienfinanzierung aus einem Guss. Eine solche Finanzierung würde vielen Studierenden, die bislang keinen Anspruch auf BAföG haben, das Studium erleichtern. Sie würde den Zwang zum Arbeiten während des Studiums verringern. Damit können wir helfen, die Studienzeiten zu verkürzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Außerdem brauchen wir dringend ein Stipendiensystem auf internationalem Niveau.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Nur ein verschwindend geringer Teil von zwei Prozent der Studierenden in der Bundesrepublik wird durch ein Studium gefördert.

(Michael Rooff, FDP: Das stimmt. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Durch ein Stipendium meinen Sie.
Durch ein Stipendium meinen Sie.)

Dieser Anteil muss kurzfristig auf mindestens zehn Prozent erhöht werden.

Wir schlagen ein Anreizsystem vor, bei dem private Stipendienmittel im Verhältnis eins zu eins durch eine staatliche Komplementärfinanzierung von Bund und Ländern ergänzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Der
Bund ist doch gar nicht mehr zuständig.)

Hochschulen sollen so mit ihren Partnern vor Ort die besten Lösungen zur Unterstützung begabter und auch benachteiligter Studierender umsetzen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Dank der Föderalismusreform.)

Wir brauchen auch dringend mehr und bessere Informationen über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für Studierwillige. Eine frühzeitige Finanzierungsberatung für Studierwillige und Studierende kann hier Abhilfe schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und wir wissen, dass es auch manchmal an Informationen fehlt, um an bestimmte Stipendien heranzukommen. Wir wissen, wie undurchsichtig das ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na,
so viele Möglichkeiten gibt's da wohl nicht.)

Gerade deshalb ist diese Beratung, wie komme ich an die Möglichkeiten heran, mit wichtig.

Insbesondere denjenigen unter den Studierenden ohne Anspruch auf BAföG-Förderung soll ein maßgeschnei-

derter Finanzierungsplan angeboten werden können. Öffentliche und private Unterstützungsleistungen, insbesondere Darlehen, Kredite und Stipendien, sind in dieses Konzept einzubeziehen. Meine Damen und Herren, dabei geht es uns nicht nur um die reinen Studienfinanzierungskosten, die in Zukunft auch ein gebührenpflichtiges Studium ermöglichen können, sondern auch um die Finanzierung allgemeiner Lebenshaltungskosten und weiteren Bedarf, wie zum Beispiel Bildungs- und Betreuungsleistungen für Kinder.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Dafür gibt es einen BAföG-Zuschlag.)

Studierende sollen zur Inanspruchnahme der öffentlichen und privaten Unterstützungsleistungen ermutigt werden, insbesondere wenn sich dadurch der Studienverlauf leichter und schneller gestalten lässt. Diese Ermutigung ist dabei genauso wichtig wie das zur Verfügung zu stellende Geld, also die Mittel.

Es ist noch ein langer Weg, meine Damen und Herren, bis sich in Deutschland und besonders in Mecklenburg-Vorpommern die Einsicht durchsetzt, dass Bildung eine Investition für das Leben ist. Für das Ziel, ein selbstbestimmtes Leben mit größtmöglicher Freiheit zu erlangen, sollte man auch bereit sein, Zeit, Mühe und finanzielle Mittel einzusetzen.

Und zum Schluss noch an diejenigen, die darin den Ausverkauf des Staates sehen wollen: Wir wollen nicht, dass der Staat sich aus der Verantwortung zurückzieht,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So, so. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sondern wir wollen, dass sich so viele wie möglich kreativ in die Entwicklung des Bildungssystems mit einbringen. Durch reine Alimentierung und zentrale Steuerung wird dies nicht gelingen. Dies gelingt nur, meine Damen und Herren, wenn alle etwas mehr Mut fassen und etwas mehr Verantwortung übernehmen, meine Damen und Herren. Und insofern bitte ich Sie eindringlich um die Unterstützung für diesen Antrag. Wir müssen uns alle Gedanken machen, wie wir erreichen, dass wesentlich mehr bereit sind zu studieren. Wir wissen, welche Probleme auf uns zukommen, wenn wir nicht für den entsprechenden Nachwuchs in unserem Land vorsorgen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Alles
richtig, aber doch nicht mit Ihren Vorstellungen.)

Insofern, meine Damen und Herren, bitte unterlassen Sie es, heute nun einfach wieder, weil es von uns kommt, so pauschal dagegen anzugehen mit Unterstellungen und Ähnlichem.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie haben gehört, was wir wollen und was unser Anliegen ist.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Und dieses Anliegen, meine ich, sollten Sie alle hier mit unterstützen,

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, das,
was Sie wollen, wollen wir nicht.)

jedenfalls die Parteien, die hier im Land für dieses demokratische System Verantwortung tragen, meine Damen und Herren. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch.

(Michael Roolf, FDP: Er muss
jetzt gegen seine Überzeugung reden.)

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Kreher, an einer Stelle können wir es kurz machen: Man sollte nicht den Mythos pflegen nach dem Motto „Nur weil es von uns kommt“ – in diesem Fall von Ihnen –, „würde etwas abgelehnt.“ Es wird abgelehnt, wenn es in der Sache falsch ist oder wenn es nicht zielführend ist,

(Ute Schildt, SPD: Richtig.)

weil das ja schon ein Rückzugsgefecht ist so nach dem Motto „Man unterstützt uns nicht, weil wir es einbringen.“ Nein, Dinge können nicht unterstützt werden, wenn sie nicht vernünftig sind, wenn sie nicht zielführend sind.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Deshalb sollte man dort keine Legenden entstehen lassen.

Der vorliegende Antrag der Fraktion der FDP fordert eine radikale Umstrukturierung der Studienfinanzierung – vorgeblich mit dem Ziel, die Lage der Studierenden zu verbessern. Doch die vorgeschlagenen Maßnahmen und Instrumente sind dazu, wie ich finde, ungeeignet.

Eine Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, BAföG, wie sie die FDP fordert, ist nicht notwendig, da dies bereits grundlegend und erfolgreich im Jahr 2001 durch die Bundesregierung und die Länder erfolgt ist. Sowohl der Bedarfssatz als auch die Freibeträge sind gestiegen und der Empfängerkreis hat sich erweitert. Die positiven Auswirkungen des Reformgesetzes vom 19. März 2001 zeigen sich seither in den überproportional steigenden Antragszahlen, Bewilligungen und eingesetzten Förderungsmitteln für die Schüler und Studierenden.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ratjen?

Minister Henry Tesch: Wenn er denn durchhält bis zum Ende. Jetzt spreche ich erst mal zu Ende.

So wuchs in den Jahren 2001 bis 2007 die Zahl der geförderten Studierenden um 24 Prozent. Gleichzeitig stiegen die zur Ausbildungsförderung verwendeten Mittel um 29 Prozent. 2007 bezogen 25,9 Prozent aller Studierenden an den Hochschulen des Landes aus dem BAföG Mittel für ihren Lebensunterhalt. Und von diesen geförderten Studierenden erhielten 36,6 Prozent den Höchst-satz. Dieser Wert ist seit Jahren nahezu konstant.

Die Bedarfssätze nach dem BAföG sind sowohl aus finanzpolitischer und wirtschaftlicher Sicht als auch aufgrund statistischer Untersuchungen als insgesamt ausreichend anzusehen. Mit dem 22. BAföG-Änderungsgesetz vom 23. Dezember 2007 reagierte der Bund auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten seit 2001 und erhöhte die Bedarfssätze und Freibeträge zum Herbst 2008. Durch die Freibetragsgewährung wird sowohl die Leistungsfähigkeit durch das eigene Einkommen der Studierenden als auch das Einkommen der Eltern im Regelfall ausreichend berücksichtigt. Und noch ein weiterer Punkt wurde mit der 22. BAföG-Novelle zugunsten der Studierenden verbessert: Wer seine Ausbildung im Ausland absolvieren möchte, kann leichter als bisher gefördert werden.

Bund und Länder sind ständig bemüht, die Ausbildungskosten besser zu finanzieren, den Förderungsbereich auszuweiten und die Zahl der Förderungsempfänger zu erhöhen. Die Landesregierung vertritt daher die Auffassung, dass es sich bei BAföG um ein bewährtes Instrument zur finanziellen Förderung eines Studiums handelt und es momentan keiner Änderung bedarf.

Noch ein Wort zur geforderten Umstellung auf die Subjektfinanzierung. Eine Vermischung der allgemeinen Hochschulfinanzierung mit der individuellen Studienfinanzierung, wie das hier der Fall wäre, ist nicht zu empfehlen. Während die Studienfinanzierung auf die Bewältigung der studentischen Lebenshaltungskosten zielt, wäre bei der subjektorientierten Hochschulfinanzierung die Abgeltung von Leistungen der Hochschule auf dem Gebiet Studium und Lehre berührt.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja.)

Diese Leistungen gegenüber den Studierenden werden bislang in Mecklenburg-Vorpommern durch die öffentliche Hand finanziert.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, so ist es.)

Der Bedarf der Hochschulen wurde zu Beginn der Einrichtung des Hochschulfinanzkorridors anhand der vorhandenen Stellen und des damals ausgewiesenen Sach- und Investitionsmittelbudgets bemessen und wird seither mit 1,5 Prozent Steigerung pro Hochschule und Jahr festgeschrieben. Ob diese Steigerung aufgrund exorbitanter Kostenentwicklung ausreichend ist, das werden die nächsten Zielvereinbarungsgespräche zeigen.

Darüber hinaus erfolgt die Hochschulfinanzierung leistungsbezogen über die formelgebundene Mittelvergabe sowie über einen Fonds, der vorwiegend für besonders aussichtsreiche Projekte ausgeschüttet wird. Die Umstellung der Hochschulfinanzierung in dem Sinne, dass nicht die Hochschulen, sondern die Studierenden die Mittel in die Hand bekommen, ist – das wissen Sie auch – eine vielfach diskutierte und auch ambitionierte Idee, die unter anderem auch vom Centrum für Hochschulentwicklung CHE seit Jahren propagiert wird, und zwar unter dem Stichwort „Geld folgt Studierenden“. Die Befürworter argumentieren, dass die direkte Finanzierung der Hochschulen über die Studierenden den Wettbewerb unter den Hochschulen mit erwartbaren positiven Effekten erheblich steigern würde.

(Michael Roolf, FDP: Genauso ist es.)

Auf der anderen Seite aber wirft das Modell auch eine Reihe grundsätzlicher und administrativer Fragen und Probleme auf.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na klar. –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die weiteren Forderungen der FDP-Fraktion werfen mehr Fragen als Lösungen auf. Die BAföG-Förderung erfolgt grundsätzlich abhängig vom Einkommen und Vermögen sowohl der Studierenden als auch der Eltern. Dieses ist wegen der bestehenden Unterhaltspflicht während einer Ausbildung für die Bestimmung der Höhe der staatlichen Förderungsgewährung zu berücksichtigen. Bemühungen einer grundsätzlichen Änderung dieser elternabhängigen Förderung waren bisher nicht erfolgreich. Hier sei an das „3-Körbe-“ und das „3-Stufen-Modell“ sowie das „Bildungssparen“ erinnert. In absehbarer Zeit gibt es kein Modell, welches die bewährte Förderung nach dem BAföG ersetzen könnte. Weder die Unterhaltspflicht der Eltern noch die hierfür gewährte steuerliche Berücksichtigung, also Kindergeld oder auch Kinderfreibetrag, kann ohne Weiteres aufgehoben werden. Und eine Umstellung, wie zum Beispiel auf das Bildungssparen, benötigt eine zu lange Vorlaufzeit und einen zu hohen Vorfinanzierungsbedarf.

Fragwürdig scheint mir das unter Punkt 3 geforderte bedarfsgerechte Stipendiensystem. Die Landesregierung vertritt die Auffassung, dass es durchaus mehr Stipendien geben sollte. Aber der Grundgedanke der Stipendien, jedenfalls im deutschen Raum, ist gerade nicht der, BAföG und Studienkredite in ihrer Funktion zu ergänzen. Daher besteht aus unserer Sicht keine Notwendigkeit und keine staatliche Verpflichtung, zusätzlich zur staatlichen Studienfinanzierung noch ein Stipendiensystem aufzubauen, zumal das Land Mecklenburg-Vorpommern eines der wenigen Bundesländer ist, das keine Studiengebühren erhebt.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ihre Forderung nach einem umfassenden Studienfinanzierungsberatungskonzept ist überflüssig, und zwar deshalb, weil sich bei der Beratung zur Studienfinanzierung, bei der Förderungsbewilligung und bei anderen sozialen Belangen die Studentenwerke des Landes bestens bewährt haben, es sei denn, Herr Kreher, Sie misstrauen diesen Studentenwerken. Wir tun das nicht. Auf diese Kenntnisse und Fähigkeiten werden wir auch in Zukunft vertrauen.

Von einer mangelnden Transparenz kann trotz der Vielzahl von verschiedenen Finanzierungs- und Unterstützungsmöglichkeiten nicht die Rede sein. Zudem existiert bereits auch ein umfassendes Studienfinanzierungsberatungsnetz. Schon während der Schulzeit können sich Studieninteressierte bei den Berufsinformationszentren der Arbeitsagenturen über den Inhalt und Ablauf eines Studiums sowie über mögliche Berufsausübungen informieren. Die weitergehende Beratung zur Studienfinanzierung übernehmen dann die Studentenwerke Rostock und Greifswald. Aus unserer Sicht ist die Beratung zur Studienfinanzierung optimal geregelt und selbst von den Studierenden sind Forderungen beziehungsweise Wünsche nach Veränderungen in den Gesprächen, die wir geführt haben, bisher nicht geäußert worden.

Meine sehr geehrten Abgeordneten der FDP, ich will es so zusammenfassen: Ihr Anliegen, die Studienbedingungen der Studierenden zu verbessern, wird von der Landesregierung grundsätzlich begrüßt. Der von Ihnen vorgeschlagene Weg trägt dazu leider jedoch nicht bei.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, gestatten Sie jetzt die Frage des Abgeordneten Ratjen? (Zustimmung)

Bitte, Herr Ratjen, fragen Sie.

Sebastian Ratjen, FDP: Danke, Herr Minister.

Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass in den letzten zwei Jahren die Anzahl der Prostitution betreibenden Studentinnen

(Ilka Lochner-Borst, CDU:
Das glaube ich jetzt nicht.)

exponentiell gestiegen ist nach einer Studie des Bundes der Deutschen Studentinnen?

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gute Frage. –
Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Minister Henry Tesch: Ich glaube nicht, dass jeder jetzt hier die Qualität der Frage einschätzen kann. Nur die Frage ist: Was wollen Sie uns damit sagen?

(Udo Pastörs, NPD: Das interessiert ihn doch gar nicht. Ihn interessiert sein Gehalt und das war's.)

Sebastian Ratjen, FDP: Darf ich die Frage beantworten?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Nein.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist eine Unverschämtheit.
Das ist einfach eine Unverschämtheit.)

Danke schön, Herr Minister.

(Gino Leonhard, FDP: Es geht doch nicht um die Qualität der Frage, es geht darum zu antworten.
Machen Sie weiter so! – Udo Pastörs, NPD:
Machen die auch. So eine Unverschämtheit. –
Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, der Abgeordnete Herr Professor Dr. Methling.

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag befasst sich mit einem Thema, das seit Jahren in der Hochschulpolitik präsent ist und auch genauso kontrovers diskutiert wird. Es geht in diesem Antrag auch nicht umfassend um die Lage der Studierenden, sondern vorrangig um die Studienfinanzierung. Die seit Jahren unterschiedlichen Auffassungen dazu sind nicht ansatzweise zu einem Konsens zu vereinen – das ist zumindest unser Eindruck – und das jüngste Beispiel aus Hessen belegt dieses nachdrücklich.

So wird es auch mit diesem Antrag sein, was einen möglichen Konsens betrifft. Haben wir noch beim ersten Teil von Punkt 1 der Beschlussvorlage eine Übereinstimmung, so geht sie danach vollständig verloren. Wir teilen Ihre Auffassung – im Unterschied zu dem Herrn Minister –, dass die BAföG-Sätze an die tatsächlichen Bedürfnisse der Studierenden angepasst werden müssen. Eine letzte Anpassung hat es ja vor Kurzem gegeben. Was die Aufforderung zu einer Bundesratsinitiative betrifft, bin ich sehr skeptisch, weil eben das Gesetz gerade erst novelliert worden ist. Da gibt es wenig Aussicht auf ein erneutes Aufschnüren des Paketes. Damit sind unsere Gemeinsamkeiten aber auch erschöpft, lieber Herr Kollege Kreher.

Das Ziel einer grundlegenden Reform wird in den nachfolgenden Punkten klar: Sie wollen einen Paradigmenwechsel in der Studienfinanzierung. Statt eines elternunabhängigen BAföG, das bei allen Mängeln eine grundlegende Voraussetzung für die Chancengleichheit beim Zugang zum Studium und beim Studium selbst ist, wollen Sie vor allem privatwirtschaftlich finanzierte Stipendien. Die staatlichen Mittel zur Hochschulfinanzierung sollen als Bildungsgutscheine individuell an Studierende ausgegeben werden und wie Studiengebühren zur Finanzierung der Hochschulen herangezogen werden können. Sie formulieren das in der Begründung wie folgt, ich zitiere: „Nach dem Prinzip ‚Geld folgt Studierenden‘ kann eine Umstellung der Objekt- zur Subjektfinanzierung bei der Hochschulbildung vorgenommen werden.“ Etwas sarkastisch formuliert, müsste es wohl richtiger heißen: Hohe Schulden folgen den Studierenden und die Subjekte finanzieren die Objekte.

Und es ergeben sich zahlreiche Fragen, die sich nicht nur mir stellen, sondern manchen anderen, die die Hochschulen ziemlich genau kennen, die dann die Frage stellen: Wie soll denn das gehen? Wie soll die Differenzierung der Gutscheine für unterschiedlich teure Studiengänge aussehen? Welche Folgen hat das für das Angebot der Studiengänge an den Hochschulen? Haben Sie das einmal durchdacht? Wie und von wem soll ein solches System denn organisiert werden? Wer soll ein bedarfsgerechtes Studiensystem des Landes finanzieren, das ja sozusagen ergänzt werden soll? Wo soll das Geld herkommen, wenn das Land es geben soll? Sie wollen mehr Wettbewerb und Sie wollen auch in dieser Frage private Hochschulen den staatlichen Hochschulen gleichstellen.

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

Genau diesen Weg lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Wir wollen die staatliche Verantwortung für das Bildungswesen, also auch für die Hochschulen, erhalten und ausbauen. Wir wollen den chancengleichen Zugang aller Menschen zu höchstmöglicher Bildung, und zwar unabhängig von der sozialen Situation. Sie wollen glauben machen, dass das durch private Stipendien oder Kredite besser möglich sei. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine elternunabhängige und kostendeckende Studienfinanzierung für alle Studierenden. Erste Schritte dazu wären eine Verbesserung der Höhe des BAföG und seine wirkliche Unabhängigkeit von den Eltern. Es ist ja nur quasi elternunabhängig, das wissen wir ja, denn da spielt es eine Rolle, in welcher sozialen Situation sich die Eltern befinden. Und es wäre auch ein Schritt, die Kreditierung dabei elternunabhängig zu machen.

Wir wollen die Studierenden nicht in die Lage bringen, am Ende ihres Studiums vor einem Schuldenberg zu stehen, der möglicherweise ihre persönliche Existenz gefährdet. Ein solches Risiko kann doch kein junger Mensch eingehen. Wie soll denn das gehen? Denn jedes kreditfinanzierte Stipendium geht von einer vermuteten finanziellen Leistungsfähigkeit des Studierenden nach dem Studium aus. Ich weiß auch gar nicht, ob Banken oder andere Private besonders gern bereit wären, solche Finanzierungen vorzunehmen. Damit beginnen die Absolventinnen und Absolventen ihren neuen Lebensabschnitt mit einem hohen Maß an Unsicherheit und persönlichen Einschränkungen. Egal, wie die Rückzahlungsmoda-

litäten ausgestaltet sind, es bleiben Schulden und im schlimmsten Fall führt das zu einer Privatinsolvenz. Wir lehnen solche Studienkredite und derartige Stipendien auch deshalb ab, weil sie an den Hochschulen die Privatisierungstendenzen, die ohnehin da sind und gefordert werden, verstärken könnten. Stipendiensysteme können zudem die soziale Auslese beim Hochschulzugang eben nicht vermindern. Schon heute kommen nur rund zehn Prozent der Studierenden aus nichtakademischen oder finanzschwachen Elternhäusern.

Dass die FDP-Fraktion mit diesem Antrag den Beschluss ihres Parteitages vom 31. Mai in München umsetzen will, das kann man ihr nicht verübeln. Das ist auch in anderen Parteien so.

(Michael Roolf, FDP: Weil
er richtig ist, Herr Professor. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das glauben auch nur Sie.)

Bitte?

(Michael Roolf, FDP: Das steht im Protokoll.)

Ja, ja, natürlich, Ihre Beschlüsse sind grundsätzlich richtig.

(Michael Roolf, FDP: Richtig.)

Dieser Antrag ist ein konsequenter Ausdruck der politischen Grundansätze der FDP, die eine Privatisierung gesellschaftlicher Aufgaben und der Daseinsvorsorge zum Ziel haben.

(Michael Roolf, FDP: Eine Gleichberechtigung.)

Wie ernst es der FDP mit der Erhebung von Studiengebühren ist, hat die hochschulpolitische Sprecherin im Hessischen Landtag nach dem Urteil des dortigen Staatsgerichtshofes deutlich gemacht. Ich zitiere: „Ändern sich die Mehrheitsverhältnisse in Hessen, werden auch die Studienbeiträge wieder eingeführt.“

(Michael Roolf, FDP: Das ist
für Hessen auch sinnvoll.)

Auf unser Land bezogen heißt das wohl, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer bei uns keine Studiengebühren will, muss auf jeden Fall die FDP aus einer Regierung heraushalten. Ich hoffe, dass das auch so bleiben wird. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Ralf Grabow, FDP: Schauen wir mal.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Professor Methling.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Brodkorb von der Fraktion der SPD.

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem der Minister bereits so etwas Ähnliches wie eine Einführungsvorlesung in die Studienfinanzierung gehalten hat, kann ich es mir ersparen, weiter darauf einzugehen.

Herr Kreher, Sie haben mit einer Bemerkung in Ihrem Beitrag hier wirklich recht gehabt. Sie sprachen davon, dass, wenn wir Ihre Vorschläge umsetzten, es dann zu einer erheblichen Dynamik im Hochschulraum käme.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Das ist unbestreitbar richtig. Das ist aber auch gleich das Einzige, was wirklich an dem stimmt, was Sie vorge-tragen haben. Ich möchte das an zwei Beispielen deut-lich machen:

Erstens. Sie empfehlen uns ernsthaft, folgenden Satz zu beschließen: „Jedem Studierenden soll die Möglichkeit einer elternunabhängigen Finanzierung der Lebenshal-tungskosten durch Darlehen eröffnet werden.“ Ich frage mich, was würde das eigentlich für eine Dynamik auslö-sen? Bisher ist es so, dass Eltern unterhaltspflichtig sind für ihre Kinder bis zum ersten Berufsabschluss. Und in den Fällen, wo sie dazu nicht in der Lage sind, gibt es ein BAföG. Ich möchte mir gar nicht ausmalen, was in man-chen Elternhäusern einsetzen könnte, wenn Sie ernsthaft dem Ausstieg aus dieser Verpflichtung zur Finanzierung der Lebenshaltungskosten ein solches Hintertürchen eröffnen.

(Udo Pastörs, NPD: Blödsinn!
Das bestimmen die doch selber.)

Auf so eine Dynamik, glaube ich, kann man verzichten.

Zweitens. Ich möchte mich hauptsächlich eigentlich auf den wahrscheinlich dynamischsten Punkt Ihres Antrages konzentrieren, das ist die Umstellung der Hochschulfi-nanzierung von einer Objekt- zu einer Subjektfinanzierung. Also da würde wirklich Dynamik ausgelöst, das stimmt. Man kann Ihren Anträgen ja in der Regel nicht genau entnehmen, was Sie konkret meinen. Deswegen ist man immer irgendwie zu exegetischen Versuchen gezwungen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist wegen der Liberalität. –
Raimund Borrmann, NPD: Und das
ist anders wie bei unseren Anträgen.)

Ich stelle mir das so vor: Nehmen wir einmal an, es gibt ein Hochschulinstitut – Sie müssen jetzt bitte nicken, wenn das so ungefähr stimmt, wie ich es mir ausdenke –, das kostet vielleicht 1 Million Euro pro Jahr, es kann 200 Studenten aufnehmen, man hat Kosten im Jahr in Höhe von etwa 5.000 Euro pro Student. Die Idee ist jetzt, dass ein Student einen Gutschein bekommt. Ein junger Mensch mit Hochschulzugangsberechtigung geht mit diesem Gutschein zur Hochschule und gibt den Gut-schein dort ab. Und dieses Institut bekommt dann vom Land eine Zuweisung. Es kann diesen Gutschein also dem Land zurückreichen und erhält dann einen für das Fach spezifisch auskömmlichen Betrag zur Studienfi-nanzierung.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Am besten
Bargeld. Am besten Bargeld im Umschlag.)

Ist das so ungefähr richtig?

(Zuruf aus dem Plenum: Sehr vereinfacht.)

Sehr vereinfacht, aber richtig. Gut, wunderbar.

Das setzt dann natürlich voraus, dass sie eine perma-nente Vollausslastung von 100 Prozent haben.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

Was nicht eintreten darf, ist zum Beispiel, dass ein Stu-dent im dritten Semester feststellt, ich habe mich doch falsch entschieden, das ist das falsche Studium. Dann hinterlässt er gleich für sieben Semester eine Finanzi-erungslücke. Es darf nicht eintreten, dass man mal eine historische Konjunktur hat, dass mal in einer gewissen

gesellschaftlichen Situation ein bestimmtes Fach nicht nachgefragt ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So ist es.)

Wenn das passiert, ist dieses Fach pleite.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Dann
müssten Sie die Hochschullehrer entlassen.)

Dann gibt es Fächer, die sind nie voll ausgelastet. Ich muss sagen, an dem Punkt bin ich wirklich froh,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dass unser Koalitionspartner nicht FDP, sondern im Moment CDU lautet. Es gibt zum Beispiel Fächer wie Theologie. Die Theologie ist nie ausgelastet, die ist immer unterausgelastet. Nach Ihrem Modell könnten wir die gesamte Theologie in Deutschland schließen. Das würde nicht nur auf die Theologie zutreffen, sondern auf viele andere Fächer, die kulturell notwendig sind, die aber nicht in einem solchen System finanzierbar sind, weil sie schlichtweg nie eine Auslastung von 100 Prozent erreichen.

(Hans Kreher, FDP: Denken Sie doch mal darüber
nach, wie das sonst in einigen Bereichen war!
Denken Sie doch einfach mal darüber nach!)

Ich muss sagen, meine Damen und Herren, ich bin zwar kein Christ, aber ich bin der Auffassung, dass, wenn wir auch Christen Steuergelder abnehmen, wir als Staat doch umgekehrt die Verpflichtung haben, diesen Men-schen spirituell und kulturell entsprechende Angebote an Hochschulen zu finanzieren, und zwar auch dann, wenn sie nicht zu 100 Prozent ausgelastet sind. Jetzt könnten Sie sagen, gut, das ist ja kein Problem, wenn es eine Unterauslastung gibt, dann reduzieren wir einfach etwas die Professuren, wir reduzieren einfach die Kapa-zitäten und dann kann man Angebot und Nachfrage wie-der zueinanderführen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Damit sich im nächsten Jahr mehr bewerben.)

Das Problem bei der Sache ist nur, wissen Sie, wenn man Theologie auf einem Mindestniveau betreiben will, dann brauchen sie auch eine Mindestausstattung, die einfach nicht unterschreitbar ist. Diese liegt im absoluten Minimum bei fünf Professuren. Darunter geht es einfach nicht. Sie können das nicht einfach den geschmeidigen Angebots- und Nachfragekampf entscheiden lassen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich möchte ein anderes Beispiel nehmen, damit es nicht zu abseitig ist, denn das ist ja nicht nur in Theologie so. Der Maschinenbau der Universität Rostock hatte bis vor wenigen Jahren zehn Prozent Auslastung.

(Udo Pastörs, NPD: Ziemlich schweres Studium.)

Das lag nicht daran, dass die Professoren dort schlecht sind oder das Land Fehler gemacht hat, sondern es lag schlichtweg daran, dass es immer wieder so ist, dass alle Fächer historischen Konjunkturen unterliegen. Und so gesehen würde Ihrem Finanzierungsmodell wirklich eine unglaubliche Dynamik an den Hochschulen folgen, nämlich das blanke Chaos. Wir hätten innerhalb von 20 bis 30 Jahren einfach alle Fächer abgeschafft, weil alle Fächer irgendwann mal konjunkturellen Schwankungen unterliegen, vielleicht mit zwei Ausnahmen: Juristen und Betriebswirte.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Auch Medizin! Medizin!)

Und Medizin, und Medizin.

Aber mit Verlaub, wir brauchen für eine vernünftig funktionierende Gesellschaft schon noch ein paar mehr Professionen, auch die Theologen, meine Damen und Herren. Deswegen lehnen wir den Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD, CDU
und DIE LINKE – Michael Roolf, FDP:
Ich habe selten so viel Unsinn gehört. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Brodtkorb.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lüssow von der Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn die FDP mit Themen kommt, die einen sozialen Anstrich haben, dann muss man immer vorsichtig sein. Das gilt auch für den vorliegenden Antrag, der behauptet, die Lage der Studierenden zu verbessern. Das wollen wir ja wohl alle, meint man wenigstens. Aber die Frage ist halt, wie.

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

Um das einmal grundsätzlich klarzumachen: Sie wollen ja immer angeblich eine Auseinandersetzung mit der NPD führen. Da ist es hier eine gute Möglichkeit, da Sie direkt hören, was die NPD will, damit Sie nicht im Netz gegen Nazis nachlesen müssen, was Ihre Antirechts-Experten annehmen, was die NPD denken soll,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das erklären
Sie uns ja jedes Mal, was Sie denken. –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

damit die Deutschlandhasser eine Legitimation für die Bekämpfung der nationalen Opposition bekommen. Also: Die NPD bekennt sich zum Bildungsideal von Wilhelm von Humboldt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der SPD – Beifall bei
Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Der sah die Hochschule als Ort, wo Menschen sich vordergründig, zweckfrei der Wissenschaft widmen. Damit erzieht man keine lebensfernen Theoretiker, sondern handlungsfähige, weltoffene Persönlichkeiten.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Die sind dann auch offen für Menschen aus
anderen Ländern. – Volker Schlotmann, SPD:
Das ist an Ihnen vorbeigegangen.)

Die lassen sich dann nicht in irgendwelche Normen pressen.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Die FDP, die das deutlich und offen ausspricht, was Sie von SPD und CDU dann letztendlich auch als willige Vollstrecker des Marktes ausführen werden, hat mit diesem Bildungsideal nichts zu tun.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie haben uns ja diesmal ausgelassen.
Das finde ich nicht gut.)

Deshalb werden Sie von der FDP auch mit Ihren Vorschlägen nur die Situation der Jasager verbessern.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Beschreien Sie es mal nicht!)

Die brauchen aber nicht neue Fördertöpfe. Die Jasager werden ja schon ausreichend von der Friedrich-Nau- mann-Stiftung gefördert, mit der sie munter die Staatsknete abzweigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Ihre Vorschläge sind also aus nationaler Sicht insgesamt abzulehnen.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ausgenommen davon ist der Bildungsgutschein. Dieser Idee können wir sogar noch etwas abgewinnen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist ja die schwachsinnigste Idee.)

würde er doch Wahlfreiheit für die Studierenden schaffen, auch wenn der Bildungsgutschein nicht die chronische finanzielle Unterversorgung der Universitäten beenden würde.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist wirklich die schlechteste Idee.)

Man kann eben nicht immer nur davon reden, mehr für die Bildung tun zu wollen, und real nehmen die Zuwendungen für diesen Bereich ab. Die Kreditprogramme, die Sie vorschlagen, verbessern nicht die Situation der Studierenden, sondern vor allem die der Banken, die sich dann noch am wissenschaftlichen Nachwuchs eine goldene Nase verdienen können.

Was unter bedarfsgerechter Förderung zu verstehen ist, das kann man bereits an der Graduiertenförderung sehen. Da werden dann nämlich nur noch Arbeiten mit einem Zweck für die Wirtschaft gefördert. Insofern lehnen wir auch Ihr gewünschtes Studienfinanzierungsberatungskonzept ab. Mit solch bürokratischen Wasserköpfen wäre im Übrigen wohl kein großer Wissenschaftler je zu großen Ergebnissen gekommen.

Nochmals: Sie verbessern die Situation der Studierenden, wenn Sie ihnen keine Denkverbote aufzwingen, wenn Sie die Universitäten genügend ausstatten und wenn Sie vor allem dafür sorgen, dass nicht kurzfristige Wissenschaftsinteressen den Studienbetrieb bestimmen. Ihre Vorschläge sind ungeeignet und deshalb lehnen wir sie ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Lüssow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lochner-Borst von der Fraktion der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der FDP-Fraktion ist vor allem eins, ein Sammelsurium von Parteitagsbeschlüssen aus den letzten drei Jahren.

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt kommen die Tiefflieger.)

Das kann man so machen, das ist in Ordnung. Aber man darf nicht erwarten, dass andere Parteien unbedingt diese Auffassungen und Ihre Anliegen teilen.

(Hans Kreher, FDP: Sie sollten aber wenigstens ein Konzept dagegensetzen.)

Wir meinen in der CDU, dass sich das im Jahr 2001 reformierte Bundesausbildungsförderungsgesetz bewährt hat.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na klar.)

Herr Professor Methling, die letzte Erhöhung um zehn Prozent hat gerade stattgefunden. Und auch damit können wir in der CDU sehr gut umgehen.

(Hans Kreher, FDP: Bei der Situation ist das nichts.)

Was ich mich jedoch ganz besonders frage, wenn ich Ihr Konzept der Förderung des einzelnen Studierenden betrachte und wir jetzt hier in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich Ihren Beschluss umsetzen würden, ist, wie das funktionieren sollte, denn dann können die Studierenden ja eigentlich nur noch, wenn alle anderen Länder diesen Beschluss nicht fassen, hier in Mecklenburg-Vorpommern die Hochschulen wechseln, wie sie möchten.

(Hans Kreher, FDP: Lesen Sie sich das mal genau durch! Das geht nicht allein darum.)

Das müssen Sie uns vielleicht dann in Ihren Ausführungen gleich noch einmal erklären, Herr Kreher.

So wie dieser Punkt sind in meinen Augen auch alle anderen Punkte ungeeignet, sie hier im Lande ganz alleine zu entscheiden, denn alle Punkte sind auf Bundesebene zu entscheiden. Das betrifft in einem weiteren Punkt die Unterhaltungspflicht der Eltern und das betrifft steuerliche Fragen wie Kindergeld und Kinderfreibetrag. Das sind alles Sachen, die Sie hier in Mecklenburg-Vorpommern im Alleingang entscheiden wollen. Das wird auf Bundesebene so nicht durchzutragen sein.

Meine Damen und Herren, für uns bleibt festzustellen, dass die CDU-Fraktion es nicht für sinnvoll hält, das von Ihnen geforderte Konzept bis zum Ende des Jahres zu erarbeiten und umzusetzen. Deshalb werden wir den von Ihnen gestellten Antrag auch ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie haben es aber kurz gemacht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Lochner-Borst.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich wieder so, wie ich es auch erwartet hatte. Was wir als Liberale machen, ist zunächst mal ganz und gar schlimm, das kann man nur ablehnen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD)

Und, Herr Minister, wenn Sie dann sagen, wir lehnen es nicht grundsätzlich ab, sondern nur dann, wenn es falsch ist, dann will ich Sie nur daran erinnern, dass wir heute über einen Kinderkonvent gesprochen haben und

Sie nur das, was wir vor einem Jahr mit dem Kindergipfel eingebracht haben, heute in anderer Form wieder eingebracht haben. Also damals war alles unmöglich, geht nicht, und später kommen Sie in irgendeiner Form und bringen dann genau das, was wir Liberalen früher vorge schlagen hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und genauso, um in Ihrem Arbeitsbereich zu bleiben, erinnere ich mich noch daran, wie ich mit Frau Schnoor und später mit Frau Marquardt über die Selbstständige Schule diskutiert hatte. Damals waren die Liberalen unmöglich, geht nicht, geht nicht, das passte einfach nicht in die konservative Schublade hinein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und heute, Herr Minister, wollen Sie viele Teile dessen, was wir damals gesagt haben, umsetzen. Heute haben wir zu diesem Bereich sogar einen weitgehenden Konsens. So ist es in vielen Bereichen, ich könnte das weiterführen, auch im Bundesbereich, wo es zum Beispiel um die Riester-Rente ging.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Ursprünglich hatten wir gesagt, wir brauchen neben der Rente ein kapitalgedecktes Verfahren, jetzt heißt sie plötzlich Riester-Rente.

(Volker Schlotmann, SPD: Lassen Sie Ihren Frust mal ruhig ab!)

Es war damals ein Gewerkschafter, der das ursprünglich total bekämpft hatte, der sagte,

(Zurufe von Ilka Lochner-Borst, CDU, und Raimund Borrmann, NPD)

es ist unmöglich, so etwas zu machen.

(Volker Schlotmann, SPD: Wollen Sie jetzt Mitleid oder was ist das?)

So gibt es viele Beispiele, wo Sie immer erst einmal sagen, geht nicht, geht nicht, geht nicht, es ist unmöglich, es passt nicht in unsere Schublade,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie können ja noch hoffnungsvoll sein. – Volker Schlotmann, SPD: Wollen Sie hier Mitleid? Das ist ja unmöglich.)

und später kommen Sie dann so schrittweise auf das zu, was wir über Jahre vorbereitet hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Herr Kreher, das ist so. Die brauchen immer ein bisschen länger.)

Insofern, meine Damen und Herren, glauben Sie mir, werden Sie uns auch in diesem Bereich folgen.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Da bin ich sehr optimistisch, Herr Minister, auch Sie werden das begreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Heike Polzin, SPD: Hoffentlich nicht.)

Herr Brodtkorb, um auch auf eines Ihrer Argumente einzugehen, dass dann natürlich die Theologie runterfallen würde,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Natürlich.)

wenn wir das mit einer Art Gutschein finanzieren würden, dazu sage ich Ihnen Folgendes: Wissen Sie, in vielen Bereichen, auch in der Wirtschaft, ist es so, dass manche Bereiche nicht so gut gehen und manche Bereiche gehen besser.

(Heike Polzin, SPD: Insolvenz. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ach!)

Und trotzdem, in einer gut geführten Hochschule, der wir dann wirklich die Autonomie geben,

(Heike Polzin, SPD: Insolvenz der Theologie. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Insolvenz ist schwieriger, ne?!)

damit sich die Hochschule in der Breite auch darstellen kann und es nicht nur eine Schmalspuruniversität oder -hochschule wird,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Die wird
es dann ganz bestimmt nach Ihrem System. –
Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

wird die Hochschule im eigenen Interesse sagen: Wir brauchen auch diesen Bereich, um eine Hochschule wirklich mit dem entsprechenden Ruf zu entwickeln. Glauben Sie doch nicht, dass, wenn wir den Hochschulen wirklich diese Autonomie geben, die Hochschulen dann nur so, wie es jetzt manchmal unter staatlichem Zwang ist, eng denken. Je mehr Verantwortung ich habe, umso mehr sehe ich, dass das, was neben mir läuft, auch für mich wichtig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sind Sie
nicht für die Volluniversität, oder wie war das? –
Udo Pastörs, NPD: Damit können
Sie nicht umgehen.)

Das haben Sie immer noch nicht begriffen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Und noch einmal zum Schluss Folgendes, Frau Lochner-Borst: Sie haben ja immer Ihre konservativen Schubladen.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Ja, das ist doch schön.)

Das kennen wir inzwischen schon. Ich wäre ja froh, wenn Sie wertkonservativ wären, aber Sie sind strukturkonservativ.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Michael Roolf, FDP: Ja. –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Sie sind nicht bereit, etwas an den Strukturen zu ändern. Und deshalb, Frau Lochner-Borst, habe ich nicht gesagt, dass wir das als Land Mecklenburg-Vorpommern ganz allein machen können.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Wie wollen Sie das
dann machen? – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Frau Lochner-Borst, ich habe auch gesagt, es ist ein langfristiger Prozess.

(Heike Polzin, SPD: Ja, genau.)

Aber warum, Frau Lochner-Borst, sollen wir in Mecklenburg-Vorpommern immer die Letzten sein?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Michael Roolf, FDP: Ja. –
Heike Polzin, SPD: Das sind wir doch gar nicht.)

Warum können wir da nicht auch einmal vorangehen, um dieses Land voranzubringen?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Dann sagen Sie doch mal, wie! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir haben doch die Verantwortung dafür, das müssen Sie doch endlich einmal sehen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Jetzt sagen Sie doch mal, wie!)

Meine Damen und Herren, das sage ich Ihnen allen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Regine Lück, DIE LINKE: Denken Sie an Ihre
Gesundheit! – Volker Schlotmann, SPD:
Mein Gott! – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

(Volker Schlotmann, SPD: Jetzt hat er
einmal die Chance gehabt, etwas zu erklären.)

Das Wort hat jetzt noch einmal der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

(Michael Roolf, FDP: Oh nee, oh nee!
Jetzt ist er wohl zu Erkenntnissen gekommen.)

Minister Henry Tesch: Ich will es einfach kurz machen, Herr Kreher. Es ist jedem unbenommen, die Dinge so zu sehen, wie er sie sieht. Nur, ich finde es nicht richtig. Ich finde es nicht richtig gegenüber dem Steuerzahler und ich finde es nicht richtig gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern in diesem Land, hier sozusagen über Autonomie und private Universitäten und Hochschulen zu sprechen und dabei zu vergessen, dass wir in diesem Land eine steuerfinanzierte Ausstattung der Hochschulen und Universitäten haben.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So ist es.)

Insofern muss man auch manche Äußerungen aus dem Bereich der Hochschulen daraufhin überprüfen. Und da kann man nicht einfach irgendwo den Rahm abschöpfen, das sozusagen einmal umrühren und sagen, das soll dann ein Teig werden. Wir werden über viele Dinge engagiert miteinander streiten, was Autonomiefragen betrifft. Ich glaube, Herr Brodkorb hat es an dieser Stelle auch schon mal gesagt, wir können die staatliche Verantwortung für staatlich finanzierte Systeme nicht einfach irgendwo so generieren, wie Sie es hier sagen. Deshalb müsste auch ein bisschen Zurückhaltung an der Stelle da sein, denn es ist ein bisschen zu populistisch, wenn man sagt, das ist das Modell, mit dem man es lösen kann.

(Heike Polzin, SPD: Das ist unwissend.)

Ich wollte es nicht sagen, Frau Polzin. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Vizepräsident. Bitte, Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Polzin, wenn Sie mir Unwissenheit unterstellen,

(Heike Polzin, SPD: Das tun Sie ja mit uns allen. –
Volker Schlotmann, SPD: Der erklärt uns
auch allen so einen Mist hier.)

können wir uns nicht einmal darauf einigen, dass wir in manchen Dingen unterschiedliche Auffassungen haben, dass mein ...

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Heike Polzin, SPD: Ja, genau das
werden wir tun.)

Ja?

(Heike Polzin, SPD: Sehr gut.)

... Wissen auf anderen Grundlagen beruht als auf Ihren,

(Heike Polzin, SPD: Korrekt.)

dass Ihre Schublade – ich bleibe dabei – eben eine andere ist

(Heike Polzin, SPD: Als Ihre Schublade.)

als das, was ich eben schubladenübergreifend denke?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Heike Polzin, SPD: Ach, sehen Sie?!)

Herr Minister, wir sind ja bereit, uns in den Prozess mit einzubringen.

(Heike Polzin, SPD: Ja, ja,
Arroganz erzeugt Gegenarroganz.)

Wir sind nicht die Arroganten, die immer alles schon vorher wissen. Deshalb wollen wir das mit Ihnen ja auch besprechen. Aber wir sind der Meinung, man muss auch manchmal einige Dinge zugespitzt darbringen, damit überhaupt etwas vorangeht. Das machen Sie doch auch, Frau Polzin.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Seien Sie doch ehrlich! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1578. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1578 bei Zustimmung der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Kennzeichnung für Milchprodukte mit angemessener Vergütung für Milchbauern, Drucksache 5/1581.

Antrag der Fraktion der NPD:
Kennzeichnung für Milchprodukte mit
angemessener Vergütung für Milchbauern
– Drucksache 5/1581 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

(Reinhard Dankert, SPD: Jetzt kommt die
Sonne von der NPD! – Udo Pastörs, NPD:
Jetzt geht die Sonne auf.)

Raimund Borrmann, NPD: Frau Präsidentin! Abgeordnete des Landtags! Die Zahl der Bürger des Landes, die Ihrem System, das Sie Demokratie nennen, vertrauen, ist im Schwinden begriffen.

(Udo Pastörs, NPD: Gott sei Dank!)

Die Gerechtigkeit, von der angeblich die freiheitlich-demokratische Grundordnung ausgeht und die sie legitimiert, spüren die meisten Menschen in diesem Lande nicht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie
wollen doch über Milchprodukte sprechen,
oder nicht? – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie sehen nur, dass für etablierte Politiker die korrekte Aussprache und die akademische Gespreiztheit in dieser Adelsversammlung wichtiger sind als Bürgernähe und ehrliche Überzeugung.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist Ihnen ja völlig fremd. Sie führen
ja immer die Sprache des Volkes.)

Sie spielen mit Zahlen von Armen und Arbeitern, Genosse SELLERING. Wie sieht denn deren tatsächliches Leben aus? Entweder rackern sich die Werkstätigen ab und müssen feststellen, dass die Spritkosten für die Fahrt zur Arbeit sowie die steigenden Steuern und Abgaben sie zu arbeitenden Armen machen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ich bin
ja gespannt, wann er zum Thema kommt.)

oder sie haben schon die Hoffnung aufgegeben, sie haben das Land oder gar die BRD verlassen oder sie fristen als Arbeitslosengeld-II-Empfänger ein drittklassiges Leben ohne Perspektive. Zu ihnen werden sich wohl auch noch die 10.000 Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst gesellen, die im Zuge der Kreisreform entlassen werden. Und dann ist da noch die Gruppe der Selbstständigen oder die, die Sie so bezeichnen, die im ungünstigsten Fall als Auffüller auch Bittsteller beim Arbeitsamt geworden sind oder bei Banken,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Banken, die nun im Zuge der Finanzkrise den Geldhahn zudrehen.

(Volker Schlotmann, SPD: Wie wollen Sie
den Bogen zu den Milchbauern bekommen? –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Aber es gibt auch Enttäuschte. Das sind Menschen, die ernsthaft geglaubt haben, wenn sie nur richtig zupacken, dann können sie zu den Gewinnern dieses Systems gehören.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ich glaube,
Sie müssen Ihre Zeit vorn irgendwie ausfüllen.)

Zu diesen Enttäuschten gehören zweifellos auch die Milchbauern.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ach so, jetzt kommt er zum Thema.)

Als letztes Jahr der Milchpreis durch Veränderung in der Agrarmarktordnung in die Höhe schoss, war zunächst der Jubel groß. Nicht wenige dachten an die Vergrößerung ihrer Viehbestände. Und Agrarminister Backhaus, der wie immer durch Abwesenheit glänzt, malte die Zukunft in rosigen Farben. Doch die Bauern und Milcherzeuger hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sie müssen diese nun bezahlen, aber nicht als Gäste, sondern als Lieferanten von Rohmilch. Sie liefern diese nicht nur, sie sind auch ausgeliefert. Denn die Freigabe von Milchpreisen hat sie nicht in die Marktwirtschaft entlassen, sondern in eine für sie unberechenbare Netzwirtschaft, in der der Markt nur noch in seiner kryptischen Gestalt als Berührungsfläche oder Schnittstelle zwischen den Netzen erscheint.

Die Marktwirtschaft ist genauso eine Fantasiegestalt wie die Demokratie, die angeblich in unserem Lande herrschen soll und die in ihrem Wesen nichts anderes ist als eine schlecht verhüllte Oligarchie aus großindustriellen Finanzspekulatoren, Glücksrittern, Kriminellen und Politbonzen. Die Existenz der Marktwirtschaft in unserem Land ist genauso eine Chimäre wie das Recht auf konsequente freie Meinungsäußerung, das ja nicht einmal in diesem Parlament ein Schutzquartier hat. Denn die Wahrheit wird immer als Provokation und Würdeverletzung angesehen. Ja, Wahrheit kann mitunter unerträglich sein.

Aber im Gegensatz zu den etablierten Politikern hier im Hohen Hause, die dank unserer Präsidialdiktatur selbstzufrieden vom grauen Alltag abheben, können die Milchbauern nicht als wohldotierte Lakaien in ein Märchenschloss flüchten. Die Milcherzeuger erleben täglich, dass die Marktwirtschaft für sie nicht mehr existiert. Aus dem Schoß der Brüsslokrate mit ihren Milchquoten, Garantiepreisen und Zuschüssen entlassen, finden sie sich nicht auf dem Agrarmarkt wieder, sondern in der Netzwirtschaft. Diese ökonomischen Netze transformieren unsere sozialen Verhältnisse grundlegend. Es kommt zu einem Wandel der Gerechtigkeit. An die Stelle der ausgleichenden Gerechtigkeit, in der sozial oder ökonomisch unterschiedlich gestellte Menschen trotz ihres Unterschiedes gleiche Rechte oder gleichen wirtschaftlichen Einfluss haben sollten und entsprechend ihrer Leistung für die Gemeinschaft auch den Lohn dieser Gemeinschaft empfangen dürfen, ihr wirtschaftliches Überleben, an die Stelle der ausgleichenden Gerechtigkeit tritt die austeilende. Hier dominiert der Grundsatz: Jeder erhält nur das, was seiner Kaste angemessen ist. Jedem Stand das seinige Recht, jeder sozialen Klasse ihr Gut. Sozial oder ökonomisch unterschiedlich gestellte Menschen gehören fortan wegen ihres Unterschiedes in verschiedene Sphären. Über die Hartz-IV-Unterschicht herrscht das Sozialgesetzbuch. Die Mittelschicht wird durch das undurchschaubare Steuerrecht geknechtet und der neue Adel bringt sein Geld nach Liechtenstein, zieht nach Monaco, wohnt in Alphaville oder auf irgendeiner sonnigen Insel, ganz wie es ihm beliebt.

Dieser Wandel hat auch die Milchbauern erfasst. Wie können wir sie der Netzwirtschaft entwenden? Die Lösung dieser Problematik umfasst eine strategische und eine taktische Seite.

Ich möchte zunächst auf die taktische Seite unseres Vorgehens eingehen. Wir wollen den Milcherzeugern zunächst dadurch helfen, dass wir unseren Bürgern klarmachen, dass Unterdrückte und Ausgebeutete in

unserem Land unserer Solidarität bedürfen, damit die Gemeinschaft unseres Volkes als Ganzes eine Überlebenschance gewinnt. Wir sind als Volk schwach, wenn jeder nur an sich denkt und sagt, jeder stirbt für sich allein. Im Gegensatz dazu steht eine eigentümliche Ferne- und Fremdenliebe, die man uns Deutschen quasi anerzogen hat, werden wir beim fairtrade-gerechten Handeln mit Kaffeepflückern, Teebauern, Bananenpflanzern, Kakaobohnenerntern gerade dann konfrontiert, wenn wir exotische Genüsse käuflich erwerben wollen. Sogenannte Dritte-Welt-Läden haben in der Vergangenheit eine nicht unbeachtliche Bewusstseinsformung erzielt. Mittlerweile haben auch große Handelsketten die Sparte des gerechten Handelns entdeckt und Produkte aus diesem Bereich in ihr Sortiment aufgenommen.

Viele Käufer fühlen sich in ihrem Gewissen bestärkt, wenn sie Waren kaufen, die ihren Erzeugern ein Überleben als Produzenten ermöglichen und damit verhindern, dass sie in die Elendsquartiere der Großstädte abwandern oder gar auswandern. Viele Konsumenten achten beim Kauf auch gerade auf Etiketten, die für einen fairen Handel stehen. Diese positive Wirkung erkennen wir Nationalen nicht nur an, wir sehen mittlerweile, auch bei unserem heimischen Markt ist es notwendig, Produkte zu kennzeichnen, wenn deren Erzeuger, durch ökonomische Strukturen bedingt, nicht mehr überleben können. Dies ist bei den Milcherzeugern der Fall. Es besteht weitgehend die Übereinstimmung, dass die derzeitige Profitabilitätsschwelle, die eine dauerhafte wirtschaftliche Reproduktion gewährleistet, bei um die 43 Cent pro Liter Rohmilch liegt. Die tatsächlich gezahlten Preise liegen jedoch deutlich darunter.

Unsere Landespolitiker, an der Spitze Till Backhaus, haben keine rechtliche und wirtschaftliche Kompetenz mehr. Diese liegt bei der EU und bei den Handelskonzernen. Was sollen sie also tun? Wir haben hier gestern die minutenlangen Ausführungen von Backhaus in der Fragestunde zur Lösung des Problems so verstanden: reden, moderieren, verhandeln, diskutieren, reden, verhandeln, moderieren, diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Das Ganze gleicht den endlosen unverbindlichen Laberrunden in den Ausschüssen, welche die Hilflosigkeit und die Ohnmacht der Politik verschleiern sollen,

(Udo Pastörs, NPD: Richtig. –
Zurufe von Karin Strenz, CDU, und
Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Laberrunden, die mächtige Handelsriesen zu nichts verpflichtet und wirtschaftlich Bedrängte nicht entlastet, denn getroffene Vereinbarungen werden wenig später wieder gebrochen, die Getäuschten zur Geduld gedrängt, zur Preisgabe ihrer Druckmittel genötigt. Sanktionen sind vonseiten der Politik nicht zu erwarten. Die Waffen, die Minister in Aussicht stellen, etwa Kartellprüfungen, Monopolerschlagungen und Gesetze, wenden sie nicht an, weil sie im Dienst von Globalisierung und Großindustrie stehen.

Bürger, uns hat die etablierte Politik verraten. Verbraucher, Milcherzeuger und -verarbeiter, wir regnen eine Kennzeichnung von Milchprodukten etwa unter der Dachmarke „MV tut gut.“ oder als eigenständige Marke mit dem Schlagwort „Gerecht handeln, gerecht leben!“ an. Sie ist als eine Art Hilfe zur Selbsthilfe gedacht. Vielleicht nicht nur als Hilflosigkeit belächelt kann sie ein

Schritt sein, der uns hilft, aufzubrechen aus unserer wirtschaftlichen Ohnmacht, in die immer mehr Bürger durch die Verelendung geraten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Borrmann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Borrmann, Sie hatten gestern ganz großen Nachfragebedarf, dem der Minister für Landwirtschaft und Umwelt sehr umfangreich nachgekommen ist.

(Udo Pastörs, NPD: Laber, laber, laber! Das kennen wir von Ihnen. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich habe wirklich gedacht, dass Sie jetzt wüssten, worum es geht, welche Wege gegangen werden können, wie die Situation ist und was politisch passiert, dass Sie daraufhin Ihren Antrag zurückziehen. Aber Sie hatten natürlich das Bedürfnis, heute Ihre prosaischen Fähigkeiten kundzutun.

(Udo Pastörs, NPD: Weil er ein Recht hat darauf.)

Wahrscheinlich schreiben Sie ein Buch mit Märchen über Politik, das Sie irgendwann veröffentlichen wollen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zurufe von Raimund Borrmann, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Aber ich denke, meine Damen und Herren, das Thema und die Problematik der Milchwirtschaft sind viel zu ernst, um darauf in so einer Weise zu reagieren.

(Udo Pastörs, NPD: Dann reagieren Sie mal!)

Der Minister hat es uns gestern dargestellt und ich möchte das trotzdem an dieser Stelle noch einmal kurz ausführen.

(Udo Pastörs, NPD: Schon wieder dasselbe.)

Milchwirtschaft in der deutschen Agrarwirtschaft ist der Bereich mit den größten Umsätzen. Das hätte ich nicht gedacht. Ich habe statistisch nachgelesen.

(Udo Pastörs, NPD:
Was hilft das den Milchbauern? –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Borrmann, NPD)

Von 45 Milliarden Euro Umsatz in Deutschland sind 9,7 Milliarden Euro Umsatz von Milch und Milchprodukten. Das heißt, dies steht noch vor Getreide mit 6,5 Milliarden Euro und vor der Schweineproduktion mit 5,5 Milliarden Euro.

(Udo Pastörs, NPD: Zu wenig Schweine in Mecklenburg-Vorpommern.)

Die Bedeutung vom Markt in der Milchwirtschaft ist also deutlich höher, als wir das eigentlich empfinden.

Solange Preise realisiert werden, solange die Rahmenbedingungen stimmen, dass dieser Produktionszweig zukunftsfähig ist, nehmen wir als Verbraucher gern die Milch, den Quark, den Käse zu den Preisen, wie sie angeboten sind, auch in Empfang. Es ist aber so, dass in den letzten Jahren seit 2001 sehr niedrige Preise gezahlt wurden, sodass die Produktion gerade kostendeckend vorgenommen wurde. Nicht umsonst haben wir im Land alles getan, um Tierproduktion zu stabilisieren mit dem Agrarförderprogramm mit flankierenden Maßnahmen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Erst in 2007 ist es gelungen, wieder höhere Preise zu realisieren. Das war gut so und damit wuchs die Bereitschaft der Landwirte, auch in unserem Land wieder in diesen Bereich zu investieren und den Anbau entsprechend zu forcieren. Aber das war nur ein kurzer Bereich.

Wir haben nach der Agrarreform eine Flächenbindung von Prämien, ein Zurückführen von Prämien in der Tierproduktion und wir haben den Ausstieg aus der Milchquote beschlossen. Das haben wir getan, weil es ganz deutlich ist, dass es Bedarfe von Milch auf dem Markt gibt, im Weltmarkt, im europäischen Markt, die ganz eindeutig rechtfertigen, dass auch vernünftige Preise für dieses Produkt gezahlt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Das sehen wir jetzt.)

Das ist möglich, dem haben auch die Bauern sehr aufgeschlossen gegenübergestanden und stehen es nach wie vor.

(Udo Pastörs, NPD: Und jetzt sind sie pleite. –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Borrmann, NPD)

Es ist aber so, dass in einem Markt unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ganz eindeutig Preisdiskussionen, Preisverhandlungen unter der aufnehmenden Hand, der verarbeitenden und der anbietenden Hand geführt werden müssen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Da kommt es darauf an, dass Landwirte mit einer Stimme sprechen, dass sie sich in ihren Verbänden starkmachen, dass sowohl der Bauernverband und auch der Bund der Deutschen Milchproduzenten mit einer Stimme antreten, dass sie ihre Aktionen abstimmen, um mit der aufnehmenden Hand und der vermarktenden Hand letzten Endes auf Augenhöhe verhandeln zu können.

Das ist ein Anspruch, meine Damen und Herren, den auch der Bauernverband formuliert. Wir hatten den Bauerntag in dieser Woche. Der Bauernverband unseres Landes hat sich entsprechend artikuliert und wir, der Minister hat es gesagt, moderieren diesen Prozess, um sie stark zu machen in dieser Verhandlung.

Flankierende Maßnahmen sind in der Investition geplant. Das hat der Minister gestern ausgeführt. Die Förderbedingungen sind von 30 auf 35 Prozent zu erhöhen. Das hört sich nicht viel an, sind aber Millionenbeträge unter dem Strich, die in diesem Bereich, dem Wirtschaftsbe- reich zur Verfügung stehen.

(Udo Pastörs, NPD: Die Lösungsansätze haben wir jetzt erwartet. Erklären Sie uns, wie es gemacht werden muss, damit es den Bauern besser geht!)

Meine Damen und Herren, dieses Problem haben wir in vier Milchgipfeln im Land besprochen mit den Akteuren

der Milchwirtschaft, mit der aufnehmenden Hand, mit der Milchindustrie unseres Landes und mit den Nahrungsmittelketten. Es ist wichtig, dass unsere Verbraucher wissen um diese Probleme,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass diese öffentlich werden, dass sie das auch in der Presse wahrnehmen, was der Hintergrund ist, warum ein Milchpreis um 5 Cent steigt, damit auskömmliche Preise in der Produktion erzielt werden, damit dort Arbeitsplätze gesichert werden und die Produktion stattfindet. Das alles ist ein Paket, das stattfindet.

Meine Damen und Herren von der NPD, Ihr Antrag ist technisch wirklich am Thema vorbei. Ich kann mir vorstellen, Herr Borrmann, dass Sie sich am Markt hinsetzen und einen Stempel draufdrücken wollen. Das geht nicht. Wenn Sie etwas wollen, machen Sie etwas, was geht! Treten Sie in diesen Verhandlungsprozess mit ein!

(Stefan Köster, NPD: Kein Gelaber! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Machen Sie eine Politik und tragen Sie an den Diskussionen Ihren Anteil!

(Udo Pastörs, NPD: Wir wollen Ihr System nicht. Wir beteiligen uns nicht an Ihrem Parteiensystem und deswegen beteiligen wir uns auch nicht an solchen Laberrunden.)

Das tun Sie in keiner Weise im Ausschuss. Wir lehnen aus diesem Grund Ihren Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schildt.

Meine Herren von der NPD, ich bitte, die parlamentarischen Gepflogenheiten auch in den Zwischenrufen zu beachten. Ich kann sie ansonsten nicht zulassen und werde diese Zwischenrufe dann auch ahnden.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

Raimund Borrmann, NPD: Frau Präsidentin! Abgeordnete des Landtages!

Frau Schildt, wie wäre es denn mal mit einer ruhigen Hand? Aber das praktiziert ja schon der Minister.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Bei der Begründung des eingebrachten Antrages habe ich zunächst nur die taktische Seite angesprochen. Strategisch können wir uns des Problems nur dann entledigen, wenn wir die Netzwirtschaft überwinden.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Was ist aber das Wesen derselben? Die Netzwirtschaft ist eine Transformation von Verteilung und Zirkulation, schleichend ablaufende Transformation kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Die Produktionsmittel werden nach und nach vergesellschaftet.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Aber diese Vergesellschaftung ist keine derart, wie sie sich einst die Kommunisten erträumten

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Und an dem Traum haben Sie teilgenommen, ja?)

als gesamtgesellschaftliches Eigentum oder die Stalinisten erschufen als Staatspartei Eigentum. Unser politisch sittlicher Überbau, das neue Ständesystem und sein praktiziertes Recht thronen auf einer wirtschaftlichen Basis, nämlich jener Netzwirtschaft. In diesem ökonomischen Spinnennetz verfangen sich auch die Menschen, früher oder später jeder, nämlich auch die Milcherzeuger.

Was ist deren Situation? Ich meine nicht die momentan finanzielle. Die ist für die meisten gelinde gesagt beschissen. Gewiss, vielleicht wichtiger ist in strategischer Hinsicht ihre Stellung, ihre Perspektive. Die Milcherzeuger sind die Hintersassen der Molkereien.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

An diese haben sie die Rohmilch zu liefern, nicht an irgendeine Molkerei, die sich ein Milchbauer in der Marktwirtschaft frei wählen könnte,

(Ute Schildt, SPD: Das ist doch nicht wahr!)

sondern an die, mit der er einen Vertrag hat, einen Vertrag, der eher einem Lehn- denn einem Liefervertrag gleicht. Die Molkereien sind so eine Art Lehnsherren gegenüber den Bauern geworden und die Rinderhalter haben den weißen Lebenssaft an die Milchverarbeiter wie eine Fron abzuliefern.

(Ute Schildt, SPD: Das ist doch Quatsch!)

Sie kennen am Tag der Übergabe noch nicht einmal den Preis, den man ihnen später zahlen wird. Den erfahren sie erst Wochen später. Selbstverständlich kann jeder Milcherzeuger aussteigen aus dem Vertrag, hier aus dem Netz oder aus dem System, aber dann ist er vogelfrei wie ein Ketzer im Mittelalter.

Doch die Molkereien stehen nicht an der Spitze der Lehenpyramide. Die Milchverarbeiter haben ihrerseits ihre Herren, denen sie dienen müssen und die sie sich in den seltensten Fällen frei aussuchen können. Die großen Handelsketten bestimmen den Preis. An ihre weitläufigen Filialnetze gehen die Milcherzeugnisse. Sie haben die kleinen Tante-Emma-Läden wegkonkurriert oder erst gar nicht, wie in der ehemaligen DDR, entstehen lassen. Mit ihrer Marktmacht, die eigentlich eine Macht von Netzwerken ist, beherrschen sie die Molkereien und über diese die Milcherzeuger.

Einzig zwischen den Handelsriesen bestehen noch ein Markt und eine freie Konkurrenz. Innerhalb derselben ist der Markt als Faktum aufgehoben. Er ist erstens vernichtet als freies Agieren von freien Handelstreibenden, zweitens bewahrt, indem er den Schein erweckt, man könne noch zwischen den Akteuren auf unterschiedlichen vertikalen Stufen in dem jeweiligen Netz verhandeln – eine völlige Illusion, wie sich unlängst gezeigt hat –, und er ist drittens auf eine höhere Stufe gestellt, indem er die bisherige Form des Wirtschaftens durch eine andere neue abgelöst hat.

Die Netzökonomie ist die Ziehmutter eines mobilen Feudalismus. Dieser mobile Feudalismus bringt neue Formen der Ausbeutung hervor. Ausbeutung – dieser einst von Marx in die Ökonomie eingeführte Begriff hat nichts Moralisierendes an sich. Es ist bezeichnend, dass die LINKE zwar von Gerechtigkeit moralisiert und schwadroniert, aber tunlichst den Begriff der Ausbeutung vermeidet, seitdem ihr die revolutionäre Arbeiterklasse, die Kapitalisten und mit ihnen der ganze Kapitalismus

abhanden gekommen sind und sie sich in die Arme ihrer einstigen Gegner geflüchtet hat, was meine Überlegung von der Transformation von Basis und Überbau des Kapitalismus indirekt bestätigt. Ausbeutung ist für die LINKE ein Begriff,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Man könnte glauben, Sie haben in Moskau studiert. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

den sie nur noch in der Rumpelkammer der Geschichte zu finden glaubt, Herr Methling. Dem entgegne ich: Ausbeutung ist jenes objektive, das heißt vom konkreten Willen, Wollen und Tun der ökonomisch Herrschenden unabhängige Gesetz, das dazu führt, sich ein Mehrprodukt wirtschaftlichen Handelns unter Einhaltung juristischer Gesetze derart zu verschaffen,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

dass die Herrschaft und Struktur dieses Handelns ad infinitum reproduziert wird,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie sprechen ja die Sprache des Volkes.)

Herrschende und Beherrschte in ihrem Stand wie jeder Klasse oder ihrem Volk als Ganzes erhalten bleiben bei Strafe ihres individuellen Untergangs, wenn sie sich aus subjektiven Gründen diesem Handeln verweigern.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Die durch die Netzwirtschaft bedingte neofeudale Ausbeutung kann nur durch Überwindung der Globalisierung und Renationalisierung unserer Wirtschaft überwunden werden. Dieses vertreten wir durch die Konzeption einer raumorientierten Wirtschaft. Die gegenwärtige ökonomische Ordnung und das sie stützende politische System scheinen unerschütterlich und alternativlos.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Welchen Raum hätten Sie denn gern?)

Doch scheint die Sonne noch so schön, Herr Methling, einmal muss sie untergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja, die Sonne scheint ins Kellerloch, lass sie doch.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Borrmann.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1581. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltung? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1581 bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE sowie der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich möchte vor der Mittagspause noch den **Tagesordnungspunkt 32** aufrufen: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Innovation und technischer Fortschritt in der medizinischen Versorgung, Drucksache 5/1585. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1640 vor.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Innovation und technischer Fortschritt in der medizinischen Versorgung – Drucksache 5/1585 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/1640 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/1662 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Kuhn von der Fraktion der CDU.

Werner Kuhn, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die ehrenvolle Aufgabe, den Antrag der Koalitionsfraktionen „Innovation und technischer Fortschritt in der medizinischen Versorgung“ Ihnen zu erläutern und argumentativ zu hinterlegen, was ich gern tun will.

Innovation und technischer Fortschritt in der medizinischen Versorgung haben für das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern einen herausragenden Stellenwert. Das ist sicher nicht neu. Daran haben viele engagiert gearbeitet. Sie sind ein wichtiger Wachstumsmotor in der Wachstumsbranche Gesundheitswirtschaft und daher auch durch das Land nachhaltig befördert worden und jetzt ganz intensiv weiter befördert und unterstützt. Dieses verschafft Mecklenburg-Vorpommern einen Wettbewerbsvorteil gegenüber mit uns konkurrierenden Gesundheitsländern innerhalb Deutschlands, aber auch anderen Regionen außerhalb unserer Grenzen im europäischen Nachbarland.

Wer die Nachrichten intensiv verfolgt hat, hat mitbekommen, dass mittlerweile über die Europäische Kommission die Kassen verpflichtet werden,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Also ein solcher Antrag über die Rolle der Bedeutung ist mir selten untergekommen. So was macht die Koalition mit?!)

möglicherweise in der Zukunft auch Behandlungen, die im Ausland durchgeführt werden, zu erstatten. Das heißt schon, dass wir uns hier dann in einer Wettbewerbssituation befinden. Daher gilt es, Impulse zur Beschleunigung von Innovation und neuen Anwendungslösungen in den unterschiedlichsten Bereichen der Medizin durch das Land zu unterstützen. Eine sich an stetig ändernden Bedarfen orientierende und anzupassende Versorgungsinfrastruktur im gesamten Land muss hierbei das Ziel aller Beteiligten sein.

Der Antragstext liegt Ihnen vor. Die Gesundheitswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern lebt von Innovation und von stetiger Weiterentwicklung der Angebote und nur so, das wissen wir alle, kann sie wettbewerbsfähig bleiben und ihr Niveau halten. Medizinischer Fortschritt bedeutet ein Mehr an Versorgung und auch eine Steigerung an Qualität und Quantität. Den Innovationen in der Medizin stehen unter anderem für neue Therapiemöglichkeiten eine geringere Invasivität für den Patienten, das heißt auch geringere Belastung während eines Eingriffs gegenüber, kürzere Wege, eine bessere Erreichbarkeit, eine verkürzte Aufenthaltsdauer in der stationären Versorgung

(Irene Müller, DIE LINKE: Was hat das mit Gesundheitswirtschaft zu tun?)

und letztendlich glücklicherweise geringere Mobilität und auch Motilität.

Die Komplikationsrate der Eingriffe bei den Patienten ist glücklicherweise auch gefallen. Dadurch gehen natürlich auch die Kosten zurück und die Produktionsintensivierung steigt, eine gute Prognose und bessere Lebensqualität. Als Stichworte im Zusammenhang mit der Telemedizin möchte ich nur kurz darauf hinweisen, dass wir die unterschiedlichsten Kooperations- und Versorgungsnetzwerke haben. Das telemedizinische Projekt AGnES ist Ihnen sicher allen bekannt, eine Telegesundheitschwester, die die Patienten in der eigenen Häuslichkeit aufsucht und sowohl Patient als auch Arzt weite zeit- und aufwendige Wege erspart und gleichzeitig natürlich den direkten Kontakt zum Patienten pflegt, was sicher immer sehr, sehr wichtig ist.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Es geht hier ums Gesundheitswesen,
nicht um Gesundheitswirtschaft.)

Wir können einfach mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten nicht das gesprochene Wort, die Zuwendung des jeweils Behandelnden ersetzen, aber wir wollen bestimmte Dinge damit vereinfachen, um gerade dann, wenn es darauf ankommt, hier viel intensiver eingreifen zu können.

Weitere Projekte im Bereich Telemonitoring, also die Fernüberwachung von Körpersignalen bei risikogefährdeten Personen,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

das haben Sie sicher das eine oder andere Mal schon in Beiträgen in Funk und Fernsehen oder auch in der Zeitung erfahren können, in der häuslichen Umgebung, sind die Projekte „Telemedizin fürs Herz“ und „Telemedizin Asthma“. Telematisch unterstützende Systeme können die Versorgung der Patienten verbessern, ihre Lebensqualität erhöhen und auch Kosten durch vermeidbare Krankenhausaufenthalte einsparen. Das ist sozusagen ein bestimmtes System der Früherkennung. Das reine Telemonitoring muss jedoch natürlich ergänzt werden durch eine begleitende Betreuung, Schulung und Beratung. Nachhaltigkeit dieses Telemedizinprogramms ist also notwendig, wenn der Patient aktiv in den Behandlungsprozess einbezogen werden soll.

Diese Telemedizin als Schlagwort muss natürlich von Ärzten und Patienten als Beitrag zur Verbesserung der Versorgungsprozesse wahrgenommen werden. Neben den patientenzentrierten Anwendungen sind jedoch auch die telemedizinischen Projekte zur Verbesserung der Kooperation und Zusammenarbeit von Leistungsanbietern und zur Schaffung von Versorgungsnetzwerken zu nennen. Die Gesundheitsinsel Rügen zum Beispiel ist ein hochinteressantes Projekt, wo man bestimmte Verknüpfungen in besonderer Weise erfahren kann, wo es aber auch letztendlich darum geht, viele Dinge, die im ambulanten und stationären Bereich von Dritten erbracht werden, so zu koordinieren, dass sie dann nachher optimiert abrechenbar sind. Das ist hochinteressant. Das kann man sicher auch dadurch, dass das eine Insel ist, hier viel besser testen und in einer Probe- und Pilotphase durcharbeiten.

Die Teleradiologie und die Telepathologie können auch eine flächendeckende stationäre Versorgung in einem dünn besiedelten Bereich, wie wir sie in Mecklenburg-

Vorpommern haben, mit weniger als 50 Einwohnern pro Quadratkilometer sicherstellen bei geringen Fallzahlen. Zudem sind qualifizierte Zweitmeinungen von Fachleuten dann auch schnell einholbar. Das universitäre Wissen unserer beiden medizinischen Fakultäten an den Universitäten Greifswald und Rostock kann auch in schwierigen Fällen sehr schnell abgerufen werden. Und wir haben über minimalinvasive Eingriffe gesprochen. Wenn die Telepathologie in schwierigen Fällen von Erkrankungen dann sehr schnell zu Ergebnissen führt, weiß der behandelnde Chirurg in einer Operation, wie weit er gehen muss, und kann die Dimension seines Eingriffs viel besser einschätzen und auch die Nachfolgeschwierigkeiten diesbezüglich.

(Der Abgeordnete Dr. Wolfgang Methling
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Auch im Bereich der Notfallversorgung schafft der technische Fortschritt neue Möglichkeiten der Lebenserhaltung in der Erstversorgung. Ich möchte nur an die neuen Defibrillatoren erinnern, die inzwischen auch sicher didaktisch wertvoll und selbsterklärend ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich muss einmal unterbrechen.

Herr Fraktionsvorsitzender, es ist die Einbringung. Da sind Fragen nicht gestattet.

Werner Kuhn, CDU: Sie können sich nachher, Herr Kollege Methling, mit dem CDU-Vertreter, der für das Projekt oder für den Antrag sprechen wird, noch mit Fragen auseinandersetzen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ich würde das lieber mit Ihnen tun.)

Jeder kann inzwischen mit modernen Geräten auch bei einem Herzinfarkt oder einem plötzlichen Herzstillstand Hilfebedürftige durch – wir haben über Defibrillatoren gesprochen – einen rettenden Stromschlag wieder ins Leben bringen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Doch leider findet sich in unserem Land nur an wenigen zentralen öffentlichen Plätzen ein solches für jedermann im Notfall nutzbares Gerät.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wir sind ein Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern und wir haben in Spitzenzeiten doch mehrere Tausend Übernachtungen auch in kleinen Urlaubsorten, wo eine große Konzentration von Menschen da ist. Da muss man einfach überlegen, ob die Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wir müssen natürlich auch zusehen, dass wir die Bevölkerung ausbilden in der Ersten Hilfe, ausbilden in dem Bereich der Frühdefibrillation. Das ist sicher ein didaktisch interessantes Gerät, aber du musst trotzdem Grundkenntnisse haben. Da ist die eine oder andere große Hilfsorganisation, deren Namen ich jetzt nicht nennen möchte,

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie
kennen doch bestimmt eine besonders gute.)

sicher auch ein guter Kooperationspartner.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich erinnere nur an die Schweizer Fahne und die Fußball-europameisterschaft und dann wissen Sie alle, welche große Hilfsorganisation ich in diesem Zusammenhang meine.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Eine weltweit agierende wahrscheinlich.)

Vielleicht ist hier eine Initiative des Landes in Kooperation mit gemeinnützigen Organisationen und Stiftungen denkbar,

(Irene Müller, DIE LINKE: Richtig.)

bei der das Ministerium für Soziales und Gesundheit natürlich die Koordinierung übernimmt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kuhn.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Soziales und Gesundheit Herr Selling.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Er braucht diesen Antrag ganz
nötig, damit er handeln kann.)

Minister Erwin Selling: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Falle spricht hier der Minister für Gesundheit.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja.)

Herr Methling, Sie haben gerade gesagt, bei dem Antrag geht es um die Rolle der Bedeutung.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

Das ist so eine Möglichkeit, wenn einem ein Antrag nicht gefällt. Eine andere Formulierung ist immer Schaufensterantrag,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Na, der ist voller Vorhänge. Das ist
nicht mal ein Schaufensterantrag.)

damit sich sozusagen der zuständige Minister mit seinen Erfolgen feiern kann.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE – Zuruf
von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Dazu muss ich sagen, dieser Antrag ist in der Tat so etwas wie ein Schaufensterantrag, aber nicht für den Minister, sondern für die Menschen im Lande, die hervorragende Arbeit leisten, damit wir das Gesundheitsland Nummer eins sind, bleiben und ausbauen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der SPD – Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, Sie brauchen unbedingt diesen.
Das ist nicht mal eine Entschließung.)

Mein lieber Herr Professor Methling, meine Frage an Sie ist: Mögen Sie denn wirklich nur Anträge, die die Probleme im Land aufzeigen? Macht es Ihnen Schwierigkeiten, auch einmal einen Erfolg zu feiern?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Das Gesundheitsland Nummer eins bringt dieses Land ernsthaft voran. In ganz vielen Bereichen wird hervorragende Arbeit geleistet und ich denke, dass es Aufgabe der Politik ist, die Akteure im Land, die das sehr engagiert tun, zu unterstützen, und dass es auch Aufgabe der Politik ist, zu sehen, was kann man an Struktur liefern, an Unterstützung machen, damit diese sehr gute Arbeit weiter geleistet wird.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ich
werde die mal fragen, ob die das brauchen hier.)

Ich brauche das natürlich nicht und die Akteure im Land brauchen das auch nicht, aber es ist doch sehr gut, wenn wir es tun.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sie wollen sich immer nur vergewissern, wenn irgendetwas nicht so ganz toll läuft, dass Sie sagen, da haben wir noch ein Problem. Dann sehen Sie doch einmal, dass wir hier ein Arbeitsfeld haben, wo man vorankommen kann.

(Egbert Liskow, CDU: Reden Sie das
Land nicht schlecht, Herr Selling! –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Es gab
nie einen überflüssigeren Antrag als diesen.)

Da haben wir drei Bereiche und vielleicht können Sie doch noch positive Nachrichten aus dem Land von mir hören, die Sie so noch nicht kennen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Oh ja, ich höre, ja.)

Das wäre, glaube ich, auch für dieses Hohe Haus gut, wenn man sich mal vor Augen führt anlässlich eines solchen Antrages, wie gut wir sind, wo wir sind. Ich reise im Land herum, besuche Institutionen und ich denke, Sie tun das auch.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich würde mir wünschen, dass Sie dann Leute, die engagiert arbeiten, auch mit dem Rückenwind der Opposition, aber eines Landtagsabgeordneten, der hier politische Entscheidungen trifft, ermuntern und sagen, machen Sie auf diesem Weg weiter. Das halte ich nicht für überflüssig.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das steht hier aber nicht drin.)

Das ist eine kleine Bitte an Sie, dass Sie das dann auch tun. Ich möchte Ihnen helfen, indem ich Ihnen sage, wie gut wir überall sind,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ach ja!)

an wie vielen Stellen wir gut sind.

(Der Abgeordnete Helmut Holter
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Herr Holter, ausnahmsweise während der Rede.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Holter, Sie haben das Wort.

Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Minister, können Sie mir einen Grund nennen, warum die Koalition unseren Antrag im Januar zur Berichterstattung zur Erarbeitung eines Masterplanes für die Gesundheitswirtschaft abgelehnt hat, nach den Worten, die Sie gerade hier gesagt haben?

Minister Erwin Sellering: Ich kann mich ehrlich gesagt an den Inhalt Ihres Antrages nicht erinnern.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –

Irene Müller, DIE LINKE: So setzen Sie
sich also mit unseren Anträgen auseinander.)

Tut mir leid, ich kann Ihre Frage hier nicht beantworten. Wir sollten die beiden Anträge einmal demnächst nebeneinanderlegen, wir beide zusammen.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich komme von der Konferenz der Gesundheitsminister, die gestern und vorgestern in Plön getagt hat. Wir haben bei der Gesundheitsministerkonferenz einen Antrag mit Schleswig-Holstein zusammen eingebracht, wo wir darauf hingewiesen haben, dass wir einen Verein der Gesundheitsregionen gegründet haben, um das, was sehr gut in diesem Land und in Schleswig-Holstein passiert, noch zusammenzuführen.

Wir haben in dem Antrag ausgeführt, wie wichtig solch eine Vernetzung ist und wie wichtig es ist, dass in den Ländern all das, was zu einem Gesundheitsland gehört, zusammengefasst wird wie in diesem Antrag. Dieser Antrag, den wir da gestellt haben, ist bei den Südländern auf wenig Gegenliebe gestoßen. Die wollen einfach nicht anerkennen, wie gut wir sind. Die wollen nicht, dass wir uns feiern.

Deshalb ist er dann von den Staatssekretären so weich gespült worden, dass kaum etwas von Gesundheit darin steht. Aber, meine Damen und Herren, ich habe selbstverständlich die Gelegenheit wahrgenommen, diesen weich gespülten Antrag damit zu begründen, dass ich all das gesagt habe, was vorher darin gestanden hat, und darauf hingewiesen habe, dass dieses Land – darüber kann man diskutieren, wie sonst die Voraussetzungen sind im wirtschaftlichen Bereich – bei der Gesundheitswirtschaft ganz hervorragende Grundbedingungen hat. Und deshalb ist so ein Antrag auch wichtig, um sich das vor Augen zu führen und die Anstrengungen zusammenzuführen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Dieser Antrag? – Vizepräsident
Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Dazu gehört natürlich, dass wir im Sinne der Gesundheitswirtschaft Angebote machen an Menschen außerhalb des Landes, hierher zu kommen. Wir sehen – ich will das ruhig noch einmal sagen – Gesundheit immer noch zu sehr, unser ganzes Gesundheitswesen immer noch zu sehr unter dem Aspekt, diejenigen, die krank sind, wieder gesund zu machen. Wir müssen umschalten und den Menschen die Möglichkeit geben, Vorsorge zu treffen, sich so aufzustellen, dass sie von den theoretischen 120 Jahren, die biologisch drin sind, möglichst viel erreichen, und zwar in möglichst großer Gesundheit. Dazu ist einfach Vorsorge nötig. Wir haben beste Voraussetzungen für die Menschen, die etwas für ihre Gesundheit tun wollen, die bereit sind, Geld auszugeben,

(Raimund Borrmann, NPD: Wenn sie es denn haben, Herr Minister, wenn sie es denn haben!)

die über Ernährung reden wollen, über Bewegung reden wollen, wenn die sich sagen, das mache ich jetzt 14 Tage, lasse mich durchchecken, schau mir das an, mach erste Schritte dahin, jetzt meine Ernährung umzustellen. Wenn jemand sagt, dazu suche ich mir eine schöne Klinik, dann geht vielleicht der eine oder andere an den Bodensee, aber die meisten sagen, natürlich ist die Ostsee meine erste Adresse. Wir haben fast 60 Rehakliniken im Land und 75 Prozent der Patienten dort kommen von außerhalb des Landes – jetzt schon. Das ist ein hohes Potenzial, an das wir anknüpfen müssen und wo wir sehr viel tun müssen.

Was wir natürlich auch tun müssen, ist, dass wir die gesundheitliche Versorgung der Menschen hier im Land sicherstellen. „MV tut gut.“, das muss natürlich auch für die Mecklenburger und die Vorpommern gelten. Ich habe gestern relativ stolz bei den Gesundheitsministern den Landesaktionsplan für gesundheitliche Prävention hochgehalten. Wir sind das erste Land, das solch einen Plan hat.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das finde ich auch in Ordnung. Das
hätten Sie nicht hochhalten müssen.)

Das ist sehr gut, das hilft uns weiter.

Aber wenn wir über Innovation, technischen Fortschritt in der medizinischen Versorgung reden, dann reden wir natürlich auch darüber, dass sich die medizinische Versorgung revolutioniert, dass wir überall neue Verfahren haben, und da muss ein Land, das sagt, ich bin Gesundheitsland Nummer eins, teilnehmen.

Ich war vor ein paar Tagen an der Uni Rostock und habe mir sehr viele innovative Projekte dort angesehen. Wir sind noch einmal durch den Bereich gegangen, wo die Stents hergestellt werden. Sie kennen das alles. Wenn Sie sich das unter dem Mikroskop ansehen, sieht das wie ein wunderbares Kunstwerk aus. Da sind wir führend in Europa, in Rostock.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Im Moment geht es darum, eben diesen technischen Vorsprung auch durch sehr gute Arbeit zu halten und die nächste Generation der Stents zu entwickeln. Die nächste Generation wird so sein, dass sie mit Medikamenten beschichtet sind und entlang ihres Verlaufs in der Ader dann diese Medikamente zusätzlich abgegeben werden. Und die übernächste Generation, an der man arbeitet, ist, dass sie sich nach einer bestimmten Zeit, wo sie nicht mehr gebraucht werden, einfach auflösen. Also solche Dinge gibt es hier auch im Land. Das spielt eine große Rolle.

Gesundheitsland Nummer eins – das sind viele Mosaiksteinchen. Und zu diesen Mosaiksteinchen gehören nicht nur die Ostsee und tolle Grundbedingungen, nicht nur Rehakliniken, sondern dazu gehört auch, dass wir bei medizinischer Forschung in bestimmten Nischen, in bestimmten Bereichen einfach Spitze sind. Was die medizinische Versorgung angeht, wird eines der wichtigsten Themen der Zukunft individualisierte Medizin sein. Es wird die Frage sein, dass natürlich Patienten mit einem bestimmten Krankheitsbild zum Beispiel unterschiedliches Gewicht mitbringen, unterschiedliche Größe, unterschiedliches Alter, unterschiedliches Geschlecht. Im Moment dosieren wir ein bestimmtes Medikament für

alle gleich. Das ist erstens sehr teuer – auf diese Weise verschenken wir Milliarden – und natürlich führt es zu Nebenwirkungen. Man muss doch sehr punktgenau versuchen, das zu entwickeln. Da ist die Uni Greifswald im Verbund mit Siemens sehr weit vorne, eigentlich Weltspitze, und wird da etwas entwickeln, arbeitet da weiter, wo auch dann unser Land Mecklenburg-Vorpommern als Gesundheitsland Nummer eins in einem Atemzug genannt wird.

Wir sind auch sonst bei der ärztlichen Versorgung sehr gut. AGnES ist schon genannt worden. Bei der Versorgung mit Hausärzten werden wir diejenigen sein, die als Erste Probleme mit der demografischen Entwicklung bekommen. Diese Probleme werden wir in einer Weise lösen, dass andere sich daran ein Beispiel nehmen werden. So eine Art Exportschlager wird sich da entwickeln, davon gehe ich aus. Das wird zeigen, wie man solch eine Versorgung verbessern kann.

Ich möchte hier einen Punkt machen, damit auch die nach mir kommenden Redner noch viele Punkte haben,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wir hören Ihnen gern zu.)

die sie loben können in diesem Land, wo wir sehr gut aufgestellt sind, wo Schritt für Schritt etwas immer weiter nach vorne geht im Gesundheitsland Nummer eins. Ich bin sehr froh, dass wir, die Koalitionsfraktionen, gemeinsam diesen Antrag gestellt haben, um einmal sehr deutlich auch nach draußen zu sagen, wir sind Spitze. Diejenigen hier im Land, die sich dafür anstrengen, die unterstützen wir, die unterstützen wir sehr.

Ich will noch ein letztes Wort anschließen: Gesundheitswirtschaft, daran ist ja auch der Wirtschaftsminister beteiligt und muss mitarbeiten. Da kann ich noch einmal eine Bitte hier in den Raum tragen, die ich an ihn persönlich natürlich auch weitergebe, die bei meinen Besuchen an den Universitäten an mich herangetragen worden sind. Wir haben hervorragende Wissenschaftler ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Oh, Sie waren sogar beim Maschinenbau,
habe ich gelesen!)

Überall.

Wir haben hervorragende Wissenschaftler, die tolle Lösungen entwickeln.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Er ist ja Hochschulminister.)

Dann kommt es zu Ausgründungen, aber da verlieren wir manchmal Kapazität,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

weil die Wissenschaftler dann die Fähigkeiten eines Kaufmanns haben müssen. Wir stellen manchmal Räume zur Verfügung, aber wir müssen vielleicht eine bessere Infrastruktur insgesamt zur Verfügung stellen. Da müssen wir mal sehen, ob nicht Gelder der Wirtschaftsförderung in diesem Bereich in der Nähe von Forschung sehr gut angelegt werden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das wäre gut. Das wäre gut.)

Darüber werden wir in nächster Zukunft sprechen. So ist auch dieser Antrag wieder ein Punkt, um manchmal in manchen Punkten einen Schritt weiter zu gehen.

Herr Professor Methling, ich hoffe, Sie sind jetzt noch mehr überzeugt vom Gesundheitsland Nummer eins, und es werden noch weitere überzeugende Beiträge folgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, aber nicht durch diesen Antrag!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Linke. Bitte, Frau Abgeordnete.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Oh,
zu dem Antrag hätte ich selber gerne geredet.)

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Ach Wolfgang! Mensch, hättest du das ein bisschen früher gesagt!

(Heinz Müller, SPD: Sie sitzen hier nicht zu
Ihrem Vergnügen, Herr Professor! – Heiterkeit
bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Also, ich möchte gleich eingangs klarstellen: Die Abgeordneten meiner Fraktion kennen das Gesundheitswesen in Mecklenburg-Vorpommern. Wir schätzen es,

(Zuruf von Minister Erwin Sellering)

wir schätzen die schwere, die aufopferungsvolle, aber auch sehr schöne Arbeit, die die Frauen und Männer dort leisten. Es fällt uns ein wenig schwer, diese Wertschätzung jetzt hier in irgendeiner Weise in Übereinstimmung zu bringen mit dem, was nun gerade hier vorgetragen wurde. Wir hatten doch schon große Probleme beim Lesen des Antrages,

(Heinz Müller, SPD: Oh!)

den Inhalt, die Zielrichtung zu erkennen. Ich möchte sagen, nach der Rede von Herrn Kuhn war ja doch sehr vieles hier im Raum und auch, was der Herr Minister gesagt hat.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist immer so bei Reden von Herrn Kuhn,
da ist immer viel im Raum. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ja, da ist immer sehr viel im Raum.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Ich will jetzt nicht sagen, wie sich das so untersetzen lässt, was da so viel im Raum ist. Manchmal ist es ja so: Wenn der Ballon zu groß wird, dann platzt der auch ganz schnell. Also, egal.

Viele bekannte Begriffe machten hier die Runde, sie wurden hin und her jongliert. So richtig hat sich nicht erschlossen, was man eigentlich uns mitteilen möchte.

Meine Fraktion ist für Innovation, so ist ja der Antrag überschrieben, und wir sind auch für technischen Fortschritt in der medizinischen Versorgung. Wir wissen um die Bedeutung von Innovation für die Verbesserung der Qualität der medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Wir fordern deshalb natürlich, dass Innovationen einen nachweisbaren Nutzen haben möchten, dass sie einen Beitrag zur besseren bedarfsgerechten, wohnortnahen

Versorgung und zur Einsparung von Ressourcen liefern möchten. Innovationen müssen daher letztlich die Effizienz der bedarfsgerechten, wohnortnahen medizinischen Versorgung verbessern. Das erwarten die Patienten, das erwarten vor allem auch die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler der gesetzlichen Krankenversicherung, deren Interessen wir hier zu vertreten haben.

Ich habe unsere Anforderungen an Innovationen hier noch einmal erwähnt, weil es gerade in der medizinischen Versorgung immer wieder Neuerungen gibt, die umfangreich als Innovation in der Vergangenheit angekündigt wurden beziehungsweise heute auch als solche beworben werden, den genannten Kriterien aber nicht entsprechen, also eben im eigentlichen Wortsinn keine Innovationen sind. Ich denke hier an teure Arzneimittel, die bekannte Wirkstoffe nur etwas anders kombinieren, welche die Darreichungsform verändert haben oder die keine bisherige Therapie ersetzen, die also dem Patienten keinen neuen, verbesserten Nutzen bringen, die aber die Patienten und die Krankenkassen finanziell sehr belasten.

Nach Transparency International – die extra eine Arbeitsgruppe für die Untersuchung des deutschen Gesundheitswesens gebildet hat – sind 92 Prozent, Herr Glawe,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

der seit 1990 entwickelten neuen Substanzen der pharmazeutischen Industrie Scheininnovationen, die mit einem hohen Werbeaufwand den Markt erobern und die nicht besser,

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

sondern nur teurer als bereits vorhandene Medikamente sind.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Innovationen führen normalerweise zu einem Preisverfall bei den bisherigen Lösungen. Denken wir allein an PCs, an Handys, die wir ja auch täglich nutzen. Im Gesundheitswesen scheint diese Regel nicht zu gelten.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Ich verweise nur auf die steigenden Ausgaben für Arzneimittel, die bisher durch keine gesetzliche Regelung nachhaltig gedämpft werden konnten. Auch die Möglichkeit der Krankenkassen, Rabattverträge abzuschließen, die seit Januar 2007 gilt, hat keine Trendwende eingeleitet. Allein für das Jahr 2008 wird eine Ausgabensteigerung um zehn Prozent erwartet. Deshalb erscheint es im Zusammenhang mit Innovationen, verehrte Damen und Herren Abgeordnete der Koalitionsfraktionen, hier angebracht, im Interesse einer bedarfsgerechten und effizienten medizinischen Versorgung nochmals die Diskussion um eine Positivliste für Arzneimittel anzuregen. Wir halten die Entwicklung einer Positivliste für eine Möglichkeit, wirkliche Innovationen im Arzneimittelsektor zu befördern und vor allem die Kostenentwicklung in diesem Bereich erfolgreich zu begrenzen.

In dem vorliegenden Antrag der Fraktionen von CDU und SPD heißt es, ich zitiere: „Daher gilt es, Impulse zur Beschleunigung von Innovationen und neuen Anwendungslösungen in den unterschiedlichsten Bereichen der Medizin durch das Land zu unterstützen.“ In diesem Antrag wird weder gesagt, welche Innovationen hier unterstützt werden sollen, noch, worauf sie gerichtet sind und welche Impulse im Interesse dieser Unterstützung gegeben werden sollen. Es wird nicht benannt, wie weit die

Unterstützung reichen soll und auch nicht, aus welchen Mitteln die Förderung letztlich finanziert werden soll. Stattdessen mischen Sie Gesundheitswesen, Gesundheitswirtschaft, Pflege. Bei Herrn Kuhn waren alle drei miteinander vermengt. Sie erwähnen die Gesundheitsinsel, die ein hervorragendes Beispiel für Kooperation von Gesundheitswesen und Gesundheitstourismus ist, aber das alles muss man fein säuberlich trennen und vor allem dann in einem Antrag formulieren, was man denn wirklich will.

(Irene Müller, DIE LINKE: Genau.)

Die Fraktion ...

(Harry Glawe, CDU: Er hat sie doch loben wollen! Das hat sie nicht verstanden.)

Ich bin, Herr Glawe, ich bin im Verein Gesundheitsinsel Rügen. Ich stehe dazu, dass dort eine sehr gute Arbeit gemacht wird, dass dort eben richtig die Bereiche getrennt werden

(Harry Glawe, CDU: Na also! Fühlen Sie sich doch mal geehrt, dass er das gesagt hat, dass er das überhaupt erwähnt hat!)

und nicht alles – GKV-finanziert, steuerfinanziert – munter vermengelt wird, wie mein Speichermeister immer sagte. So.

(Harry Glawe, CDU: Ja?)

Im Frühjahr, im Januar hat meine Fraktion einen Antrag eingebracht und die Landesregierung bitten wollen, einen Bericht zur Gesundheitswirtschaft vorzulegen.

(Angelika Peters, SPD: Ja, da hat doch die Landesregierung schon längst gearbeitet.)

Sie, verehrte Koalitionäre, haben den damals abgelehnt. Erstaunlich ist ...

(Angelika Peters, SPD: Die war doch schon längst dabei.)

Frau Peters, Sie können sich gern zu Wort melden.

Erstaunlich ist, dass der Änderungsantrag der FDP zu diesem Antrag meiner Fraktion, der am 30.01. debattiert wurde, abgelehnt wurde,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

weil die FDP sich ausreichend informiert fühlte.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, nun frage ich mich, was dieser heute hier vorliegende Änderungsantrag soll. Er erschließt sich uns nicht.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Wir lehnen sowohl den Antrag der Koalitionäre ab, weil er zu unpräzise ist und zu etwas verpflichten soll beziehungsweise wir sollen etwas erklären, wo wir nicht genau wissen, was dahintersteht, und wir lehnen auch den Änderungsantrag der FDP ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Antrag ist inhaltlich so umfassend und ausgewogen, der spricht für sich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Deswegen bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Rudolf Borchert, SPD: Das war der Sprecher der
Nation. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das war der beste Beitrag, den
ich bisher gehört habe.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Heydorn.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Grabow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Ralf Grabow, FDP: Herr Präsident! Ich glaube, das kann ich nicht toppen.

(Egbert Liskow, CDU: Doch!)

Ich glaube auch, das Thema ist zu ernst. Ich gebe ehrlich zu, als ich den Antrag gelesen habe, Herr Glawe, habe ich ein ganzes Wochenende auch nachgedacht, was will er damit aussagen.

(Harry Glawe, CDU: Das
war das Ziel, das war das Ziel.)

Und an manchen ...

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Ja, warum, kann ja sein.

Natürlich fiel mir dabei – und das muss ich Ihnen leider heute doch noch mal aufs Brot schmieren – mein Pillenantrag ein, als einer meiner ersten Anträge, wo ich von Ihnen doch die Lehre bekommen habe: Wenn du einen Antrag ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, genau.

Wenn du einen Antrag schreibst, dann sollst du das begründen und genauer werden. Daran habe ich dann gedacht und ich habe gedacht: Aber man soll ja nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Also gucken wir mal, was er sich dabei gedacht hat. Ich glaube, dass das Thema auch zu ernst ist.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Wir haben auch nur eine Chance als Land, über innovative Maßnahmen in der Medizin gewinnen zu können. Wir wissen, wir sind ein Flächenland. Das wissen wir. Wir wissen, wir haben eine ältere Bevölkerung. Wir wissen, dass uns das Hausarztprinzip auf die Füße fallen wird. Wenn heute noch nicht und wenn auch nicht in zwei Jahren, aber spätestens in vier Jahren, das wissen wir ganz genau, werden uns an verschiedenen Ecken unseres Landes Ärzte fehlen. Also müssen wir uns Gedanken machen: Wie wollen wir das auffangen und mit welchen innovativen Maßnahmen wollen wir es tun? AGnES ist im Augenblick in der Erprobung, ist sogar schon raus aus der Erprobung. Da sollte man diskutieren, was man noch machen kann. Auch beim Thema Telemedizin wird man gucken müssen, wie weit man das erweitern kann, denn wir haben Landstriche, da ist es sehr schwer, mit

dem Auto überhaupt hinzukommen, geschweige, wenn irgendetwas passiert. Da werden wir uns schon überlegen müssen, wie wir das technisch unterstützen können, um auch ...

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Na komm, es gibt schon noch Striche, wo es relativ schwer ist.

Ich glaube schon, dass wir – und so verstehe ich diesen Antrag – uns da auch Gedanken machen müssen. Und da wir das ein bisschen konkreter haben wollten, haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Diesen Änderungsantrag möchte ich jetzt bitte mündlich einmal ergänzen, und zwar steht da: „bis Ende Oktober 2008“. Hier möchte ich gerne einen neuen Termin eingesetzt haben, und zwar Juli 2009.

Ich sehe es auch als eine Möglichkeit, und Frau Linke, da muss ich einfach sagen, sicherlich, es hat aber auch Chancen. Was ist mit der Vernetzung? Sicherlich gibt es verschiedene Institutionen, Vereine, Verbände, Ärzteorganisationen. Was mir im Augenblick auffällt, ist, dass wir hier dringend eine Vernetzung brauchen, denn wir haben gestern gerade mit Frau Schildt über BioCon Valley geredet und darüber, wie viele Veranstaltungen wir zu welchen Themen haben, wo wir sagen, können wir das nicht bitte jetzt vernetzen und einfach mal sagen, was machen wir direkt. Deswegen wird meine Fraktion diesen Antrag auch unterstützen. Ich hoffe, dass Sie den Änderungsantrag mittragen können. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Grabow.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Jetzt
wollen wir mal gucken, was die jetzt wollen.
Der Antrag ist nämlich nicht zu überbieten.)

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Damen und Herren der SPD und CDU, was haben Sie dem Landtag denn nun schon wieder vorgelegt? Nach der ersten Prüfung des Antrages war ich sprachlos. Sie fordern den Landtag auf, Feststellungen zu beschließen, die schon mehrfach von allen Fraktionen hier im Hause, beispielsweise in Redebeiträgen, in Presseerklärungen bestätigt wurden. Was wollen Sie eigentlich mit diesem Antrag bezwecken? Sind Ihnen wirklich im Gesundheitswesen sämtliche Ideen und Visionen ausgegangen?

(Irene Müller, DIE LINKE:
Nee, in der Gesundheitswirtschaft.)

Fällt Ihnen nichts Konkretes mehr ein, welche Verbesserungen beziehungsweise Änderungen in unserer schönen Heimat notwendig sind? Stattdessen soll der Landtag so geistreiche Sätze beschließen wie: „Vor dem Hintergrund steigender Lebenserwartung und des demografischen Wandels sind innovative neue Ansätze zur Entwicklung und Nutzung des medizinischen Fortschritts von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung.“ Was bezwecken Sie damit, wenn der Landtag Selbstverständlichkeiten beschließt? Da hätten Sie ja gleich auch schreiben können: „Der Landtag beschließt: Die Menschen brauchen Luft zum Atmen.“

Und dann – als besonderen Höhepunkt – lassen Sie Ihr intellektuelles Niveau erkennen. Was verstehen Sie denn unter „innovative(n) neue(n) Ansätze(n)“? Innovation bedeutet nichts anderes als Erneuerung. Also eine Erneuerung der Neuerung, oder wie?

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Zusammengefasst bleibt festzuhalten: Sie wollen sich hier wieder einmal feiern und geben vor, die Symptome zu bekämpfen, an denen unser Gesundheitssystem krankt. Die wirklichen Probleme liegen jedoch an ganz anderer Stelle. Einerseits finden sich diese in der Finanzierbarkeit der medizinischen Versorgung und andererseits in der sich weiter ausbreitenden Zweiklassenbehandlung der Patienten. Unterstützt wird diese Entwicklung durch den Fachärztemangel und den Mangel an gut ausgebildetem und motiviertem Pflegepersonal. Die Ursache dafür liegt unter anderem in den mangelhaften bis schlechten Verdienstmöglichkeiten und den ungünstigen Arbeitszeiten. An dieser Stelle sollte die Politik ansetzen, hier ist dringender Handlungsbedarf geboten. Doch Sie wollen lieber dieses Problem gar nicht erst angehen und kaschieren es mit einem Antrag, der nur so vor Inhaltslosigkeit strotzt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach!?)

Es fehlen klare Zieldefinitionen und Handlungsanweisungen,

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

wie und in welcher Art und Weise Innovation und technischer Fortschritt die medizinische Versorgung zum Wachsen bringen sollen. Aber hier wollen Sie bestimmt Ihre Regierung nicht zu sehr unter Druck setzen. Der Noch-Sozialminister SELLERING und seine gehandelten Nachfolger BRODKORB oder HEYDORN sollen ja nicht zu sehr am Krankensystem herumdoktern. Und schließlich belegen ja die Personaldiskussionen in der Öffentlichkeit, dass Innovationen in der Landesregierung ja auch eher nichts Gutes verheißen lassen, zumindest nicht für die Bürgerinnen und Bürger. Die Oppositionsfraktionen werden an den gehandelten neuen Ministern sicherlich ihre Freude haben.

Ihr Antrag ist einmal mehr ein Beispiel für den Verfall des Systems BRD. Standardfloskeln und Nullaussagen werden als Aktivismus verkauft. Auf ein tatsächliches Ergebnis wartet man jedoch vergeblich. Wir halten Ihren Antrag für nicht zielführend und lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Glawe. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Der hat ja ne richtige Bibel mit!)

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Innovation und technischer Fortschritt in der medizinischen Versorgung im Land Mecklenburg-Vorpommern scheinen ja für die meisten Fraktionen hier Fremdwörter zu sein. Wenn ich gerade die Ausführungen der NPD nachvollziehe, muss ich einfach sagen, Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit. Sie leben wahrscheinlich so 100 Jahre rückwärtsgewandt

(Stefan Köster, NPD: Dann
haben Sie nicht zugehört, Herr Glawe.)

und deswegen verstehen Sie die Inhalte dieses Antrages nicht.

(Stefan Köster, NPD: Ihr
Antrag ändert rein gar nichts.)

Dass ihn DIE LINKE nicht versteht, verwundert mich eigentlich, denn die Gesundheitswirtschaft ist mindestens seit dem Jahre 2004 hier im Land Mecklenburg-Vorpommern auf einem sehr hohen Niveau

(Irene Müller, DIE LINKE:
Ja, Sie müssen es benennen!)

und eingeführt worden durch alle drei damals im Landtag vertretenen Fraktionen, die gesagt haben: Gesundheitswirtschaft unter dem Eindruck von 80.000 Beschäftigten ist ein wichtiger Standortfaktor und eine der großen Chancen für das Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Erklären
Sie doch mal, wofür wir den Antrag brauchen.)

Und, Frau Linke, daran will ich Sie erinnern: Sie waren ja sozusagen auch einer der Werbeträger, das hat sich wohl mittlerweile ins Gegenteil verkehrt.

Meine Damen und Herren ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Erklären
Sie doch mal, wofür wir den Antrag brauchen.)

Ja, ich will Ihnen auch begründen, warum wir den Antrag brauchen. Wir sind als Gesundheitsregion Mecklenburg-Vorpommern im Wettbewerb mit anderen Regionen in Deutschland und in Europa. Und daher hat sich die CDU-Fraktion entschieden, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen, denn es wird auf vielen Ebenen in den Universitäten und an den Hochschulen an diesem Thema innerhalb der wissenschaftlichen Grundlagenforschung gearbeitet. Und andererseits braucht Wissenschaft natürlich auch Unterstützung durch die Politik. Zu dieser Frage hat die Landesregierung auch Mittel im Haushalt eingestellt, und zwar Mittel beim Sozialminister wie auch beim Wirtschaftsminister – nur so zu Ihrer Information, worüber wir reden, meine Damen und Herren.

Ein Thema ist ja hier schon genannt worden und das ist auch durch die letzte Regierung mit auf den Weg gebracht worden, und zwar die Telemedizin – Gesundheitsschwester oder Schwester AGnES genannt. Sie hat mittlerweile Eingang gefunden ins SGB V und muss jetzt umgesetzt werden unter dem Eindruck der in der Zukunft fehlenden Hausärzte beziehungsweise Fachärzte. Wie können wir in der Fläche die Versorgung der Bevölkerung auf hohem Niveau weiter garantieren? Das ist zum Beispiel ein Erfolg, den dieses Land Mecklenburg-Vorpommern – der Minister sprach vorhin von einem Exportschlager – für die Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus auch für andere Regionen in Europa durchaus als Maßstab nehmen kann. Und daran hat sich federführend das Land Mecklenburg-Vorpommern beteiligt, an der Spitze die Community Medicine in Greifswald. Und ich nenne hier den Namen Professor Hoffmann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, weitere Länder haben andere Modelle gefahren. Alle diese Modelle sind ausgewertet worden und werden ausgewertet. Sie werden wahrscheinlich auch weiterhin Bestandteil einer Gesundheitsreform sein, die nach den Jahren 2010/2011 wahrscheinlich ansteht, und wieder Eingang finden in

die Debatte. Ich nenne hier die Länder Brandenburg und Sachsen.

Worum geht es denn jetzt insbesondere bei unseren Anträgen? Es geht darum, erstens dafür zu sorgen, dass die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger – Sie kennen alle die demografische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Deutschland – auf hohem Niveau fortgeführt werden kann. Dazu brauchen wir die Telemedizin und die Telematik, die Bestandteil des technischen Fortschritts, aber auch der Innovationen sind, meine Damen und Herren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Dafür brauchen wir diesen Antrag?!)

Da geht es auch um Kosteneffizienz für die Zukunft, auch um die Frage: Wie kriege ich eine ambulante oder eine häusliche Versorgung organisiert im Verhältnis zur stationären Versorgung? Wir müssen darüber nachdenken, dass wir die Fallzahlen in den stationären Bereichen nicht weiter und weiter und weiter steigern lassen können, denn im Bestandteil der Finanzen und der Fallzahlen in den Krankenhäusern ist festzustellen, dass der Bereich der Kliniken mit 36 Prozent an den Kosten insgesamt in Mecklenburg-Vorpommern einer der höchsten Stände ist, die dieses Land in Deutschland insgesamt im Vergleich hat. Aber ich will nicht klagen, ich will darüber auch reden.

Worum geht es noch? Es geht zum Beispiel

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Zum Beispiel?)

um die vernetzte Gesundheit an der Ostseeküste,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Vernetzte Gesundheit an der Ostseeküste!)

und zwar im Land selbst, aber auch darüber hinaus. Wir brauchen Kooperationen mit anderen Regionen an der Ostsee. Darüber wird zurzeit verhandelt und diskutiert. Ich wollte es hier nur mal nennen, dass Sie auch hören, dass diese Regierung an vielen Dingen schon arbeitet, die Sie wahrscheinlich gar nicht für möglich halten. Eine weitere ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Doch, das sehen wir an diesem Beitrag.
Das sehen wir an diesem Beitrag.)

Ja, Herr Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Sie haben ja vorhin so schwadroniert, Sie hätten diesen Antrag gar nicht verstanden und wüssten gar nicht, warum wir darüber reden müssen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das verstehe ich immer noch nicht. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ja.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, es
ging um die skandinavischen Länder,
das haben Sie wohl nicht mitgekriegt.)

Wir brauchen auch einen Fortschritt in der geriatrischen Betreuung im Land Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland. Und dazu gehört ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, das ging um Ihren Antrag.)

Ja, natürlich, das ist Bestandteil dieses Antrages. Ich muss doch nicht alles da reinschreiben, was ich hier sagen will.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Ja, das liegt wohl daran, dass Sie
es gerade erst abgeschrieben haben.)

Und da geht es darum, dass Gesundheit und Krankheitsbewältigung auch oberste Priorität haben, dass die Gesundheitstelematik unterstützend wirkt, und zwar als Autonomie in der Gesundheit. Und Gesundheitstelematik fördert auch die persönlichen Ressourcen. Das heißt, wie gehe ich mit Krankheit oder mit eingeschränkter Gesundheit um. Nur mal als Schlagworte.

Meine Damen und Herren, viele Dinge, die auch diskutiert und umgesetzt werden, sind die Fragen:

(Irene Müller, DIE LINKE:
Familienpolitik haben Sie vergessen. Die
kriegen Sie bestimmt auch noch irgendwie rein.)

Wie sollen zukünftig verbesserte Augenbehandlungen durchgeführt werden können? Wie können wir insgesamt an den Universitäten in Rostock und in Greifswald Einfluss nehmen, dass wir schnellere und bessere Verfahren einführen? Dazu brauchen wir die Telemedizin, dazu brauchen wir die Wissenschaft und dazu brauchen wir auch die Zuschüsse, die der Sozialminister gewährt, oder auch die Zuschüsse, die der Wirtschaftsminister gewährt.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns der Frage stellen: Eines der wichtigsten Themen sind die Herz-Kreislauf-Erkrankungen in Deutschland. Durch die gestiegene Lebenserwartung muss man sich also dem Herzen zuwenden. Man muss sich der Frage von Asthmaerkrankungen zuwenden und auch der Frage: Wie geht's in der HNO mit besseren vernetzten Strukturen weiter? Auch in den Bereichen der stationären Versorgung – darüber hat Kollege Kuhn schon gesprochen – sind die Fragen der Pathologie, der Zweitmeinung, der Drittmeinung wichtig, um über Vernetzungen Operateuren Ratschläge geben zu können. Das sind Bestandteile von Innovation und technischem Fortschritt, meine Damen und Herren von der LINKEN, weil Sie ja so ein langes, schlafloses Wochenende hatten.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Nein,
wir hatten kein schlafloses Wochenende.
Herr Grabow hat daran gedacht
das ganze Wochenende.)

Für die FDP sage ich hier noch mal, meine Damen und Herren von der FDP, wir sind gerne bereit, Ihren Änderungsantrag zu unterstützen. SPD und CDU werden dort auch zustimmen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

denn wir haben ein Thema, das für das Land Mecklenburg-Vorpommern ein sehr wichtiges ist. Ich habe es vorhin schon mal gesagt: Insgesamt geht es um die Versorgung von 1,6 Millionen oder 1,7 Millionen Bürgern und es geht darum, die qualifizierten Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern weiter auszubauen, es geht darum, die Beschäftigung von 80.000 Beschäftigten im Land Mecklenburg-Vorpommern zu sichern und auf hoher Qualität zu sichern. Und gerade in diesem Bereich werden nicht, wie von der NPD behauptet, Hungerlöhne gezahlt, meine Herren von der Fensterfront.

(Stefan Köster, NPD: Hier
scheint wenigstens die Sonne. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Also, da sind Sie wahrscheinlich auch weit, weit weg vom Leben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns insgesamt dieses Thema weiter vertiefen. Auch die Frage des Krankenhausplans, die Fortschreibung steht an.

(Irene Müller, DIE LINKE: Also mit der Vertiefung müsste man erst mal anfangen. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Auch dort sind wichtige Dinge vorbereitet, über die Sie in Kürze auch unterrichtet werden.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag mit dem Änderungsantrag der FDP. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Glawe.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Grabow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Ralf Grabow, FDP (zur Geschäftsordnung): Aus formellen Gründen muss ich den Änderungsantrag 5/1640 zurückziehen und stelle ihn mündlich neu. Ich lese den Text vor:

„Der Landtag möge beschließen:

Dem Antrag werden folgende Sätze angefügt:

„Die Landesregierung wird beauftragt, dem Landtag bis Juli 2009 ihre bisherigen Aktivitäten darzustellen, die die Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern befördert und unterstützt haben. In dieser Darstellung ist detailliert aufzuzeigen, wann und in welchem Umfang welche Projekte und Initiativen warum unterstützt worden sind. Diese Darstellung soll zugleich Grundlage sein, um einen entsprechenden Maßnahmenkatalog für weitere Ausrichtungen in diesem Bereich abzuleiten.“

Das ist der gleiche Text, es ist nur das Datum geändert worden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Das haben wir gemerkt.)

Aus formellen Gründen muss ich das machen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Zur Geschäftsordnung, Herr Holter, bitte.

Helmut Holter, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Bei aller Hochachtung, Herr Grabow, aber einen solchen Antrag, den Sie jetzt vortragen – mündlich! –, und dann eine Zustimmung oder eine Beurteilung Ihres Antrages, also das geht einfach nicht.

(allgemeine Unruhe)

Er hat den Antrag zurückgezogen und einen neuen Antrag vorgelesen.

(allgemeine Unruhe)

Ich halte das für ein falsches Vorgehen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist korrekt. – Toralf Schnur, FDP: Gucken Sie in die Geschäftsordnung!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Also, wenn Sie jetzt den Geschäftsordnungsantrag stellen, Herr Holter, nach Paragraph 93 den Antrag schriftlich auszuteilen ...

Helmut Holter, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung): Genau. Ich stelle den Antrag, dass das ausgeteilt wird, dass wir uns dazu verhalten können.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Dann werden wir nach der Mittagspause die Abstimmung dazu abschließen.

Ich unterbreche die Sitzung für 40 Minuten. Wir setzen um 13.10 Uhr fort mit der Abstimmung über den entsprechenden Antrag.

Unterbrechung: 12.32 Uhr

Wiederbeginn: 13.13 Uhr

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Wir kommen zur Abstimmung.

Inzwischen liegt Ihnen der mündlich vorgetragene Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1662 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1662 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit wurde dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1662 bei Zustimmung der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion sowie Ablehnung der Fraktion DIE LINKE und der NPD zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag selbst. Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/1585 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/1585 mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP sowie Ablehnung der Fraktion DIE LINKE und der NPD zugestimmt worden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das wird die Welt erschüttern, dieser Antrag!)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 33:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Telekom-Abhörskandal verurteilen, unverzüglich Konsequenzen ziehen, Datenschutz stärken, Drucksache 5/1528.

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Telekom-Abhörskandal verurteilen,
unverzüglich Konsequenzen ziehen,
Datenschutz stärken
– Drucksache 5/1528 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir debattieren heute einen Antrag meiner Fraktion zum Telekom-Abhörskandal. Bereits vor einem Monat hätte sich der Landtag zu diesem hochbrisanten und aktuellen Thema positionieren können. Angesichts der Schwere der Vorwürfe gegen die Deutsche Telekom und vor allem angesichts des Ausmaßes an Verfassungsbrüchen und Gesetzesverstößen hätte

sich der Landtag nach unserer Überzeugung mit diesem dringenden Thema auch befassen müssen. Aber die Koalitionsfraktionen waren anderer Meinung, sie sahen sich außerstande, vor einem Monat klar und deutlich Stellung zu beziehen. Aus welchen Gründen jedoch blieb ihr Geheimnis. Auf eine Gegenrede zur Dringlichkeitsbegründung meiner Fraktion wurde gänzlich verzichtet. Zumindest an dieser Stelle, meine Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, hätten Sie das Wort ergreifen sollen. Ich halte es für keinen guten parlamentarischen Stil, wenn man sein Abstimmungsverhalten nicht einmal begründen kann beziehungsweise will.

Meine Damen und Herren, der Telekom-Abhörskandal geht auf zahlreiche unzulässige Überwachungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns Mitte der 90er-Jahre zurück. Ende 1996 befürchtete man in der Telekom-Zentrale, Hacker würden versuchen, in das zentrale konzerninterne Datennetz einzudringen. Dieser Verdacht, der sich bis heute nicht bestätigt hat, reichte aus, um eine der größten Affären in Politik und Wirtschaft loszutreten, denn – und damit beginnen die ungeheuerlichen Vorgänge – die Telekom entschied sich nicht, den Verdacht den zuständigen staatlichen Stellen zu melden. Nein, die Telekom hatte sich entschieden, die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen. Auf Anweisung vom Management wurden telefonische Überwachungen durchgeführt. Ob und inwiefern Vorstandsmitglieder beteiligt waren, ist bislang unklar.

Bezeichnend für die Anmaßung staatlicher Kompetenzen durch die Telekom ist der Umstand, dass im dafür vorgesehenen Formularfeld der Name einer Telekom-Abteilung eingetragen wird. Üblich ist hier der Vermerk der zuständigen Staatsanwaltschaft. Dies hat auch seinen triftigen Grund. Artikel 10 im Grundgesetz schützt das Fernmeldegeheimnis. Kein Wort darf mitgeschnitten oder belauscht werden. Die Ausnahme regelt das Telekommunikationsgesetz, das unter anderem eine richterliche Anordnung vorsieht. Die Rechtslage ist insofern eindeutig und die strengen Voraussetzungen für eine Telefonüberwachung verstehen sich eigentlich auch von allein.

Die Telekom setzte sich darüber hinweg, rechtliche Bedenken gegen Überwachungsmaßnahmen wurden vom Tisch gewischt. Und was erschwerend hinzukommt: Auch im Nachhinein hat die Telekom gegen Recht und Gesetz verstoßen. Weder erfolgte eine Meldung an die Bundesnetzagentur, an das zuständige Bundesinnenministerium oder an den betrieblichen Datenschutzbeauftragten, geschweige denn an die Betroffenen, von denen im Übrigen auch kein Einziger einer Straftat überführt wurde.

Meine Damen und Herren, die illegalen Abhörmaßnahmen bei der Telekom sind auch keine Einzelfälle. Nach Angaben der „WirtschaftsWoche“ vom 23. Juni dieses Jahres erfolgten illegale Abhörmaßnahmen in über 120 Fällen. Über die Dunkelziffer mag ich nicht nachdenken. Die Bahn AG ist in ähnliche Schlagzeilen geraten. Nachdenklich sollte uns die Aussage des ehemaligen Telekom-Sicherheitschefs Hans-Jürgen Knoke, nachzulesen bei „Spiegel online“ vom 3. Juni 2008, machen. Ich zitiere: „Schauen Sie mal in andere Dax-Unternehmen. Das ist gang und gäbe. Da waren wir nicht die einzigen.“ Zitatende.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern kam es in der Vergangenheit zu Gesetzesverstößen. Der Rostocker Oberbürgermeister ließ Telefon- beziehungsweise Proto-

kolldaten von Gesprächen zwischen Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der Journalisten auswerten. Das Verfahren gegen die Verwaltungsspitze ist noch nicht abgeschlossen. Auch bei den Stadtwerken Neubrandenburg gab es einen ähnlichen Fall. Am Ende wurde der Geschäftsführer verurteilt.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir reden also heute nicht nur über den aktuellen Telekom-Skandal, es geht um ein grundsätzliches Verständnis für den Datenschutz. Seit Jahren können wir die zunehmende Tendenz beobachten, dass datenschutzrechtliche Belange zunehmend dem vermeintlichen Sicherheitsbedürfnis geopfert werden.

Und ich möchte an dieser Stelle zitieren aus dem „Behörden Spiegel“: „Der private Überwachungsstaat“. Zitat: „Staat im Staate“, das gibt es nun öffentlich zu bestaunen. Allerdings nur als Teilansicht, denn was bei Telekom und Bahn zumeist legal, aber auch kriminell ‚spioniert‘ wurde, gibt es auch im Handel, der Finanzwirtschaft und der Informations- und Kommunikationsbranche selbst. Und immer verwischt die Grenze zwischen Erlaubtem und Verbotenem. Datenschutz ist eine stumpfe Waffe, ein zu häufig als überflüssiges Hindernis angesehenes Relikt. Es bleibt aber längst nicht bei der Informationsbeschaffung, der Auswertung folgen auch Konsequenzen. Dies sind Handlungen ohne das Licht der Öffentlichkeit, effizienter und wirkungsvoller als eben eine Einschaltung staatlicher Stellen wie Polizei und Justiz.“ Zitatende. Und eine Unterschrift darunter ist: „Sicherheit in einer Parallelgesellschaft“.

Die Diskussionen um Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung oder Onlinedurchsuchungen sind nur einige weitere Stichworte für die Datensammelwut. Es reicht nicht nur aus, bei Bekanntwerden solcher eklatanten Rechtsverstöße diese zu verurteilen und zu erklären, wie schlimm das alles doch sei. Nein, wir müssen einen Schritt weiter gehen. So reicht es natürlich nicht, dass sich der Konzernchef René Obermann bei den betroffenen entschuldigen will. Wir brauchen vielmehr ein gesellschaftliches Klima, das Misstrauen und flächendeckenden Überwachungsdruck abbaut.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft Konrad Freiberg hier zitieren: „Konzernherren benehmen sich so, als ob sie sich über den Rechtsstaat stellen wollen. Dieses Bewusstsein in den Unternehmen muss sich ändern.“ Ich füge hinzu, das betrifft Wirtschaft und Politik gleichermaßen, denn die Politik ist es, die gesetzliche Grundlagen schafft.

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt auf die Debatte hier im Landtag und hoffe, dass Sie unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Borchardt.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Herr Caffier, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wie wir den Medien in den letzten Wochen entnehmen konnten, hat die Telekom offenbar in unzulässiger Weise Gespräche ihrer Mitarbeiter mit Journalisten überwacht. Das Wort vom „Datenschutz“ oder wie in der Überschrift Ihres Antrages „Abhörskandal“ macht deshalb die Runde. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz fordert die striktere Einhaltung von Gesetzen beziehungsweise die Schaffung neuer Vorschriften. Das ist sein gutes Recht, mehr noch, das ist seine Aufgabe. Verwaltungstechnisch formuliert heißt das, es ist sogar seine Zuständigkeit.

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1528 soll jetzt der Landtag mit dem Thema befasst werden und damit, das muss ich gestehen, tue ich mich sehr schwer. Zum einen liegt es daran, dass es um die Auslegung oder Änderung von Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes geht. Wie gesagt, fordert der Bundesbeauftragte neue Maßnahmen, liegt das im Rahmen seiner Zuständigkeiten. Bekanntermaßen haben aber weder Landtag noch Landesregierung erwähnenswerte Gestaltungsräume, wenn Maßnahmen aus der ausschließlichen Bundesgesetzgebung in Rede stehen. Zum anderen: Ich bezweifle, dass es bis jetzt konkrete Untersuchungen zu der Frage gibt, wie weit Telekom-Mitarbeiter oder Journalisten aus Mecklenburg-Vorpommern in die Vorgänge involviert sind. Die Aufgabe der Abgeordneten dieses Hauses liegt doch darin, sich um die Belange der Einwohner unseres Bundeslandes zu kümmern, und nicht darin, Zustände anzuprangern, die irgendwo anders in der Bundesrepublik Deutschland und noch dazu außerhalb der Landeszuständigkeit bestehen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Rostock und Neubrandenburg liegen in M-V. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sicherlich haben alle Bürger ein Recht darauf, dass diese Vorgänge vollständig aufgeklärt werden und die rechtsstaatlichen erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden.

(Udo Pastörs, NPD: Nach dem Motto: „Uns interessiert nur so viel, was wir bis zur Kirchturmspitze sehen können“, das ist zu kurz gedacht.)

Aber welcher Ermittlungsbehörde dient es, wenn der Landtag des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern die Vorgänge zu einem Verfahren, welches im Übrigen noch gar nicht abgeschlossen sein dürfte, schon jetzt verurteilt?

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch in inhaltlicher Hinsicht überzeugt mich der Antrag nicht. Bekanntermaßen regelt das Bundesdatenschutzgesetz das sogenannte Zweckbindungsprinzip, will heißen, dass personenbezogene Daten nur zu dem Zweck weiterverarbeitet werden dürfen, zu dem sie erhoben worden sind. Flankiert werden diese gesetzlichen Vorschriften durch eine höchstrichterliche Rechtsprechung, die gerade in letzter Zeit die Belange des Schutzes des Bürgers vor einer unzulässigen Weiterverwendung seiner personenbezogenen Daten nachhaltig stärkt. Mit anderen Worten: Das Bundesdatenschutzgesetz enthält ausreichende Schutzvorkehrungen gegen unzulässigen Datenmissbrauch, sodass ein Änderungsbedarf vorerst nicht erkennbar ist.

Soweit in dem Antrag eine Stärkung des Bewusstseins für die Notwendigkeit eines effektiven Datenschutzes in der Bevölkerung gefordert wird, so ist aus Sicht der Landesregierung ganz klar zu sagen, das Bundesda-

tenschutzgesetz enthält die Forderung, dass Betriebe der Privatwirtschaft einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten vorzuhalten haben. Dieser ist nicht nur für die Einhaltung des Datenschutzes, sondern auch für die Transparenz in diesem Themenbereich, wozu auch kontinuierliche Fortbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter gehören, in seinem Betrieb verantwortlich. Augenscheinlich haben doch diese Stellen bei den Vorgängen, die Anlass Ihres Antrages waren, versagt. Ist es das, was Sie in Ihrem Antrag mit Selbstverpflichtung der Wirtschaft meinen?

Der Bundesgesetzgeber hat sich mit guten Gründen dafür entschieden, den privaten Sektor überwiegend frei von staatlichen Eingriffsbefugnissen zu gestalten. Welche Rechte möchten Sie dem Staat als repressive Maßnahme gegenüber der Wirtschaft oder Privaten einräumen und unternehmen?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Also wissen Sie, wenn es im Gesetz steht, dann kann man doch kontrollieren, ob sie das machen.)

In Mecklenburg obliegt – und jetzt wird es für Sie ganz spannend, liebe Kollegen von der linken Seite –, in Mecklenburg obliegt die Datenschutzaufsicht über die Privatwirtschaft dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, einer unabhängigen Stelle. Dieser Stelle obliegt es, Unternehmen des Landes auf Einhaltung des Datenschutzes zu kontrollieren und gegebenenfalls auch fortzubilden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich erinnere mich noch sehr gut, als vor einigen Jahren diese Aufsichtstätigkeit vom Innenministerium auf den Landesbeauftragten übertragen wurde, wurde gerade von Ihrer Fraktion explizit positiv gewürdigt, dass dadurch eine große Unabhängigkeit durch mehr Staatsferne gewährleistet sei. Dazu passt es jetzt nun überhaupt nicht, wenn Ihre Forderung nach schärferen staatlichen Repressionen hier mit dem Antrag aufgemacht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Da mir, wie gesagt, nicht bekannt ist, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern Verbindungsdaten ausgespäht worden sind,

(Udo Pastörs, NPD: Das macht der Verfassungsschutz jeden Tag. Da haben Sie gar keine Kontrolle.)

kann ich auch nichts über die Qualität der Aufsichtstätigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz in diesem Punkt sagen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich habe jedoch ausreichendes Vertrauen in diese Behörde, dass sie ihren Aufgaben im erforderlichen Umfang nachgekommen ist und weiter nachkommt.

(Udo Pastörs, NPD: Das glaube ich.)

Jedenfalls ist das den in zweijährigen Abständen erschienenen Datenschutzberichten zu entnehmen, dessen letzte Ausgabe vor wenigen Wochen vorgelegt worden ist. Der Datenschutzbeauftragte, der stets darauf bedacht ist, auf seine Unabhängigkeit hinzuweisen, darf aber, das ist Ihnen sicherlich bekannt, als eine Stelle, die lediglich der Rechtsaufsicht der Landesregierung unterliegt, aus rechtsstaatlichen Gründen keine weitergehenden Eingriffsbefugnisse gegen die Privatwirtschaft erhalten.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend lassen Sie mich feststellen, ich teile das Unbehagen, welches Sie mit dem Antrag zum Ausdruck bringen, und bin der Meinung, dass die Sachverhalte umfassend aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden müssen. Indes sehe ich keinen Bedarf für eine überstürzte Gesetzesänderung. Zum einen ist Bundesrecht angesprochen worden und zum anderen sollte von dem Prinzip der überwiegenden Staatsfreiheit im Bereich der Privatwirtschaft nicht abgewichen werden. Gleiches gilt für die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten des Landes. Und deswegen kann ich Ihren Antrag in der Form nicht nachvollziehen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard von der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Telekom-Abhörskandal hat gerade uns als Liberale schockiert. Er beweist einmal mehr, dass der Datenschutz in unserem Lande immer mehr zu einem Bürgerrecht zweiter Klasse wird

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

und zweitens Missbräuche oft gar nicht mehr als Missbräuche definiert werden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das haben wir ja gerade gehört.)

Diesen Abstumpfungstendenzen und der Herabsetzung von Hemmschwellen müssen wir entschieden entgegenreten. Wir brauchen aus diesem Grund dringend eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über den Stellenwert des Datenschutzes. Der Telekom-Fall zeigt auch exemplarisch, dass große Datenmengen die Gefahr des Missbrauchs erhöhen. Dies war im Übrigen einer der Gründe, weswegen die FDP im Bundestag die von der Großen Koalition eingeführten Vorratsspeicherungen von Telekommunikationsdaten strikt abgelehnt hat.

Unter dem Eindruck des 11. September 2001 wurde an die Bürgerrechte in wachsender Geschwindigkeit und an die Intensität die Axt gelegt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das sogenannte Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit und das Finanzmarktförderungsgesetz, mit dem das Bankgeheimnis quasi abgeschafft worden ist. Auch die Erhebung und Speicherung biometrischer Daten wurde eingeführt. Mit diesem Verhalten haben die rot-grüne Bundesregierung und die Große Koalition letztlich den Boden zur Aufgabe des Datenschutzes bereitet. In der letzten Zeit aufgedeckte Fälle belegen, wie wichtig effektiver Datenschutz auch im privaten Bereich ist. Die Unternehmen müssen den Schutz der informellen Selbstbestimmung gegenüber ihren Mitarbeitern wahren.

Was Sie aber, liebe Kollegen der Linksfraktion, hier als Antrag vorgelegt haben, ist in seiner Form untauglich, diese Probleme zu lösen. Sie benennen diese zwar, machen aber keinen einzigen Lösungsvorschlag. Aus Sicht der FDP-Fraktion und aus Sicht der Liberalen wären erstens die Stärkung der betrieblichen Datenschutzbeauftragten, zweitens ein verbessertes Sanktionssystem im Bundesdatenschutzgesetz, drittens eine umfassende Verbraucherinformation und viertens ein

konsequenterer Arbeitnehmerdatenschutz echte Antworten auf die gestellten Fragen. Dafür bietet aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Ausschussberatung des Antrages die Möglichkeit, der Antrag in seiner Form jedoch nicht. Ich beantrage deshalb die Überweisung des Antrages in den Innenausschuss. – Vielen Dank.

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Borchardt, Sie haben vorhin etwas technisch angefangen mit dem Dringlichkeitsantrag und so weiter. Ich will vielleicht vorab auch etwas Technisches sagen. Bei Dimensionen oder bei Ausmaßen dieser Dimension,

(Udo Pastörs, NPD: Ausmaßen
dieser Dimension!)

glaube ich, auch wenn es sich etwas flapsig anhört, kommt es auf einen Monat nicht an. Ich denke, wir sollten versuchen, das verfahrenstechnisch zu klären, denn wir haben von Zuständigkeiten und Empörungen gehört. Ich werde eines gleich vorweg sagen: Wir bitten, wenn Sie damit einverstanden sind, den Antrag ziffernweise abzustimmen. Es gibt nämlich zu beiden Ziffern auch eine differenzierte Haltung seitens der SPD-Fraktion. Übrigens, die FDP-Positionen auf Bundesebene sind gar nicht mal so schlecht, insbesondere was den Arbeitnehmerdatenschutz anbelangt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Michael Rooff, FDP: Eh!)

Ich hoffe, dass das zu gegebener Zeit dann auch im Bundestag wieder zu Früchten führt.

Es ist ganz klar, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die jüngst bekannt gewordenen Überwachungs- und Ausspionierungsfälle der Telekom gegenüber ihren Angestellten sowie Dritten ein Skandal sind. Das darf nicht ohne Reaktionen bleiben, auch nicht ohne politische Reaktion. Insofern ist dieser Antrag in Ordnung. Als Landtag können wir uns politisch zu diesen Themen äußern, auch wenn hier und da die Zuständigkeit streng genommen nicht vorhanden ist. Wir kommen gleich zu Themen, wo wir möglicherweise selbst zuständig sind.

Bei der Telekom wurden systematisch Verbindungsdaten ausgespäht, um telefonische Kontakte zwischen Journalisten und Mitarbeitern des Unternehmens nachweisen zu können. Es wurden sogar interne und externe Mitarbeiter auf Betriebs- und Aufsichtsräte angesetzt. Die Telekom hat sich somit im Bereich Datenschutz quasi zur rechtsfreien Zone erklärt. Die bekannt gewordenen Fälle sind eklatante Verletzungen des Datenschutzes sowie des Fernmeldegeheimnisses. Zu den strafrechtlichen Dingen ist hier genug gesagt worden, darauf brauche ich nicht weiter einzugehen.

Es spricht sehr viel dafür, dass dieses leider kein Einzelfall ist. Wir kennen den Fall Lidl, da ist unser Datenschützer dran. Wir hören, dass die Bahn ebenfalls dieses ominöse Unternehmen in Ostberlin beauftragt hat. Da ist inzwischen einiges zusammengekommen. Zu befürchten ist, dass dort noch mehr im Köcher ist, wie man so schön sagt.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Natürlich soll man sich wie immer vor der Verallgemeinerung hüten, aber es macht schon Sorge. Auch die Häufung dieser problematischen Fälle in prominenten deutschen Unternehmen zu bemerken, macht Sorge. Offenbar konnten da wohl einige den Begehrlichkeiten nicht widerstehen, die mit der Sammlung personenbezogener Daten verbunden sind. Früher wurden Postkutschen überfallen, heute sitzen die Datenräuber am PC, fast unauffällig und unbemerkt.

Damit ist es klar, meine Damen und Herren, wir leben in einer Informationsgesellschaft. Früher brauchte ein Kurier zwei Wochen, falls er ankam, um eine Nachricht zu überbringen, heute genügt ein Knopfdruck, um das Millionenfache von Informationen in kürzesten Zeiten über alle mögliche Datenleitungen und sogar durch die Luft zu jagen. Deswegen braucht es Vertrauen in diese Systeme. Aber nur ein wirksamer Datenschutz schafft Vertrauen. Ansonsten wird jeder beim einfachen Telefonieren Misstrauen haben. Das wollen wir nicht. Das kennen wir irgendwoher, aber das wollen wir nicht wiederhaben.

Gerade deswegen sind Wirtschaftsunternehmen in der Pflicht, Persönlichkeitsrechte sowie das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zu respektieren und in ihrer Unternehmenspolitik anzuwenden. Das gebieten Rechtsstaat und Moral. Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Daten nicht zu gesetzwidrigen Zwecken missbraucht werden. Die Wirtschaft darf den Datenschutz als lästige Pflichtübung verstehen. Die jüngsten Ereignisse, nicht nur bei der Telekom, zeigen, dass das Datenschutzbewusstsein und die Datenschutzkultur in der Wirtschaft dringend verbessert werden müssen. Unternehmensspionage darf nicht mit Mitarbeiterspionage bekämpft werden.

Meine Damen und Herren, in diesem Antrag wird behauptet, dass bestehende datenschutzrechtliche Gesetzeslücken geschlossen werden müssen, jedoch ohne diese im konkreten Fall aufzuzeigen. Das ist uns zu pauschal. Aber bei den Vorgängen der Telekom handelt es sich ganz offensichtlich um einen Rechtsbruch. Das ist ein Verstoß gegen bestehende Gesetze. Es geht also primär nicht um schärfere Gesetze, sondern um die konsequente Einhaltung dieser. Ich denke, hier sind die Behörden dran und wir werden sehen, was sie dann zutage schaffen.

Es geht um die richtigen Schlussfolgerungen. Insbesondere sind folgende Fragen zu prüfen: Funktionieren im Rahmen der bestehenden Gesetze die institutionellen Vorkehrungen in den Unternehmen tatsächlich hinreichend gut? Reichen die institutionellen Vorkehrungen? Da ist sicherlich die Wirtschaft gefordert. Aber vieles spricht schon jetzt dafür, dass es nicht genügt, auf die Selbstheilungskräfte und die freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft zu setzen. Sollte es sich zeigen, dass zusätzliche Vorkehrungen benötigt werden, müssen diese geschaffen werden. Die Bürger, also wir alle, müssen sicher sein, dass die Gesetze eingehalten werden. Das muss der Staat garantieren.

(Udo Pastörs, NPD: Kann er nicht.)

Der Staat muss in der Lage sein, das Recht auch durchzusetzen. Die Kontrollichte muss erhöht und ein Missbrauch frühzeitig aufgedeckt werden. Wir brauchen ein effizientes System, das bei Rechtsverstößen abschreckende Wirkung entfaltet. Denkbar wäre es, den Bußgeldrahmen für die Ahndung von Datenschutzverstößen zu erhöhen.

Ferner muss diskutiert werden, was der betriebliche Datenschutz kann und darf. Offensichtlich ist das eine bisher relativ schwach ausgebildete Institution – wir haben es an anderer Stelle auch schon gehört – und insoweit eine durchaus inhaltliche Übereinstimmung mit der Ziffer 2 Ihres Antrages. Was mich und uns allerdings stört, ist diese pauschale Behauptung, dass Sicherheitsgesetze den Missbrauch fördern beziehungsweise gerade dazu einladen sollen. Diese Behauptung ist unserer Meinung nach haltlos. Es ist auch nicht nachvollziehbar, was das mit den Folgen bei der Deutschen Telekom AG zu tun haben soll.

Gesetzliche Befugnisse für die Sicherheitsbehörden sind an enge Tatbestandsvoraussetzungen geknüpft und unterliegen dem Richtervorbehalt. Bei Sicherheitsgesetzen geht es darum, dass man solche Daten nur dann in Anspruch nehmen kann, wenn ein Verdacht auf eine strafbare Handlung oder auf eine terroristische Aktivität vorhanden ist. Verkehrs- und Geschäftsdaten, die die Telekom zum Beispiel für ihre Geschäfte benötigt, sind nicht gleichzusetzen mit den Daten, die wir für die Kriminalitätsbekämpfung und die Verhinderung von Terrorismus brauchen.

Das Fazit meiner kurzen Ausführung ist allerdings: Die Schwachstelle beim Datenschutz ist ganz offensichtlich die Wirtschaft und nicht der Staat.

Die ziffernweise Abstimmung über diesen Antrag hatte ich bereits beantragt.

Ich möchte Ihnen vielleicht zum Abschluss noch ein Zitat vortragen. Der Herr gerät nicht in den Verdacht, Sozialdemokrat zu sein, er ist nämlich ein Liberaler, und zwar Gerhard Baum. Er hat einmal anlässlich der aktuellen Diskussion um die Onlinedurchsuchung des Staates Folgendes gesagt: „Es gibt Situationen, wo der Staat nicht wissen darf, was ihm möglicherweise helfen würde.“ Ich glaube, das charakterisiert die Breitbandigkeit dieses Themas, die Schwierigkeit dieses Themas und den Widerspruch zwischen berechtigten Sicherheitsinteressen und dem notwendigen Schutz der Persönlichkeitsrechte. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Dankert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs von der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Telekom, einst als Staatsbetrieb Volkseigentum, ist im Kapitalismus angekommen. Das kann man nicht nur an den Skandalen der vergangenen Jahre beispielsweise im Zuge des Börsengangs unter Aaron Sommer ablesen. Als weltweit agierender Konzern im Bereich der Telekommunikation sitzt die Telekom auch an der Quelle höchst interessanter Daten.

Erhoben werden diese Daten nicht aus Langeweile, sondern weil Sie, meine Damen und Herren, im Schulterchluss mit Ihren Parteioberebenen auf Bundesebene höchst zweifelhafte Gesetze und Verordnungen zur Überwachung der eigenen Bevölkerung erlassen haben. Dass die Telekom schon vor dem Inkrafttreten der BAW-Stasiüberwachungsgesetze ihre eigenen Mitarbeiter, vermeintliche Eindringlinge in die Rechnersysteme des Konzerns, sogenannte Hacker, und Journalisten bespitzelte, ist gängige Praxis in dieser BRD-Demokratie, ebenso wie sie es in der DDR war. Überwachungskameras fin-

den wir heute fast auf allen öffentlichen Plätzen in größeren Städten. Und das ist zur Kriminalitätsaufklärung an Brennpunkten sicher sinnvoll.

Wo der Spaß aufhört, ist, wenn Unternehmen und Behörden rechtswidrig ihre Angestellten, Lieferanten oder Kunden regelrecht gläsern machen. Es ist zu befürchten, dass die jüngst bekannt gewordenen Bespitzelungen in Großbetrieben wie Telekom, Lidl und anderen Unternehmen nur die Spitze eines Eisbergs darstellen. Schon ist angedacht, die Reisepässe der Menschen mit einem Chip zu versehen, von dem sich die persönlichen Daten spielend leicht auslesen lassen. Wir brauchen aber gar nicht auf die Bundesebene zu schwenken, denn die Kennzeichenüberwachung und die Ausweitung des Polizeigesetzes haben Sie hier in diesem Parlament beschlossen. Und dem Innenminister geht das noch nicht weit genug. Der aus seinen NPD-Verbotsträumen Erwachte unterstützt nun vorbehaltlos die Forderungen nach Totalüberwachung unserer Menschen, die sein CDU-Parteifreund Schäuble bekanntlich möglichst schnell durchsetzen will. Der große Bruder à la George Orwell lässt grüßen!

Die NPD begrüßt den Antrag. Wir sind jedoch der Meinung, dass Sie, meine Herrschaften der Linksfraktion, den Bock zum Gärtner machen, indem Sie diesen Antrag vorlegen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so, ja?!)

Während Sie hier wieder einmal die Meinungs- und Pressefreiheit zu schützen vorgeben, würden Sie doch gerne, Professor Methling und Genossen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Die Rede hätte ich auch schreiben können.
Ich wusste ja schon, was da kommt.)

am liebsten jedem Nationaldemokraten eine Überwachungskamera nebst entsprechender Wanze in alle Zimmer installieren lassen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
So wichtig sind Sie auch nicht. –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Ja, ja, Herr Koplin, alias „IM Martin“, in diesen Dingen kennt sich die ganze LINKE bestens aus. Nein, aber nicht nur die LINKEN heucheln hier. Laut „Süddeutsche Zeitung“ vom 28. Juni 2008 will der CDU-Bundesinnenminister jedem Bürger des Landes bei der Geburt eine persönliche Identifikationsnummer zuteilen.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

In einem Zentralrechner sind dann sozusagen von der Wiege bis zur Bahre alle Informationen für den Staat zusammengefasst.

(Raimund Borrmann, NPD: Bis zur Verbrennung.)

Dass die Verbindungsdaten aller Bürger im Fernmeldewesen ohne Verdacht schon gespeichert sind und dass dies in der Bevölkerung nicht zum Aufschrei führt, ist ein Zeichen von Resignation und Schwäche gegenüber einem Überwachungsstaat, der auf Pantoffeln daherschleicht, meine Damen und Herren.

Aus Zeitgründen bleibt mir nur noch zu erwähnen, dass mir, als ich den Antrag der LINKEN las – ich komme zum Ende – die Worte einfielen: Tyrannen sind in unseren Tagen die gefährlichsten Freiheitsprediger.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wir haben uns zu unserer Vergangenheit bekannt. –
Udo Pastörs, NPD: Und damit haben Sie sich eingewaschen, glauben Sie?! – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Ringguth von der CDU. Verzeihung, es ist Herr Lietz von der CDU.

Matthias Lietz, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich damit beginnen, dass meine Vorredner schon alles gesagt hätten zu diesem Thema. Aber erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, dass ich Sie noch einmal zurückbringe auf die Ausführungen sowohl von Ihnen, Frau Borchardt, als auch von Ihnen, Herr Dankert und Herr Leonhard, die sehr ausführlich zum Thema und zur Sache gesprochen haben, nämlich zum Antrag der LINKEN, der sich mit dem Telekom-Abhörskandal in erster Instanz beschäftigt.

Meine Damen und Herren, der Artikel 10 des Grundgesetzes schützt das Fernmeldegeheimnis. Ich möchte Ihnen sagen, dass nicht nur ich, sondern auch die Mitglieder meiner Fraktion klar und deutlich die Macheschaften, sollten sie sich bewahrheiten, auf das Schärfste verurteilen. Niemand hat das Recht, seine Mitarbeiter, auch nicht leitende Angestellte abzuhören. Schon gar nicht darf in die Pressefreiheit eingegriffen werden. Die Vorwürfe gegen die Deutsche Telekom müssen von den zuständigen Behörden schnell und gründlich aufgeklärt werden. Darüber hat Herr Minister Caffier ausführlich berichtet.

Meine Damen und Herren, genau aber diese Aufklärung ist jetzt abzuwarten. Vorschnelle Forderungen nach einer Verschärfung der Datenschutzgesetze sind zurzeit völlig fehl am Platz. Wenn sich diese Vorwürfe bewahrheiten, verstoßen die Verantwortlichen mit ihrem Verhalten bereits heute gegen geltendes Recht.

(Udo Pastörs, NPD: Das stört die wenig, wie man sieht.)

Gesetzesänderungen kommen erst dann in Betracht, wenn sich die geltenden Vorschriften als nicht ausreichend erweisen und dem Gesetzgeber keine geeigneten Mittel zur Verfügung stehen, um künftigen Missbrauch zu verhindern. Das geht aber erst, meine Damen und Herren, wenn zweifelsfrei erwiesen ist, dass diese Verstöße zutreffen und vor allen Dingen Gesetzeslücken bestanden haben.

Am 1. Januar dieses Jahres, meine Damen und Herren, trat das Gesetz zur Neuordnung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG in Kraft. Darin werden Telekommunikationsmitarbeiter und vor allem die Anbieter verpflichtet, Verkehrsdaten ihrer Kunden, Standortdaten und eindeutige Geräteidentifikationen für mindestens sechs und maximal sieben Monate zu speichern, damit Polizei und Nachrichtendienste darauf zugreifen können. Das Bundesverfassungsgericht wird über die Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung voraussichtlich im nächsten Jahr entscheiden. Bis dahin sollte man sich einer rechtlichen Bewertung enthalten.

Was die Onlinedurchsuchung betrifft, ist meine Meinung klar: Der Gesetzentwurf der Bundesregierung war überfällig, denn der internationale Terrorismus macht nicht an

unseren Ländergrenzen halt. Und wenn man zum Beispiel befürchten muss, dass Anschläge in München geplant, in Stuttgart vorbereitet und vielleicht in Hamburg ausgeführt werden sollen, reichen die Kompetenzen der Länderpolizeien zu unserem Schutz nicht mehr aus. Wenn sich Terroristen zunehmend der Anonymität des Internets bedienen, darf unsere Polizei nicht bei der Überwachung des Briefverkehrs stehen bleiben. Deswegen soll das Bundeskriminalamt unter strengen rechtsstaatlichen Voraussetzungen und grundsätzlich nur auf richterliche Anordnung zur Abwehr dieser Gefahren auf informationstechnische Systeme zurückgreifen können.

Wie bei der akustischen Wohnraumüberwachung wird der Normalbürger nicht von der Onlinedurchsuchung betroffen sein. Ich erinnere daran, 2005 gab es sechs, 2006 zwei akustische Wohnraumüberwachungen,

(Michael Andrejewski, NPD: Soweit wir wissen. Soweit wir wissen.)

und das bei 46 Millionen Haushalten. Wer vor diesem Hintergrund von einem drohenden Überwachungsstaat spricht, der erkennt, dass die Gefahr von zu allem entschlossenen Terroristen ausgeht und nicht von rechtsstaatlich abgesicherten Maßnahmen, die einen lückenlosen Schutz der Grundrechte gewährleisten.

Meine Damen und Herren, ich beantrage für meine Fraktion, wie bereits auch von den Koalitionspartnern genannt, die getrennte Abstimmung der Antragspunkte. Sollten Sie, meine Damen und Herren von der LINKEN, diesem Antrag nicht zustimmen, werden wir den Antrag in Gänze ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Lietz.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann also festhalten, dass die Regierungskoalition den Punkt 1 unseres Antrages zustimmen, den Punkt 2 hingegen ablehnen. Ich möchte hier mitteilen, dass wir einer getrennten Abstimmung zustimmen, aber eine Überweisung in den Ausschuss ablehnen.

(Udo Pastörs, NPD: Windelweich.)

Ich will noch drei Sätze sagen. Ich möchte deutlich machen, dass ich froh darüber bin, dass sowohl Herr Dankert als auch Herr Lietz noch einmal darauf aufmerksam gemacht haben, dass hier eine Rechtsverletzung und kein Kavaliersdelikt vorliegt. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig, auch aus diesem Hause diese Botschaft zu überbringen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

denn wir können nicht auf der einen Seite hinter allen Rechtsverletzungen, hinter allen kleinen Rechtsverletzungen sozusagen Rechtsstaatlichkeit beziehungsweise ein Maß an Rechtsstaatlichkeit anlegen und in diesem Fall so lasch darüber hinweggehen. Ich sage es auch ganz deutlich an die Adresse des Innenministers, denn diese Deutlichkeit habe ich leider in Ihrer Rede vermisst.

(Egbert Liskow, CDU: Wir haben sie gehört.)

Ich möchte ...

Ja, Sie hören ja immer alles. Sie hören auch manchmal das Gras wachsen, wo gar keines wächst.

Zweitens will ich sagen, die Selbstverpflichtung der Wirtschaft scheint eben nicht hinzuhauen. Das mag unterschiedliche Ursachen haben. Von mir aus kann man deutlich ...

(Minister Lorenz Caffier: Das müssen Sie Herrn Neumann erzählen und nicht mir.)

Es geht ja nicht nur darum, dass Herr Neumann hier in irgendeiner Weise in Kritik geraten ist. Das ist doch gar nicht die Frage.

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Sie regen auf Bundesebene an, dass es eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft geben soll und geben muss. Die Frage ist doch folgende: Wie hat denn der Staat in der letzten Zeit die gesetzlich verankerte Pflicht auch weiterhin kontrolliert? Da gibt es scheinbar allein bei der Kontrollpflicht schon ganz große Lücken. Darüber muss man doch nachdenken, auch zum Beispiel im Zusammenhang mit der Ausstattung der Datenschutzbeauftragten mit Personal.

(Heiterkeit bei Minister Lorenz Caffier)

Ich habe nicht darüber geredet, hier im Land, Herr Caffier. Ich weiß nicht, warum Sie darüber lachen. Wenn man mehr kontrolliert, wenn man gesetzlich mehr Rechte festlegt, dann muss man dafür Sorge tragen, dass der Staat in die Lage versetzt wird, hier auch Kontrollmaßnahmen durchzuführen. Ich gehe davon aus, dass es auf Bundesebene scheinbar Differenzen in Bezug auf die Personalausstattung gibt.

Als Letztes möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir ja den Bericht des Datenschutzbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern in den nächsten Wochen überwiesen bekommen werden. Ich bin jetzt schon darauf gespannt, wie wir uns hier im Parlament mit diesem Bericht zur Frage der Stärkung des Datenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere hier im Land Mecklenburg-Vorpommern auseinandersetzen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Borchardt.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1528 zur Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktionen der FDP und NPD sowie Ablehnung der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1528. Während der Debatte ist beantragt worden, über die einzelnen Ziffern des Antrages gesondert abzustimmen.

Wer der Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1528 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1528 bei Zustim-

mung der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und NPD zugestimmt worden.

Wer der Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1528 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1528 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und NPD, Ablehnung der Fraktionen der SPD und CDU sowie Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Kulturelle Infrastruktur und demografischer Wandel, auf Drucksache 5/1573.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Kulturelle Infrastruktur und
demografischer Wandel
– Drucksache 5/1573 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass die Landesregierung den Abgeordneten eine Unterrichtung vorlegt, aus der hervorgeht, wie die kulturelle Infrastruktur und die kulturellen Angebote unter den Bedingungen des demografischen Wandels entwickelt werden können.

Eine ernsthafte Behandlung unseres Ansinnens bedarf aus meiner Sicht dreier Voraussetzungen:

Erstens. Man muss Landespolitik für die Entwicklung von Kunst und Kultur als mit verantwortlich ansehen.

Zweitens. Man muss landespolitisch gestalten wollen.

Und drittens. Man muss strategisch und in Zusammenhängen denken wollen.

Umgekehrt: Wer sagt, für so etwas sind wir nicht verantwortlich, wer sagt, wir gestalten nicht, sondern reagieren auf Entwicklungen, wer sagt, wir bleiben in Ressortzuständigkeiten, der kann selbstverständlich mit unserem Antrag nichts anfangen.

In Kulturvereinen, sehr geehrte Damen und Herren, und unter anderen Engagierten in der Kulturpraxis werden Fragen des demografischen Wandels schon seit Langem diskutiert. Ich erinnere mich an einen anderen Tagesordnungspunkt heute, das war, glaube ich, zur Gesundheitswirtschaft und zum Gesundheitswesen, also der vorvorletzte Antrag, der hier Behandlung gefunden hat. Mehrere Rednerinnen und Redner haben auf die Thematik des demografischen Wandels Bezug genommen. Diese Phänomene des demografischen Wandels

(Udo Pastörs, NPD: Das ist kein
Phänomen. Das ist ein Ergebnis
einer politischen Rahmensetzung.)

spielen natürlich nicht nur in der Wirtschaft eine Rolle, nicht nur in der Frage der Bildung, sondern selbstverständlich auch in der Frage der Kultur. Insofern ist die kulturpolitische Ebene selbstverständlich angesprochen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Schlussbericht der Enquetekommission des Bundestages „Kultur in Deutschland“ stellt fest, dass es bisher erst wenig Befassung mit der Frage gebe – ich darf daraus kurz zitieren –,

„welche Auswirkungen der demografische Wandel auf die Kulturlandschaften und die Kulturproduktion haben wird und wie Kulturpolitik darauf reagieren sollte“, ist bislang unterbelichtet.

Die Fraktion DIE LINKE, sehr geehrte Damen und Herren, ist der Auffassung, dass für die Kulturpolitik in unserem Land Handlungsbedarf herangereift ist. Hier stimmen wir der Enquetekommission zu, die den Ländern und Kommunen „empfiehlt“ – ich zitiere –, „die kulturelle Leerstelle innerhalb der Demografiedebatte zu füllen und sich mit den kulturellen Auswirkungen des demografischen Wandels auseinanderzusetzen“.

Uns allen dürfte bewusst sein, dass sich die Folgen des demografischen Wandels auch in Mecklenburg-Vorpommern nach 1990 schneller und dramatischer vollziehen als noch vor Jahren angenommen. Ihnen werden die Zahlen unser Bundesland betreffend bekannt sein, insofern nur zwei Einzelbeispiele. Ich schaue Herrn Dankert an. Rostock hat Ende 1990 noch 248.000 Einwohner gehabt und es wird davon ausgegangen, dass es 2010 nur noch 192.000 Einwohner sein werden, so zumindest die Experten. Wir wollen nicht herumspekulieren, aber es ist doch deutlich, dass es deutlich weniger Einwohnerinnen und Einwohner gibt.

(Reinhard Dankert, SPD:
Experten kriegen keine Kinder. –
Zuruf von Minister Henry Tesch)

Auch im Landkreis Uecker-Randow hat von 1990 bis 2006 die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner – sogar um 20 Prozent – abgenommen.

Uns als Landespolitikerinnen und Landespolitiker fällt die Verantwortung zu, auch zukünftig schrumpfende oder alternde Regionen und Gemeinden in ihrer Lebensqualität zu erhalten und Lösungen zu finden, die von jenen getragen werden, die in diesen Regionen trotz eines vorhandenen oder weiterhin zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs leben.

Zu den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung oder Wirtschaft, die bereits heftig diskutiert werden – ich bezog mich bereits darauf –, muss unbedingt der Kulturbereich treten. Konkret geht es uns mit unserem Antrag um die Entwicklung der kulturellen Infrastruktur, also die Sicherung der Rahmenbedingungen für die Museen, Bibliotheken, die Theater,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Oh, oh! Falsches Stichwort.)

Orchester, Musikschulen, die Kinos und Kulturhäuser, die Festivals und Spektakel, die regionalen Akteurinnen und Akteure und die Ausstellungen, die es gibt, ob in Galerien oder an anderer Stelle, die Tierparks und Zoos, die Kinder- und Jugendklubs, die bildende Kunst, die schreibende Zunft, die Bildungseinrichtungen, die Schlösser, Guts- und Herrenhäuser, die Freie Szene und die Neuen Medien, des Denkmalschutzes, die Archäologie, die Musikpflege und Archive, die Kinder- und Jugendkunstschulen ... und jetzt breche ich einmal die ganze Aufzählung ab, sie würde noch länger ausfallen. Aber es macht deutlich, welche Vielfalt wir im Land haben, die es zu bewahren und zu sichern gilt und die auch weiterentwickelt werden müsste.

Der demografische Wandel, also die Fragen der Bevölkerungsstrukturen, Bevölkerungsbewegungen, -entwicklungen und -verteilung, wird häufig auch so im Enquetebericht umschrieben mit einer Kurzformel „älter, bunter,

weniger“. Diese drei Trends – Alterung der Gesellschaft, die externe und interne Migration sowie die sinkende Bevölkerungszahl – führen zu veränderten Rahmenbedingungen für die Produktion und Konsumption von Kunst und Kultur. Das wiederum hat Auswirkungen auf Entscheidungen von Kultureinrichtungen, Kulturpolitik und Kulturförderinnen und -förderer, insbesondere aber auch auf die strategische Ausrichtung der kulturellen Infrastruktur. Betonen will ich, dass es sich beim Kulturbereich nicht um einen klassischen Markt handelt, auf dem bei demografisch bedingten Überkapazitäten „Marktbereinigungen“ stattfinden und Einrichtungen eben mal so geschlossen werden, wenn sie sich finanziell nicht mehr tragen können.

Wesentlich für die Fraktion DIE LINKE – und ich bin überzeugt, nicht nur für sie – ist die Teilhabe aller Generationen am gesellschaftlichen Leben und die Verständigung über die Generationengrenzen hinweg. Die Fähigkeit und die Fertigkeit, sich mittels Kunst und Kultur auszudrücken, sind für den Menschen konstitutiv. Ohne Kunst und Kultur verarmen die Menschen, da ihnen eine wesentliche Möglichkeit ihres persönlichen Ausdrucks fehlt. Der Bestand einer Demokratie ist ohne Kultur nicht denkbar.

Mit der Veränderung der Altersstruktur wandeln sich auch kulturelle Interessen und Bedürfnisse. Jüngere Menschen und insbesondere Migrantinnen und Migranten könnten es in Zukunft immer schwerer haben, ihre kulturellen Interessen und Bedürfnisse durchzusetzen. Kommunale Sparbeschlüsse, vor allem zulasten der freien künstlerischen Szenen, sind erste Belege dafür. Hinzu kommen zunehmend sozialräumliche Polarisierungstendenzen, also eine soziale Spaltung und Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen. In Bezug auf die soziale Integration, auch insbesondere von Migrantinnen und Migranten, die besonders von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, kommt gerade der Kultur eine Schlüsselrolle zu.

Wie bei den Jüngeren ist bei der alternden Generation eine differenzierte Betrachtung erforderlich, denn sie haben im Zuge der gesellschaftlichen Pluralisierung individuelle Werte und Interessen entwickelt, die im Alter nicht revidiert werden. Sie haben sehr vielfältige kulturelle Interessen und Bedürfnisse. Die gestiegene Mobilität hat zudem den Aktionsraum von Kulturinteressierten deutlich erweitert. Solche dynamischen Variablen sind ebenso zu berücksichtigen wie der besonders hohe Frauenanteil bei den älteren KulturnutzerInnen, wohingegen es im ländlichen Raum, besonders in Vorpommern, zu einem besonders hohen Anteil junger Männer kommt.

Unbedingt in Analyse und Handlungsempfehlungen einzubeziehen ist der regional unterschiedlich hohe Anteil von Migrantinnen und Migranten. Die Integrationsaufgabe, vor der die Gesellschaft steht, ist auch kulturell zu bewältigen. Nicht übersehen werden darf die dahinter stehende kulturelle Vielfalt, denn sie reicht von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern über EU-Bürgerinnen und EU-Bürger bis hin zu Asylsuchenden.

Sehr geehrte Damen und Herren, anders als Einrichtungen der sogenannten Hochkultur haben sogenannte kulturelle Breitenangebote räumlich sehr begrenzte Einzugsbereiche. Diese erstrecken sich beispielsweise bei Stadtbibliotheken oder einigen Musikschulen auf das Stadtgebiet, bei einer Jugendeinrichtung womöglich auf eine Kleinstadt oder den Stadtteil. Ein quantitativer Rückgang von Bevölkerung im direkten Umfeld hat insofern

Konsequenzen für die Auslastung solcher Einrichtungen, wenn diese nicht entweder ihren Einzugsbereich erweitern oder mehr Bevölkerung im Einzugsbereich mobilisieren können. Daraus und aus weiteren ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das Kabinett ist ganz schön zusammengeschumpft.)

Der zuständige Minister ist aber da, das ist insofern an der Stelle ein gutes Zeichen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ich bin ja gespannt, ob das bei den nächsten Punkten auch so ist.)

Daraus und aus weiteren Faktoren ergeben sich zwangsläufig Konsequenzen für die kulturelle Infrastruktur. Werden selbst Events noch ausreichend Zuschauerzahlen erreichen? Wie werden sich Engagementstrukturen vieler kultureller Einrichtungen entwickeln? Auch die Frage der Erreichbarkeit von Einrichtungen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Auslastung. Also sind zum Beispiel Fragen der Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr und/oder eines ausreichenden Angebots von Parkplätzen berührt.

Sie merken, es ist eine ganze Vielfalt an Dingen zu betrachten, die hier eine Rolle spielen. Sie haben sich seinerzeit dagegen ausgesprochen, eine ganzheitliche Kulturentwicklungskonzeption auf den Weg zu bringen. Es gibt aber Dinge, um die wir uns beim besten Willen nicht herumogeln können und dürfen, weil sie objektive Tatsachen darstellen, und eine solche ist die demografische Entwicklung. Wenn wir die Kultur in unserem Land, die Kultur- und Kunsteinrichtungen in unserem Land sichern und unterhalten wollen, wenn wir mit Augenmaß und sehr viel Vernunft an die Planung herangehen wollen und gemeinschaftlich um gute Lösungen streiten wollen, dann müssen wir uns mit diesen Fragen beschäftigen.

Insofern werbe ich für die Zustimmung zu unserem Antrag und bitte Sie, sich entsprechend zu verhalten, auch wenn Sie an dieser oder jener Stelle Bedenken haben mögen. Es ist nicht zu unserem Schaden, vor allen Dingen ist es zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Koplin.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten der Minister, Bildungsminister sage ich kurz, Herr Tesch. Herr Tesch, Sie haben das Wort.

Minister Henry Tesch: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Älter, bunter, weniger“ – mit dieser Formel werden die Auswirkungen des demografischen Wandels deutschlandweit – deutschlandweit! – umschrieben. So einfach dieses „älter, bunter, weniger“ klingen mag, die Entwicklungen, die sich hinter dieser Aussage verbergen, also die Alterung der Gesellschaft,

(Udo Pastörs, NPD: Überalterung.)

die externe und interne Migration sowie die schrumpfende Bevölkerungszahl haben vor allem wirtschaftliche und soziale Konsequenzen für unsere Gesellschaft.

Auch Mecklenburg-Vorpommern steht vor gewaltigen Herausforderungen. Im letzten Jahr legte die Landesregierung den Bericht zur demografischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis 2020 vor. Nach den Ergebnissen dieser dritten Landesprognose wird die Einwohnerzahl in Mecklenburg-Vorpommern bis 2020 weiter abnehmen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Bezogen auf den 31. Dezember 2002 ist von einem Rückgang bis zum Jahr 2020 um circa 238.000 Einwohner auf dann rund 1,51 Millionen Einwohner auszugehen. Wenige Geburten, eine deutlich steigende Lebenserwartung und die selektive Abwanderung vor allem junger Menschen führen dazu, dass sich die Altersstruktur deutlich weiter zuungunsten der jungen Bevölkerung entwickelt. Wir werden also weniger und älter. Was bedeutet das für unsere Kulturinstitutionen?

Die Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung im Bereich der Kulturpolitik und Kulturförderung bewusst. Aber nicht nur die Politik ist hier gefordert. Notwendig ist eine differenzierte Analyse der jeweiligen Ausgangssituation, auf deren Grundlage die Akteure, in diesem Fall also Kulturschaffende, Kulturpolitiker und Kulturförderer ihr Handeln langfristig ausrichten. Deshalb ist die Landesregierung mit allen ständig im Gespräch, denn wir wissen, zur Entwicklung der kulturellen Landschaft vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen ist keine allgemeingültige Aussage möglich. Es gibt keinen Königsweg, weder in der Gestaltung des demografischen Wandels noch in der Kulturplanung. Kultur ist nicht planbar, das ist verfassungsrechtlich festgelegt und politisch erwünscht. Schließlich nimmt die Kultur Strömungen der Gesellschaft auf und setzt sie in anderer Form wieder um. Von dieser Funktion als Seismograf lebt unsere freiheitliche Gesellschaft. Deswegen werden wir weiter auf den Dialog mit allen Beteiligten setzen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Dazu dienen die jährlichen Kulturkonferenzen, die Sponsorentreffen, vor allem aber die unzähligen Gespräche und Verhandlungen mit den Kultureinrichtungen im Lande sowie die Gespräche im Kulturbeirat. Gemeinsam mit den Kultureinrichtungen, den Kommunen, dem Bund und den Sponsoren wird es gelingen, dass wir das breite Kulturprogramm, das wir heute erleben, auch in Zukunft finanzieren können.

Folgende sechs Punkte sind aus meiner Sicht dringend in der mittel- und langfristigen Planung zu berücksichtigen.

Erstens: die Kulturfinanzierung

Die demografische Entwicklung erhöht den bestehenden finanziellen Druck auf den kulturellen Sektor indirekt durch einen Rückgang beim relativen Steueraufkommen der öffentlichen Hand, direkt durch geringe Einnahmen infolge sinkender Besucherzahlen, obwohl vieles durch attraktive Angebote und wachsende Touristenzahlen ausgeglichen werden kann. Für Mecklenburg-Vorpommern gilt, ich will es noch einmal ganz deutlich sagen, trotz einer sinkenden Bevölkerungszahl haben wir die Kulturausgaben nicht gesenkt und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ich füge hinzu, wenn wir an der einen oder anderen Stelle davon sprechen, dass die Rendite dableiben soll oder drinbleiben soll, dann noch einmal, wir haben eine rückgehende Bevölkerungszahl und senken trotzdem die Kulturausgaben an dieser Stelle nicht. Das heißt im Grunde genommen, die Rendite bleibt erhalten.

Punkt 2: strategisches Handeln

Die Planung und Umsetzung von Maßnahmen setzt ein strategisches Handeln voraus. Wichtig ist, dass die Prioritätensetzung frühzeitig geklärt wird. Beispiele hierfür sind in Mecklenburg-Vorpommern das Theater- und Orchesterkonzept und das Konzept für die Musikschulen und die Jugendkunstschulen. Besondere Berücksichtigung müssen die kulturellen Leuchttürme im Land finden,

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

das Deutsche Meeresmuseum in Stralsund, die Ernst-Barlach-Museen in Güstrow, das Staatliche Museum Schwerin, Kunstsammlungen, Schlösser und Gärten, das Heinrich-Schliemann-Museum in Ankershagen, das Otto-Lilienthal-Museum in Anklam, das Pommersche Landesmuseum in Greifswald und das Hans-Fallada-Haus in Carwitz.

Punkt 3: die Kooperationen stärken

Wir wollen kooperative Ansätze stärken. Gute Beispiele für den Erfolg sind die Vernetzung der Klosterstätten im Rahmen der Initiative „Wege zur Backsteingotik“ und die Vernetzung der Literaturhäuser.

Punkt 4: die Grundversorgung sichern

Auch in Zukunft muss die kulturelle Grundversorgung gesichert bleiben. Hierzu dient zum Beispiel die bereits erwähnte Theater- und Orchesterkonzeption. Für wichtig halte ich hier auch Initiativen der Soziokultur, die wir alle kennen und die in der Fläche wirken.

Punkt 5: kulturelle Bildungsangebote für alle

Auch die Veränderung der Altersstruktur der Gesellschaft erfordert eine Anpassung der Bildungsangebote. Kulturelle Bildungsangebote für Jüngere und Ältere sind weiterzuentwickeln. Dabei sollen eigene und gemeinsame Bildungsbedürfnisse von Älteren und Jüngeren Berücksichtigung finden.

Punkt 6: ehrenamtliches Engagement ausbauen

Die Ressourcen des zivilgesellschaftlichen Engagements müssen besser genutzt und ausgebaut werden. Gerade im kulturellen Bereich ist vieles nur dank des ehrenamtlichen Engagements möglich. Denken Sie nur einmal an die circa 150 Fördervereine für Kirchen im Lande. Gerade unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger können hier ihre vielfältigen Erfahrungen einbringen.

Ich fasse zusammen: Die Landesregierung befasst sich seit geraumer Zeit mit dem demografischen Wandel und wird dies auch weiterhin tun. Die Fragen im Zusammenhang mit den demografischen Entwicklungen sind seit einiger Zeit integraler Bestandteil der Kulturpolitik des Landes. Insoweit ist es nicht notwendig, einen gesonderten Bericht abzufassen, sondern das Thema wird im Rahmen der Kulturpolitik der Landesregierung behandelt. Das geschieht beispielsweise nach der Sommerpause im Oktober, wo auf der Landeskulturkonferenz die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels zur Sprache kommen werden. Das ist doch auch die Einladung, daran mitzuwirken. Wir wissen

aber auch, bei allem Wandel und Neuem in der Kultur ist Kontinuität ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Darauf können sich unsere Partner aus der Kultur auch weiterhin verlassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Kreher von der Fraktion der FDP. Bitte, Herr Abgeordneter.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Koplin, ich hatte meiner Fraktion zunächst den Rat gegeben, Ihrem Antrag zuzustimmen. Als ich jetzt aber Ihre Einbringungsrede gehört habe, ist mir sehr deutlich geworden, dass es Ihnen doch um etwas geht, was wir nicht unterstützen können.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das kann ich nicht glauben.)

Zunächst mal, wenn es geht um Entwicklung der kulturellen Infrastruktur – jawohl, das ist zu überlegen, wie aufgrund sich ständig verändernder Bedingungen die kulturelle Infrastruktur angepasst wird. Diesem Gedanken – und das war der Grund, weshalb ich zunächst meiner Fraktion den Vorschlag gemacht hatte, dem zuzustimmen – können wir zustimmen. Jawohl, die Infrastruktur für die Kultur ist etwas, wofür wir uns alle in den Kommunen, aber auch vom Land aus verantwortlich fühlen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Aber schon im zweiten Teil, kulturelle Angebote – wenn wir das, und da stimme ich dem Minister zu, zu planwirtschaftlich angehen und das, was Sie da vorhin alles aufgezählt haben ...

(Zurufe von Angelika Gramkow, DIE LINKE,
und Torsten Koplin, DIE LINKE)

Ja, ja, ja, ja, das war klasse. Aber jetzt überlegen Sie einmal, was Sie nur alles aufgezählt haben. Wie lang soll der Bericht werden?

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Der
Herr Minister hat dazu sechs Punkte gesagt. –
Zuruf von Michael Rooff, FDP)

Wie binden wir da das Ministerium, die Mitarbeiter, die wir im Bereich Kultur haben?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Die
sind klug, die kriegen das schon hin.)

Ja, ja, die sind klug. Ich streite darüber nicht. Aber wir wollen doch, dass wir wirklich in den einzelnen Bereichen vorankommen. Wenn Sie das aufgezählt haben, dann haben Sie ja sogar eine ganze Menge noch vergessen, was zu diesem ganzen Bereich gehört,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das glauben Sie
auch nur, dass wir das vergessen haben. –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

zum Beispiel das, was wir auch gesagt haben: Zur kulturellen Infrastruktur gehört natürlich auch dieser ganze Bereich, der wichtig ist für die Kulturentwicklung unserer Hochschulen, also zum Beispiel Caspar-David-Friedrich-

Institut. Wie soll es da weitergehen? Das ist ganz wichtig. Wie ist das in all den anderen Bereichen miteinander verflochten und verwoben? Das kriegen Sie in einem solchen Bericht nicht hin, deshalb mein Vorschlag: Wir wenden uns weiterhin einzelnen Dingen zu, wie wir es jetzt mit der Theaterlandschaft hoffentlich machen. Bisher habe ich nur Gerüchte und Zeitungsberichte gehört.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das lohnt sich auch nicht, Herr Kreher!)

Ja, das werden wir ja in der nächsten Ausschusssitzung hören, aber dann gehen wir eben in diesen Punkten vor. Da werden wir uns vieles mit vornehmen müssen, auch zum Beispiel die Kulturwirtschaft oder Kreativwirtschaft. Da hat uns dankenswerterweise der Minister etwas zur Verfügung gestellt, eine Rede, die er bei der Kultusministerkonferenz gehalten hat. Damit müssen wir uns auf jeden Fall auch noch befassen. Und damit, Herr Koplin, wird das klar, was wir immer sagen, das ist nicht nur so ein Sahnehäubchen, die Kultur, sondern hier geht es bis in die Kulturwirtschaft, Kreativwirtschaft hinein. Das muss man alles dann im Zusammenhang sehen. Aber das jetzt in einem Bericht? Bei allem Verständnis für Ihr ganzheitliches Denken, das ich vollkommen nachempfinden kann, ich mache auch immer den Versuch, das im großen Rahmen zu sehen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das
haben Sie vorher auch dargestellt.)

aber man hat dabei auch die Gefahr, dass man dann zum Schluss die Leute nur beschäftigt, ohne irgendetwas herauszubekommen.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Herr Holter! Herr Holter! Bei der Gesundheitswirtschaft ist sicherlich da der Zusammenhang noch etwas anders.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ach so! Ganz seltener Ansatz. –
Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Aber wenn Sie jetzt nur mal zugehört haben, wie viele einzelne Sparten, von der Bildung angefangen bis zur wirtschaftlichen Seite hin, und wie viele Ministerien das betrifft ...

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Viel zu viele haben wir.)

Ja, leider. Das haben Sie damals aber nicht so gesehen. Sie waren unbedingt für den Bauminister zu haben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das war auch gut so.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie von der Fraktion DIE LINKE stellen hier wieder einmal einen Antrag zur Erarbeitung einer Unterrichtung, einer Konzeption, eines Planes,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

wie sich die weitere Entwicklung der kulturellen Infrastruktur abzeichnet, welche kulturellen Angebote sich für das Land ergeben und welche Aktivitäten die Landesregierung diesbezüglich ableitet.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Besser, als den Koalitionsvertrag abzuschreiben!)

Ich persönlich finde das ziemlich rückwärtsgewandt. Auch Ihr Verständnis von Kultur, das ich daraus ableite, ist rückwärtsgewandt. Ihnen sind sicherlich die Debatten zu den Kulturentwicklungsplanungen und Überlegungen bekannt, ebenso wie deren Ergebnisse, nämlich gar keine.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Herr Vierkant, wir gehen noch beide singen!)

Meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, Ihre Sorge um unsere Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern ehrt Sie trotzdem. Lyonel Feiniger sagte: „Kunst ... ist nicht Luxus, sondern Notwendigkeit.“ Dies ist, wie ich finde, eine allgemeingültige Aussage. Natürlich ist auch für mich Kultur ein Fundament unseres Miteinanders im Gemeinwesen. Kultur schafft Identität und Toleranz, sie fördert Kreativität und regt Fortentwicklungen in der Gesellschaft an.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern besitzt eine vielgestaltige und sehr wertvolle Kulturlandschaft. Dies verdanken wir in allererster Linie den vielen fördernden Bürgern auf der einen Seite und auch der Kulturförderung durch uns, das Land, auf der anderen Seite, und nicht zu vergessen die großen Bemühungen der Kommunen. In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern mit seiner ländlichen Struktur kommt der Kulturförderung im ländlichen Raum eine besondere Bedeutung zu. Dies war so, dies ist so und dies wird auch so bleiben. Durch die Fördertätigkeit von Land und Kommunen wird die Identität der unterschiedlichen Regionen gestärkt. Durch die heimatkulturelle Arbeit, die Niederdeutschpflege, die Landeskulturtage, den jetzt gerade eröffneten Mecklenburg-Vorpommern-Tag, die Pflege der Volkskultur und durch die soziokulturellen Zentren und Initiativen wird ein wichtiger Beitrag für den ländlichen Raum geleistet. Konzeptionell unterstützt die Landesregierung in Abstimmung mit den kommunalen und örtlichen Kultureinrichtungen regionale Initiativen in der Heimatpflege und der Soziokultur.

Meine Damen und Herren, gerade auch die regionalen Landeskulturtage und der MV-Tag machen die Kultur der einzelnen Regionen unseres Landes überregional sichtbar. Diese Initiativen, die vor Ort von den einzelnen Kommunen ergriffen werden, berücksichtigen die gewachsenen Traditionen vor Ort und entwickeln diese auch weiter. Alle Einrichtungen, die am kulturellen Leben einer Region teilhaben, ob nun Volkshochschulen, Museen, soziokulturelle Zentren oder Bibliotheken, werden einbezogen. Der kulturelle Austausch zwischen Landesregierung und den Kommunen findet ständig mit den kommunalen Spitzenverbänden statt. Außerdem ist ein enges Verhältnis zwischen der Landesregierung und den Kommunen entstanden durch die kontinuierliche Tätigkeit des Arbeitskreises der kommunalen Kulturverwaltungen. Alle größeren Konzeptionen, zum Beispiel die der Entwicklung der Kinder- und Jugendkunstschulen und der Musikschulen unseres Landes oder die Kulturanalyse, wurden in Abstimmung mit dem Arbeitskreis der kommunalen Kulturverwaltungen erarbeitet.

Für die Finanzierung kultureller Projekte und die Verbesserung des Angebots im ländlichen Raum sind zunächst Gemeinden und Landkreise verantwortlich. Die Landesregierung wirkt unterstützend, indem weiterhin auf eine ausgewogene Mittelverteilung geachtet und auch kleinere Projekte aus Landesmitteln mitfinanziert werden. Kunst und Kultur lassen sich jedoch nicht auf finanzielle Förderung von Aktivitäten seitens der Landesregierung reduzieren. Das Land unterstützt und fördert, wie ich bereits erwähnt habe, nicht nur finanziell, sondern auch in Form von Fördergrundsätzen. Diese formulieren den Kommunen gegenüber keine planerischen Vorgaben und keine hoheitlichen Kompetenzen im Bereich der Kulturförderung, und es besteht kein Über- beziehungsweise Unterordnungsverhältnis.

Meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, der Bildungsminister wies bereits darauf hin: Das staatlich verordnete Planen der Entwicklung der kulturellen Infrastruktur im Land, so, wie Sie es fordern, entspricht nicht unserem Grundverständnis von Kultur.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das erzählen Sie mal den Theatern. – Torsten Koplin, DIE LINKE:
Wir haben das Wort Planwirtschaft
gar nicht in den Mund genommen. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Kunst und Kultur wachsen von unten. Kunst und Kultur von oben zu lenken und zu steuern, ist nicht unser Ziel. Zentrale Lenkung harmonisiert nicht mit einer freiheitlichen Kunst- und Kulturförderung, so, wie wir sie wollen und verstehen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na ja,
da wollen wir mal sehen beim nächsten Mal.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Vierkant.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

Raimund Borrmann, NPD: Frau Präsidentin! Abgeordnete des Landtages! Warum, so frage ich Sie, stellt DIE LINKE keinen Antrag „Dinosaurier und ihr demografischer Wandel“? – Ganz einfach: weil die Dinosaurier ausgestorben sind.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Also ich glaube wirklich, Sie müssen
zu einer anderen Firma gehen.)

Warum bringt DIE LINKE keinen Antrag ein „Römische Kultur und der demografische Wandel“? – Ganz einfach: weil die Römer in den Orkus der Geschichte gewandelt sind. Sie hatten wohl ein paar Migranten zu viel in ihrem Imperium?

Nein, Bürger des Landes, DIE LINKE stellt einen Antrag, der sich auf den demografischen Wandel in Mecklenburg-Vorpommern bezieht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ach ja!)

Und von was für einem Wandel redet DIE LINKE? Ein Unbedarfter könnte ihn vielleicht mit der heiligen Wandlung in einer katholischen Messe verwechseln.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie sind wohl schon wieder im Kloster, oder wie?)

Aber für Atheisten ist nicht nur Jesus, sondern auch Jahwe schon lange tot. Und genauso versteht DIE LINKE auch den Wandel als demografischen Tod unseres Volkes. Einerseits spricht sie von sinkender Bevölkerungszahl, die Zahl unseres Volkes nimmt ab, andererseits von Migrationsbewegung, die Zahl fremdvölkischer Bewohner nimmt zu. DIE LINKE nennt dies quantitative Veränderungen. Sicher haben unsere Linken in Marxismus-Schulungen gut aufgepasst, denn so wissen sie,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Aber nicht so gut wie Sie. –

Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

denn so wissen sie, dass quantitative Veränderungen ab einem bestimmten Maßpunkt in qualitative umschlagen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Genau so ist es.)

Was, wenn Migrationsbewegungen zu Völkerwanderungen werden? Das geschieht dann, wenn die Migranten nicht mehr bloß als Individuum einem Volk gegenüber treten, sondern als Angehörige einer fremden Volksgruppe in unserem Land dem deutschen Volk gegenüber. Was, wenn diese Migranten Integration ablehnen, wenn sie ihre Identität in einer fremdvölkischen Herkunft sehen, und zwar nicht nur als einzelne, atomisierte Individuen, sondern als eine fremde Volksgruppe in unserem für sie fremden Lande?

(Torsten Koplin, DIE LINKE:

Wir leben alle auf einer Erde.)

Was, wenn sie ihre Weigerung, sich zu assimilieren und zu integrieren, demonstrieren und von ihrem Herkunftsstaat darin bestärkt werden?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Sie haben nur fünf Minuten und noch nichts zum Thema gesagt.)

Recep Tayyip Erdoğan erklärte unlängst in der Kölnarena seinen türkischen Volksgeschwistern, dass Integration Völkermord sei und die Türken in Deutschland bleiben sollten.

Was, wenn eine solche fremdvölkische Gruppe die lokale, regionale oder gar bundesstaatliche Majorität stellt und ihre Interessen als Gegensatz zu den Interessen der demografisch Todgeweihten erklärt, wenn sie bereit ist, für ihre anderen Lebensinteressen zu kämpfen? Denken Sie nur an die Unruhen in Frankreich. Hier treffen wir auf den Kulturbegriff der Linken, der sich von dem unserem fundamental unterscheidet.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Ein Glück.)

DIE LINKE spricht in ihrem Antrag von einer neuen Vielfalt unterschiedlicher Kulturverständnisse.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:

Ja, genau. Der Erfolg braucht Vielfalt. –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Genau.)

Wie sie aber Kultur definiert, schreibt sie nicht. Sie sagt es aber indirekt, indem sie ableitet, aus der neuen Vielfalt – Zitat – resultieren differenzierte Bedürfnisse und Ansprüche „an die Kultur und die kulturellen Einrichtungen ...“

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Ihre Kultur ist: Deutschland den Deutschen!)

Kultur ist für DIE LINKE in erster Linie institutionalisierte Unterhaltung, die das Konsumbedürfnis an materiellen und geistigen Dingen von Verbrauchern befriedigt.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das war falsch. –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Sind Sie schon beim Thema?)

Verändert sich das Konsumbedürfnis durch Migration – wir sagen „Völkerwanderung“ –, so hat dies nach dem Linksverständnis auch ein verändertes Konsumangebot zur Folge. DIE LINKE nennt das dann „qualitative Veränderungen“. In der DDR „Die Gewehre der Frau Carrar“, heute die Love-Parade und morgen muslimisches Freitagsgebet im öffentlich-rechtlichen Fernsehen –

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Haben Sie

sich schon mal in einer Comichow beworben?)

für alle Geschmäcker zu gegebener Zeit ein Angebot. „Erfolg braucht Vielfalt“ verkündet Sylvia Bretschneider. „Demografischer Wandel braucht Vielfalt“ jubelt DIE LINKE hinterdrein.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Recht hat sie.)

Wir Nationalen sagen, eure Kultur hat einen Namen, „Babylon“, und euer Hauptwerk ist der Turmbau. Wenn wir aber an unserer deutschen Kultursprache festhalten

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Sie reden wie der Schiefe Turm von Pisa.)

wie einst jenes auserwählte Volk an seinem Gott, dann werden wir uns frei machen von dieser babylonischen Gefangenschaft, dieser babylonischen Sprachverwirrung.

Wir Nationalen sagen, Mannigfaltigkeit oder Vielfalt gibt es immer. Erfolg braucht innere Einheit eines Volkes. Die zu stiften, ist das Wesen der Kultur.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Er hat

aber noch nicht zum Thema gesprochen.)

Wir Nationalen sagen: Mag eure Gegenwart in den vielfältigsten Farben strahlen, eure Vielfalt ist euer Untergrund.

(Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Denn scheint die Sonne noch so schön, einmal muss sie untergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Die

Sonne scheint ins Kellerloch, lass sie doch!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Körner von der Fraktion der SPD.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Kein Wort zum Thema.)

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will schon mal gleich ankündigen, dass ich mich heute mit der Rechtsfraktion hier außen nicht auseinandersetzen werde,

(Udo Pastörs, NPD: Schade!)

obwohl dieser doch in meinen Augen etwas wirre Beitrag von dem sogenannten Professor Borrmann dazu anregen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen

der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ich kann aber schon einmal ankündigen, dass ich einiges in der Schublade habe,

(Raimund Borrmann, NPD: Wir freuen uns drauf. – Udo Pastörs, NPD: Sehr gut!)

denn heute hat er wieder seinen Kulturbegriff, der sich offensichtlich von dem der LINKEN unterscheiden soll, zitiert. Ich habe das noch sehr gut in Erinnerung, wie er damals von Herrn Fichte „Die Bestimmung des Gelehrten“ zitiert hat, um seinen Kulturbegriff abzuleiten. Da kann ich jetzt schon vorab ankündigen, er war weder sehr fleißig noch sehr intelligent, als er insbesondere dieses Büchlein von Fichte, was nun wahrlich nicht damit zu tun hat, gelesen hat.

(Udo Pastörs, NPD: Aber Sie erklären uns das dann, Herr Körner.)

Er ist bloß bis Seite 10 gekommen von 50 Seiten und meinte dann, er hätte es verstanden.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Aber das kommt später noch, das kommt später noch.

Bei dem Antrag der Linksfraktion möchte ich mich weitgehend dem anschließen, was mein Kollege Vierkant gesagt hat. Ich muss ehrlich sagen, Herr Koplin, ich habe es Ihnen im Vorfeld schon gesagt, ich habe die Intention Ihres Antrages nicht richtig begriffen. Er scheint mir sehr wortreich und sehr breit, sehr allgemein und sehr unkonkret. Vielleicht liegt es auch an mir.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Viel besser als Ihr Medizinantrag.
Den können Sie ja vergessen.)

Vielleicht liegt es auch an mir, dass ich es so nicht verstanden habe.

(Udo Pastörs, NPD: Das glaube ich schon. Ich glaube das sehr stark.)

Meine Beobachtung jedenfalls, Herr Koplin, ist, dass die Einrichtungen, von denen Sie eine ganze Latte genannt haben, längst dabei sind. Wenn ich etwa an unsere Volkshochschule denke, da ist das Profil längst eingestellt auf das, was Sie fordern. Wenn ich unser Theater nehme, was ich also lokal überblicke, dann ist es längst dabei. Wenn ich die Musikschule überblicke, da geht es nicht nur darum, wie kriege ich Senioren rein, sondern natürlich auch darum, wie kriege ich stärker Kinder rein. Das ist etwas, was mindestens genauso wichtig ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Im Übrigen habe ich den Eindruck, dass die wesentlichen Schwerpunkte durch den Minister genannt wurden. Das sind Schwerpunkte, die ich ähnlich auch ins Zentrum der Erörterung stellen würde,

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Dann sollten wir es tun.)

wenn es darum geht, nun zu zeigen, wo die Landesregierung Akzente setzen muss.

Also, mir scheint der Antrag zu unscharf und deshalb werden wir ihn ablehnen. Und wenn ich Ihnen einen vielleicht nicht ganz ernst gemeinten Rat geben soll:

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aber gut gemeint!)

Wenn Sie es noch mal konkret versuchen, versuchen Sie doch mal so: die Demografie und die Radfahrer. Da könnte man sehr konkret darüber reden, breitere Reifen, weichere Federung, bessere Radwege. Dem könnten

wir vielleicht zustimmen. Nehmen Sie es nicht ganz für ernst.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Regine Lück, DIE LINKE:
Ja, ohne Bewegung geht es nicht. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aber das war das Ernsthafteste.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich, von einigen Sentenzen hier einmal abgesehen, für die ernsthafte Behandlung des Antrages. Ich bedanke mich auch beim Minister, dass er hier die sechs Punkte vorgetragen hat, zu denen ich mich gerne äußern möchte. Der Minister hat zumindest skizziert, was den Vertretern der Koalitionsfraktionen hier nicht gelungen ist, und versucht, ein paar Linien aufzuzeigen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Sehr richtig. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Er hat eben Kultur.)

Ich finde es zwar bemerkenswert, aber wir hätten das Finanzielle nicht als ersten Punkt benannt. Das ist nun mal, so sage ich es, eine konservative Logik. Also davon gehen wir mal aus. Nun steht die Kulturfinanzierung auf Platz 1. Ich möchte erst einmal festhalten, dass Sie das fortsetzen, was unter Rot-Rot achte Jahre lang praktiziert wurde, nämlich an der Kultur nicht zu kürzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Was ich weiterhin feststellen möchte, ist, dass wir dennoch einen erheblichen Bedarf haben auf diesem Gebiet. Wir sollten uns nicht damit zufriedengeben, dass wir lediglich 0,8 Prozent unseres Gesamtetats für Kunst und Kultur ausgeben. Das ist einfach zu wenig. Nun können Sie sagen, ja, die LINKEN haben in ihrer Regierungsverantwortung auch nichts anderes ...

(Egbert Liskow, CDU: Genau, genau. –
Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

So, Herr Liskow, auf den Vorwurf oder Zuruf habe ich gewartet. Dazu will ich Ihnen Folgendes sagen: Sie haben natürlich durch unsere erfolgreiche Politik, Herr Liskow,

(Egbert Liskow, CDU: Ihr habt es probiert. Ihr habt es probiert.)

eine gut gefüllte Schatulle, und zwar 421 Millionen Euro Rechnungsabschlussplus im vergangenen Jahr, 190 Millionen Euro Steuer...

(Egbert Liskow, CDU: Das haben wir mit euren Schulden erst mal verrechnet. –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Wie auch immer das zustande gekommen ist, Herr Kreher, es ist eine Tatsache, dass das Geld da ist und dass man, wenn das Geld da ist, andere Bedingungen vorfindet.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und FDP –
Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Insofern, denke ich, haben wir jetzt andere Rahmenbedingungen. Auf etwas anderes will ich gar nicht hinaus.

Der zweite Punkt, strategisch zu handeln, ist auch richtig. Er betrifft aber, das möchte ich betonen, nicht nur die Leuchttürme. Deswegen diese ganze Litanei des Aufzählens dieser vielen Institutionen, Einrichtungen, Akteurinnen und Akteure. Und selbstverständlich ist die Aufzählung, ich habe sie bewusst abgebrochen, unvollständig. Sie soll auch nicht vollständig an dieser Stelle geführt werden, denn wir können uns ja hier nichts anmaßen. Im Übrigen wäre auch ein Planprozess in Kunst und Kultur, Herr Kreher, eine Anmaßung. Das war unserer Rede Sinn nicht, ausdrücklich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Das Thema „Kooperation stärken“ – der Minister hat es auf Punkt 3 gesetzt – halte ich für sehr, sehr wichtig, und zwar einmal in Bezug auf die Bedingungen, unter denen sich Kunst und Kultur in unserem Land entwickelt, aber auch in der Auseinandersetzung gegen Rechts.

Da möchte ich einen kleinen Exkurs machen. Gestatten Sie mir, dass ich ganz kurz vom Thema abweiche, aber ich halte es für wichtig. Herr Borrmann hat in seiner verschrobenen Art und Weise vorhin zu dem Thema Milch gesprochen. Und da haben Sie Ihre Philosophie eingeflochten. Es begann damit, dass Sie darüber sprachen, dass Sie gegen Netzstrukturen sind. Netzstrukturen haben etwas mit Kooperation zu tun. Und dann haben Sie eine flammende Rede gegen die Netzstrukturen geführt,

(Michael Andrejewski, NPD: Netzwirtschaft.)

Netzwirtschaft, Vernetzungen. Was sind Vernetzungen, Herr Andrejewski? Das sind Kooperationen zwischen Subjekten,

(Udo Pastörs, NPD: Nicht unbedingt.)

zu freiheitlichen Subjekten in einer solidarischen Gesellschaft.

(Michael Andrejewski, NPD: Das scheint irgendwo nicht der Fall zu sein. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dass Sie dagegen sind – das ist ja der Punkt –, ist sehr erhellend gewesen. Das Gegenteil von Netzstrukturen,

(Udo Pastörs, NPD: Netzstrukturen, das gibt es.)

und jetzt kommen wir zum Punkt, sind lineare Strukturen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das war der Redesinn von Herrn Borrmann, ein Plädoyer für lineare Strukturen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Die braucht man auch.)

Wodurch sind lineare Strukturen charakterisiert? Durch die Pole „Führung“ und „geführt werden“.

(Michael Andrejewski, NPD:
Wir brauchen Kontrollen.)

Und worauf ich hinaus will, ist, dass diese ganze verschrobene Rede eine ganz subtile Philosophie der Diktatur war. Darauf läuft es hinaus.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen schmeißen, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind
Bock und Gärtner zugleich. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das wissen Sie!

(Udo Pastörs, NPD: Sie
kommen aus dem Glashaus.)

Punkt 4 – Grundversorgung sichern. Sie nannten die Theater und Orchester. Darüber sollten wir diskutieren, und zwar nicht nur am Rande eines solchen Tagesordnungspunktes, sondern auf Grundlage einer ganzheitlichen Betrachtung. Ich schaue mal in Ihre Reihen und frage Sie: Befriedigt Sie das sehr, aus der Zeitung zu erfahren, was das Konzept soll? Befriedigt Sie das sehr? Halten Sie das für seriös, dass wir im Grunde genommen von einer Konzeption erfahren und vermuten können, dass Theaterstandorte in zwei Kulturbereiche dieses Landes faktisch eingedampft werden sollen? Ist es nicht besser und zweckmäßiger, dass wir im parlamentarischen Raum, dafür sind wir gewählt worden, die Arbeit anhand eines Arbeitspapiers machen und gemeinschaftlich darüber nachdenken, was zweckmäßig, angemessen und vernünftig in unserem Land wäre? Dass jemand etwas vorlegt und das kritisiert oder begrüßt wird, ist das eine, aber die Art und Weise, wie das abläuft, kann uns doch alle nicht befriedigen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Das muss ich einmal sagen. Deswegen wäre es zweckmäßiger, Herr Kreher, und nicht kleinteilig, zumindest einmal einen Grundriss zu haben. Sonst laufen wir wie diejenigen, die auf einen Gipfel stürmen und oben angekommen merken, dass sie auf einem falschen Berg stehen. Das kann es doch wohl nicht sein.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Michael Andrejewski, NPD: Da stehen
Sie schon. – Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Aber der Unterschied ist, das
Ministerium ist schon da.)

Wir müssen doch zumindest einmal eine Grundlage haben, auf die wir uns verständigt haben.

Kulturelle Bildung für alle ist sehr begrüßenswert und ehrenamtliches Engagement, das war der Punkt 6, auszubauen, ist ebenfalls sehr von uns zu begrüßen.

Insofern meine ich – Herr Dr. Körner, am Ende oder fast am Ende kam ja noch so ein Nachschlag von Ihnen – doch einen Widerspruch ausgemacht zu haben. Sie haben die sechs Punkte des Ministers selbst als diskussionswürdig bezeichnet. Das halte ich auch unbedingt für diskussionswürdig. Es ist aber ein Widerspruch, wenn wir sagen, wir behandeln das hier mal so nebenbei. Widerspruchsfrei wäre, anhand einer Unterrichtung, das ist nämlich ein Arbeitspapier des Parlaments, darüber zu diskutieren, was und wie wir, vor allen Dingen wie und mit welchen Mitteln wir Kunst und Kultur gemeinschaftlich in unserer Verantwortung gestalten wollen, als Rahmenbedingung gestalten, nicht als Planung, Herr Kreher. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und für die ernsthafte Behandlung dieses Antrages.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplín.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1573. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1573 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Ablehnung der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Den Volkswillen der Iren achten, auf Drucksache 5/1583.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Den Volkswillen der Iren achten
– Drucksache 5/1583 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dann hätten wir ihn jetzt nach der Volksabstimmung in Irland bekommen. Diese EU ist undemokratisch, bürgerfern und fremdgesteuert. Nachdem man die EU-Verfassung nicht durchbekam, sollte nun der Vertrag von Lissabon mit ähnlichem Inhalt durchgepeitscht werden. Aus Fehlern werden sogar EU-Bürokraten gelegentlich klug. Und deshalb sollte es dort, wo es bei der EU-Verfassung noch Ablehnung gab, nicht mehr vom Volk abgestimmt, sondern nur noch vom Parlament durchgewunken werden.

Die Rolle der Politik scheint sich ja längst nur noch auf ein Erklären zu beschränken. Wir müssen den Menschen in Europa die Vorzüge nur genau erklären, dann werden sie uns schon folgen, stammeln die EU-Apparatschiks unentwegt. Problematisch für die EU-Kommissare? Die Völker verstehen aber diese Erklärungen nicht. Das ist kein Wunder, denn sie sind längst nicht mehr zu verstehen. Und beim einzigen Volk, dass sich in der EU ein direktes Mitspracherecht gesichert hat, ist das Diktat von Lissabon gar abgewiesen worden, und das, obwohl man massiven Druck angelegt hatte.

Unter Erpressung versteht man bekanntlich die Bereicherung unter Androhung eines Übels. Bei Nötigung gibt es keinen Bereicherungsaspekt. Insofern kann man sich streiten, ob man von Nötigung oder von Erpressung sprechen muss. Und so geht man in der EU mit Andersdenkenden, mit Kritikern um. Irland müsse im Fall eines No einen Preis bezahlen, so Herr Barroso. Solche Sprüche lösten in Irland heftige Reaktionen aus. Gehorsam gegenüber Dritten sei noch nie die Stärke Irlands gewesen, ließ ein irischer Nationalist und EU-Gegner wissen. Ähnliche Drohgebärden waren von Angela Merkel und Hans-Gert Pötering unternommen worden. Was hat man nicht alles dafür getan, um die Völker hinters Licht zu führen, meine Damen und Herren?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Allein für die Ja-Propaganda standen der Dubliner Regierung 10 Millionen Euro zusätzlich aus EU-Mitteln zur Verfügung. Damit hat man dann Halbversprechungen abge-

geben und die EU als ewigen Goldesel an die Wand gemalt, als Beglückungsinstrument der Völker dargestellt, welches paradiesische Verhältnisse herbeiführen könne. Aber alle Täuschungsversuche, ja, selbst Erpressungen haben Gott sei Dank nicht geholfen. Die Mehrheit des deutschen Volkes, ja, die europäischen Völker wollen diese EU nicht. Viele hassen sie sogar. Und somit haben die Iren stellvertretend für die Völker Europas Nein gesagt. Sie haben dagegengestimmt, dass Aufrüstung und Kriegseinsätze im Ausland zu Pflichtveranstaltungen der Mitgliedsstaaten werden. Sie haben zurückgewiesen, dass Mord an ungeborenem Leben zum Rechtsstandard für alle Länder der Europäischen Union werden soll.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Sie haben Nein gesagt zu einem neoliberalen Wirtschaftsmodell, das die Menschen zum reinen Marktfaktor degradiert. Die Iren haben sehr bewusst Nein gesagt. Sie haben damit einen neuen Akzent in die politische Landschaft gebracht, meine Herrschaften. Bei dem Nein der Iren hat sich gezeigt, dass sich die Trennlinien einer Rechts-Links-Ideologie ein wenig aufzuheben beginnen. In Irland haben klassische Linke und nahezu alle Rechtsorientierten dem Knebelvertrag den Garaus gemacht. In Irland haben Linke und Rechte begriffen, dass die Gefahr von Gleichschaltung durch den Kapitalismus eine Bedrohung darstellt, die bekämpft werden muss. Insofern muss man schon fast beklagen, dass es eine wirkliche Linke hier im Hause nicht gibt. Und wo ist Ihr Widerstand denn von ganz Links? Warum schweigen Sie zu diesem Machwerk zum Nachteil auch unseres Volkes? Ihr Gewissen, Genossen von den Postkommunisten, schlägt längst nicht mehr,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aber Ihres!)

das ist gut abgedeckt mit Pöstchen und Diäten. Jüngst ließ die PDS-EU-Marxistin Sahra Wagenknecht Bilder von sich löschen, die sie in einem Brüsseler Luxusrestaurant beim Hummerspeisen zeigte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja ein Ding. –
Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist ein Ding.)

Der Spruch „EU tut gut.“ ist treffend, passt sozusagen für dieses Beispiel wie die Faust aufs Auge.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Hummer
gibt es inzwischen bei Aldi.)

Dass Sie von der LINKEN mit diesen Sprüchen bei den über 60-jährigen Alt-SEDlern ankommen, wundert mich. Ich bin mir aber sicher, meine Herrschaften, dass der Widerstand gegen die EU-Gleichschaltung an der Basis wächst. Und dann wird, wie dies Rolf Stolz jetzt in der „Jungen Freiheit“ analysiert hat, Politik quer zu den Fronten gemacht werden können. „Politik“, sagte er, „bestehe darin“, so der Begründer der Grünen, „sich in einer konkreten Frage mit früheren und zukünftigen Feinden auf Zeit zu verbünden.“ Die NPD macht ihre Politik längst quer zu den Fronten, wie Sie sicher schon hier und da bemerkt haben. Unser Einsatz gegen Gentechnik, unser Kampf für Bürgerrechte, unser Eintreten für Souveränität,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

gegen Bevormundung von unserem großen Bruder USA und EU, das ist moderne Politik, Politik für die Menschen, und nicht Klientelpolitik für Politbonzen. Wir von der NPD fragen hier und heute die Standpunkte ab und

wir werden die Standpunkte dieser gewählten Abgeordneten öffentlich machen.

(Volker Schlotmann, SPD: Da haben wir Angst! Da haben wir richtig Angst! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Na, schau mal!)

Wir werden öffentlich machen, wer sich hier im Landtag dafür eingesetzt hat, dass die Bundesregierung sich für ein Ende des Ratifizierungsprozesses starkmachen soll.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie müssen jetzt noch die namentliche Abstimmung beantragen, damit nicht noch was fehlt! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Was haben die Ihnen denn wieder aufgeschrieben?)

Und kommen Sie uns jetzt bitte nicht damit, so eine Frage gehöre nicht in ein Landesparlament.

(Volker Schlotmann, SPD: Wir kommen, womit wir wollen.)

Denn irgendeine fadenscheinige Ausrede müssen Sie ja hier wieder vorbringen,

(Volker Schlotmann, SPD: Also Ihnen gegenüber brauchen wir keine Ausrede. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

warum ein NPD-Antrag abgelehnt werden muss. Manchmal, meine Herrschaften, hilft ja ein Blick in das Grundgesetz. Das ist doch Ihre Bundeslade, oder? So tun Sie jedenfalls immer.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das könnte ich Ihnen mal empfehlen. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Und da steht in Artikel 23 etwas über die wichtige Rolle der Bundesländer im europäischen Prozess. Der Vertrag von Lissabon betrifft auch die Lebenswirklichkeit der Menschen hierzulande. Er greift bis hin zur Bildungspolitik in die Lebenswirklichkeit unserer Bürger ein. Da können Sie sich nicht einfach hinstellen und sagen, das geht uns nichts an. Wenn Europapolitik keine Ländersache ist, dann schließen Sie doch bitte auch das Europabüro M-V. Oder sagen Sie hier und heute den Leuten, für uns heißt Europapolitik nur, die Bestimmungen aus Brüssel möglichst punktgenau umzusetzen und alle Tricks und Kniffe anzuwenden, nur um irgendwie an die Fördertöpfe dieser EU zu gelangen, meine Herrschaften!

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Politik als Almosenempfänger, das würde Ihre Rolle, meine Herrschaften, allerdings auch gar nicht so schlecht beschreiben. Das Ansehen Deutschlands wird beschädigt, wenn Sie eine Politik nach dem Motto: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ machen.

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist schlechter als eine Büttensprache.)

Nationalisten – das können Sie sich einmal merken, denn Sie sollten ja hier auch einmal etwas lernen – achten den Wert und die Souveränität anderer Völker, weil sie den Wert und die Souveränität ihres eigenen Volkes achten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja!)

Chauvinisten, meine Herrschaften, verachten den Wert und die Souveränität anderer Völker, weil sie den Wert und die Souveränität ihres eigenen Volkes verachten.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na, dann fragen wir doch mal die Österreicher!)

Erkennen Sie sich wieder, Herr Schlotmann? Er telefoniert gerade oder spielt mit seinem Funktelefon umher.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, weil Sie so einen Unsinn von sich geben. Da lohnt es sich nicht hinzuhören, wissen Sie.)

Und viele andere sollten hier sich auch wiedererkennen in diesem sogenannten Hohen Hause.

Wie können Sie, meine Herrschaften,

(Volker Schlotmann, SPD: Sie sind ein echter Pünktchen, Pünktchen, Pünktchen.)

Friedenspflicht und Gewaltverzicht in die Landesverfassung aufnehmen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stört Sie.
Der Gewaltverzicht im Landtag stört Sie, das merkt man.)

und gleichzeitig das Lissabon-Machwerk absegnen, im dem genau das Gegenteil geschrieben steht? Und behaupten Sie jetzt bitte nicht wieder, dies sei die Fantasie der NPD. Schauen Sie sich doch einmal die Presseerklärung von Attac an, meine Herrschaften der LINKEN! Wir tun das und ziehen daraus unsere Schlussfolgerungen,

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

denn wir stimmen auch der Position Detlev von Larchers zu, obwohl dieser Attac-Kreise koordiniert und ein früherer SPD-Linker ist, wenn er sagt: „Die Iren haben – wie vorher die Franzosen und Niederländer – nicht nein zu Europa gesagt, sondern zu einer Verfasstheit Europas, die von den Regierungen in Hinterzimmern ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger“ ausgekugelt worden ist.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Freilich hat auch Larcher noch nicht begriffen, dass es keine guten und keine bösen EU-Kritiker gibt. Auch ein Nationalist ist nicht gegen Europa,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

wir sind allerdings gegen ein Europa der EU-Kommissare und für ein Europa der Vaterländer, meine Herrschaften.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wollen einen einheitlichen Führer. Das wollen Sie.
Sie wollen einen Führer für alle.)

Das kann aber nur geschehen, ...

Herr Dr. Jäger, hören Sie mal einen Moment zu, junger Mann!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber so langsam heben Sie da oben ab.)

... wenn man gegenseitig die Identität, die Tradition und die Souveränität unter den Völkern achtet. Das tut dieser Vertrag nicht. Wir stellen fest – ich komme zum Ende –, das Votum souveräner Völker ist zu achten, freie Abstimmungen sind zu respektieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart, ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Volksabstimmung war noch gar nicht ganz verkündet, da hatte wohl die NPD ihren Antrag schon geschrieben.

(Michael Andrejewski, NPD: Das haben wir vorausgesehen. – Udo Pastörs, NPD: Auf die Iren ist Verlass, auf Sie nicht.)

Das Ergebnis liegt uns vor. Die NPD, so ist zu lesen, möchte mit dem vorliegenden Antrag erreichen, dass sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung und das Informationsbüro vor Ort in Brüssel für ein Aussetzen des Ratifizierungsprozesses zum Vertrag von Lissabon einsetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist Rechtslage.)

Darüber hinaus glaubt die NPD, massive Beeinflussungen der irischen Regierung seitens der Bundesregierung erkannt zu haben.

(Udo Pastörs, NPD: Das haben die Iren selber.)

Natürlich haben diese, so der Antragstext, zu unterbleiben. Richtig ist, der Vertrag ist von den Bürgerinnen und Bürgern Irlands abgelehnt worden.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gut.)

Das ist allseits bekannt.

Und um es gleich vorwegzunehmen: Wohl wissend, dass die hier im Landtag vertretenen demokratischen Fraktionen sowohl zum Vertrag als auch zur Frage der direkten Demokratie unterschiedliche Einschätzungen beziehungsweise Auffassungen haben, werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Schade!)

Das wird Sie nicht überraschen.

(Udo Pastörs, NPD: Doch! Sie sind doch selbst für Volksabstimmungen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dennoch werden Sie sich unsere Begründung anhören müssen. Eigentlich könnten wir es uns ganz leicht machen, denn einer undemokratischen und menschenverachtenden Partei

(Stefan Köster, NPD: Sprechen Sie doch jetzt nicht von Ihrer Partei! – Volker Schlotmann, SPD: Und das sagt der Schläger.)

Achtung durch die Annahme auch nur eines noch so sinnvoll erscheinenden Antrages entgegenzubringen, ist einfach zu viel verlangt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und, meine Damen und Herren, wer die Inhalte der Landtagssitzungen in der 5. Wahlperiode aufmerksam ver-

folgt hat, wird unschwer erkennen können, der Landtag hat sich mit dem Thema der direkten Demokratie in dieser Legislaturperiode schon des Öfteren insbesondere im Zusammenhang mit dem EU-Reformvertrag beschäftigt.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Die Fraktion DIE LINKE hat sich, unterstützt von der FDP, bekanntlich stets für die Stärkung der direkten Demokratie ausgesprochen

(Udo Pastörs, NPD: Das kann man ja nicht zulassen.)

und war in diesem Zusammenhang recht antragsfreudig. Das werden wir auch bleiben. Wir erkennen in der direkten Demokratie eine wertvolle Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, das kann man doch nicht zulassen.)

Die Fraktionen der SPD und CDU wiederum, die sich im Übrigen aber auch ganz klar zur direkten Demokratie bekennen,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja auch Demokratie, dass Sie sich schon gar nicht mehr aussprechen können.)

stehen einer Ausweitung eher skeptisch gegenüber und verweisen auf die bestehende Verfassungslage sowie auf die Erfahrungen in der Weimarer Republik.

(Michael Andrejewski, NPD: So ein Schwachsinn!)

Meine Damen und Herren, auch das Thema „Vertrag von Lissabon“ hat den Landtag mehrfach beschäftigt. Die Positionen der demokratischen Fraktionen wurden im Landtag hinlänglich dargestellt. Wir alle kennen die entsprechenden Anträge und Debatten. Und Sie von der NPD-Fraktion sollten sich Zeit nehmen und hier nachlesen! In den Debatten sind die politischen Einschätzungen von CDU, SPD, DIE LINKE und FDP hinreichend ausgetauscht.

(Udo Pastörs, NPD: Na, das haben wir ja alles über uns ergehen lassen müssen.)

Auch das können wir nachlesen. Diese unterschiedliche Bewertung des Reformvertrages der Landtagsfraktionen ist nichts Außergewöhnliches, sie ist vielmehr spiegelbildlich mit der Debatte in der gesamten Europäischen Union. Auch die Frage, ob und inwiefern der Vertrag von Lissabon mit dem Grundgesetz vereinbar ist, wurde unterschiedlich herausgearbeitet.

(Udo Pastörs, NPD: Das warten wir erst mal ab.)

Und wie wir alle wissen, wird nun das Bundesverfassungsgericht zu entscheiden haben. Dort sind zwei Verfassungsbeschwerden der Mitglieder des Bundestages Peter Gauweiler, CSU, und Diether Dehm, DIE LINKE, und eine von der Bundestagsfraktion der LINKEN eingereichte Organklage anhängig.

Sie sehen also, meine Herren von der NPD, eine juristische Prüfung wird in der Bundesrepublik höchststrichterlich vorgenommen. Es ist nichts Außergewöhnliches, gab es doch auch zum EU-Verfassungsvertrag Verfassungsbeschwerden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und auch die Frage, die Sie, meine Herren der NPD, in Ihrem Antrag aufwerfen, ist umstritten. Also die Frage: Wie nun weiter nach dem irischen Referendum in der EU? Zunächst ist festzuhalten, dass die Situation nicht so einfach ist, wie es die NPD in der Antragsbegründung glauben machen will. Richtig ist, der Vertrag von Lissabon kann erst in Kraft treten, wenn die Ratifizierungen in allen Mitgliedsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften erfolgreich durchgeführt wurden. Richtig ist aber auch, dass nach dem Votum der Iren der Ratifizierungsprozess in den Mitgliedsstaaten nicht zwangsläufig gestoppt werden muss. Mehrere Varianten werden aus juristischer und politischer Sicht diskutiert. Es ist naheliegend, dass diese von den jeweiligen Parteien, Vereinen, Verbänden und auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlich bewertet werden. Diskutiert werden unter anderem folgende Fragen: Sollen die Iren in einem Jahr vielleicht noch einmal abstimmen?

(Udo Pastörs, NPD: Ja, so lange, bis das Ergebnis passt. Das kennen wir aus Dänemark von der Euroeinführung. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Oder soll der Vertrag zunächst ohne Irland beziehungsweise nur in Teilen in Irland in Kraft treten, so, wie es bei „Spiegel online“ am 13. Juni 2008 nachzulesen ist, dass Frankreich juristische Arrangements mit Irland plane?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat als mögliche Option den vorübergehenden Ausstieg Irlands aus dem europäischen Integrationsprozess genannt. Möglicherweise soll der Reformvertrag auch vollkommen neu verhandelt werden, gegebenenfalls von allen Mitgliedsstaaten durch Referenten verabschiedet werden. Das alles wird diskutiert und unterschiedlich bewertet.

(Michael Andrejewski, NPD: Was für ein Zirkus!)

Auch die Frage, ob denn das Referendum der Iren für die EU ein Rückschritt oder eher eine Chance für einen Neuanfang ist, werden wir hier im Landtag heute und wahrscheinlich auch morgen unter den demokratischen Fraktionen nicht abschließend beraten können.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Frage jedoch, ob denn die NPD einen ernst zu nehmenden Beitrag leistet, kann heute und ziemlich sicher auch morgen eindeutig von den demokratischen Fraktionen beantwortet werden: Nein, das kann sie nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Als einzige Fraktion ist die NPD verfassungsfeindlich und der Europäischen Union gegenüber feindlich eingestellt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, Sie doch auch. Sie werden doch vom Verfassungsschutz auch beobachtet. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Um es klar zu sagen, meine Herren von der NPD: Kritik an der Europäischen Union ist natürlich legitim und das Recht,

(Udo Pastörs, NPD: Sie persönlich nicht. Sie sind ja völlig harmlos.)

zuweilen gar die Pflicht jeder Fraktion. Davon machen die demokratischen Fraktionen des Landtages auch Gebrauch, wenn auch mit unterschiedlicher Intention und Intensität. Sie jedoch kritisieren nicht die Europäische Union, Sie verachten die Europäische Union.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, das stimmt.)

Sie stehen für ein völkisches, für ein nationalistisches Europa.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig. – Michael Andrejewski, NPD: Das geht ja gar nicht, ein „völkisches Europa“. Wie soll es denn ein europäisches Volk geben?)

An einem gedeihlichen und friedlichen Zusammenleben der Völker sind Sie nicht interessiert, wie die nachfolgenden Beispiele dokumentieren:

So führte Herr Borrmann in der 11. Sitzung am 31. Januar 2007 aus, Aufgabe der NPD sei es, das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Absolutismus in der EU zu bestärken.

(Udo Pastörs, NPD: Na ja, den haben wir doch. Und die Völker stimmen das so ab.)

Herr Andrejewski führte in der 17. Sitzung am 10. Mai 2007 aus, dass es das Ziel der EU sei, ein neues Großreich zu schaffen,

(Michael Andrejewski, NPD: Recht hat er.)

das ständig rastlos erweitert werden solle.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, das sieht ja bloß so aus. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In der 22. Sitzung des Landtages führte Herr Borrmann aus, dass sich die Eurobonzen einen Dreck darum scherten, ob die Völker der Verfassung zugestimmt haben oder nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Das tun sie auch nicht.)

Diese Aussagen sprechen für sich, eine Kommentierung erübrigt sich.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das sind Wahrheiten, Gott sei Dank, wenn sie auf den Punkt gebracht werden.)

Nun könnte die NPD natürlich argumentieren, das könne man doch alles sagen. Die entsprechenden Artikel in der Landesverfassung und im Grundgesetz, die das Verhältnis und Kompetenzen zur Europäischen Union beschreiben und definieren,

(Michael Andrejewski, NPD: Die können Sie aber auch wieder rausstreichen oder verändern.)

könnten ja geändert werden, ebenso die einschlägigen Bestimmungen in den EU-Verträgen. Man bewege sich daher auf dem Boden der Verfassung,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, Gott sei Dank. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

so, wie von der NPD öffentlich stets behauptet.

Nun, meine Herren von der NPD, dies ist mitnichten so.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Man braucht nur Aussagen aus Ihren Publikationen herauszunehmen. Da gibt es zum Beispiel eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung mit dem

Titel „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“. Herausgeber ist das Amt für Öffentlichkeitsarbeit der Bundes-NPD. Auf Seite 28 ist unter Punkt „3.5. „Die NPD agitiert gegen die Europäische Union. Was hat die NPD gegen Europa?““ zu lesen, ich zitiere:

(Udo Pastörs, NPD: Nicht gegen Europa, gegen die EU.)

„Wir sind für ein freies, gerechtes und weißes Europa“

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

„und gerade deswegen gegen das Völkergefängnis namens EU,“

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

„das Bürokraten, Wirtschaftslobbyisten und Einwanderungs-ideologen“

(Udo Pastörs, NPD: Nicht gegen Europa.)

„errichtet haben.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren von der NPD, diese Aussage hätte auch der Ku-Klux-Klan nicht besser formulieren können. Sie sprechen offen von einem „weißen Europa“.

(Michael Andrejewski, NPD: Wir wollen hier keine schwarzen Sklaven einführen.)

Damit kommt Ihr Rassismus und Ihre Menschenverachtung ungeschminkt zutage.

(Michael Andrejewski, NPD: Ein schwarzes Europa wäre Afrika.)

Auch deswegen haben Sie dem neuen Artikel 18a unserer Landesverfassung nicht zugestimmt, der Ausländerfeindlichkeit und Rassismus ausdrücklich für verfassungsfeindlich erklärt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Herren von der NPD, derartige Aussagen in Ihrer Handreichung verletzen die Würde des Menschen. Insofern können Sie noch so viele provozierende und radikale Äußerungen von sich geben, die möglicherweise von dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sind, eines Ihrer Ziele, ein „weißes Europa“ zu errichten,

(Udo Pastörs, NPD: Nein, ein „weißes Europa“ zu erhalten, nicht zu errichten.)

bleibt jedoch für immer zutiefst verfassungsfeindlich. Ich frage Sie überdies: Warum um alles in der Welt wollen Sie ein „weißes Europa“? Was haben Sie eigentlich gegen dunkelhäutige Europäer?

(Udo Pastörs, NPD: Nein, gar nichts.)

Erinnern Sie sich doch nur an die Europameisterschaft. Fast die halbe Nationalmannschaft der Niederlande oder Frankreichs besteht aus dunkelhäutigen Spielern. Oder denken Sie an den dunkelhäutigen deutschen Fußballnationalspieler, gegen den Sie ganz bewusst Ihre rassistische Wahlkampfkampagne auf Bundesebene richteten.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, der gehört auch nicht in die Nationalmannschaft. –

Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist eine Frechheit! Das entscheiden doch nicht Sie!)

Zu Recht zog diese Hetze ein Strafverfahren nach sich.

(Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und Irene Müller, DIE LINKE)

Ich frage Sie, meine Herren von der NPD: Wollen Sie diesen Menschen das Existenzrecht als Europäer entziehen?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch hier im Landtag, mitten unter uns – und darüber bin ich froh – arbeiten Mitarbeiter mit dunkler Hautfarbe. Sie sollten in Schamesröte versinken, wenn Sie diesen demnächst auf den Landtagsfluren über den Weg laufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, auch die Iren, und davon sind wir fest überzeugt,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

können getrost auf die Unterstützung der NPD verzichten.

(Udo Pastörs, NPD: Warten wir ab.)

Nach einer kürzlichen Umfrage von Eurobarometer nach Gründen für ein Nein antworteten 22 Prozent, dass sie nicht genug über den Vertrag wussten. 12 Prozent wollten die irische Identität schützen. Nur 5 Prozent sprechen sich gegen ein vereinigtes Europa aus.

(Udo Pastörs, NPD: Das sind schon mal 17. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und, meine Herren von der NPD, hören Sie genau hin: Selbst 80 Prozent der Neinsager wollen, dass Irland in der EU bleibt.

(Udo Pastörs, NPD: Nein ist Nein.)

Ausländerfeindlichkeit sowie EU-Feindlichkeit spielten kaum eine Rolle.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Umfrage überrascht auch nicht, denn Irland, hören Sie wieder gut zu, meine Herren von der NPD,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

hat wie kaum ein anderes Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, richtig.)

die Sie ja für einen feudalen Monsterstaat halten, profitiert.

(Udo Pastörs, NPD: Das sieht aber seit zwei Jahren schon wieder anders aus.)

Meine Herren von der NPD, auch Ihr Denkmuster, die EU sei von Einwanderungs-ideologen errichtet worden, kann in Irland nur mit Hohn und Spott bewertet werden,

(Udo Pastörs, NPD: Fahren Sie mal nach Berlin!)

war es doch gerade Irland, das besonders unter starken Abwanderungswellen litt. 1841 lebten 6,5 Millionen Menschen in Irland.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

1921 waren es nur 3 Millionen. Viele wanderten nach England oder in die USA aus.

(Udo Pastörs, NPD: Die sind unterdrückt worden von den Engländern.)

Nach dem Tiefpunkt in den 60er-Jahren mit rund 2,8 Millionen entwickelte sich die Einwohnerzahl auf heute über 4,3 Millionen. Dies ging nicht nur durch eine hohe Geburtenrate. So fleißig kann wirklich kein Volk sein.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Nein, in erster Linie war es die Zuwanderung. Und ganz nebenbei, weit über 200.000 Deutsche leben mittlerweile in Irland, davon der eine oder andere auch aus Mecklenburg-Vorpommern.

(Michael Andrejewski, NPD: Vielleicht,
weil sie hier keine Arbeit haben.)

Aber womöglich sind das ja auch alles „vaterlandslose Gesellen“ für die NPD.

(Udo Pastörs, NPD: Die finden hier keine
Arbeit. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, wie verblendet und stumpfsinnig die Weltanschauung der NPD ist, möchte ich mit dem abschließenden Beispiel verdeutlichen.

(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie mal!)

Ein gewisser Éamon de Valera wurde als Sohn einer Irin und eines Kubaners 1882 in New York geboren. Mit vier Jahren wanderte er mit seiner Familie nach Irland aus. Aus ihm wurde einer der bekanntesten, wenn nicht der bekannteste Politiker Irlands.

(Michael Andrejewski, NPD: Würden Sie alles
über den wissen, würden Sie nicht so reden.)

Von 1932 bis 1959 war Éamon de Valera mit zwei Unterbrechungen Ministerpräsident und von 1959 bis 1973 Staatspräsident der Republik Irland.

Meine Herren von der NPD, ein Sohn eines Kubaners emigriert nach Irland und wird dort Staatsoberhaupt.

(Udo Pastörs, NPD: Das wünschen
Sie sich für Deutschland.)

Ich frage Sie: Glauben Sie ernsthaft, dass das irische Volk von einer Partei beziehungsweise Ihrer Fraktion, Ihrer Ideologie Ratschläge beziehungsweise Unterstützung braucht?

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich bin überzeugt davon, nein, mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und was die Worte der NPD „massive Beeinflussung der irischen durch die deutsche Regierung“ betrifft, kann ich nur sagen, auch das zeugt von Ihrer Gesinnung. Für wie unmündig halten Sie eigentlich die Bürgerinnen und Bürger Irlands?

(Udo Pastörs, NPD: Bei der
Abstimmung waren sie sehr mündig. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meinen Sie wirklich, dass sich dieses Land, durch wen auch immer, unter Druck setzen lassen wird?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und natürlich wird hinter den Kulissen diskutiert, mitunter kontrovers. Das ist auch Ausdruck von Demokratie und ist eben Politik. Das kann man auch zuweilen kritisieren.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich erinnere an die Einschätzung von einem luxemburgischen Premier, der den Konvent als die dunkelste Dunkelkammer bezeichnete, die er je gesehen hat.

Aber, meine Herren von der NPD, aus Ihrem Munde eine etwaige massive Beeinträchtigung seitens der Bundesregierung zu hören, ist darüber hinaus auch sehr bezeichnend für Ihr Geschichtsbewusstsein und vor allem die Vergangenheitsbewältigung. Es gab nämlich in Europa Zeiten, da ging es nicht um die Fragen der europäischen Integration. Vielmehr wurden Gebiete annektiert und erobert, um „Raum fürs Volk“ zu schaffen. Keine Rede von einem friedlichen Zusammenwachsen, keine Rede von einem Europa ohne Grenzen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Was war denn die Sowjetunion?)

Meine Damen und Herren, nach alledem werden die demokratischen Fraktionen Ihrem Antrag aus voller Überzeugung nicht zustimmen können. Und ich füge hinzu, auch wenn Sie Positionen zu Fragen der Europapolitik eins zu eins abschreiben und als Antrag in den Landtag einbringen, wird das Ergebnis immer aus diesen Gründen das gleiche sein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dazu stehen wir. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ihre Positionen verstoßen von Grund auf gegen Grundwerte unserer Landesverfassung, des Grundgesetzes und im Übrigen auch der EU-Verträge.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Letztlich, und nun hören Sie bitte zu, bin ich auch von folgender Schlussfolgerung tief überzeugt: Wenn der Landtag den Antrag der NPD heute klar und eindeutig ablehnt,

(Michael Andrejewski, NPD:
Das interessiert doch keinen.)

leistet er durch sein Votum aber dennoch einen konkreten Beitrag, den Volkswillen der Iren zu achten,

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD)

indem sich das Parlament,

(Udo Pastörs, NPD: Zum
Sprecher des Volkes sich erhoben.)

von der EU-feindlichen NPD wiederum klar und eindeutig distanziert. – Ich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Borchardt.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Borchardt, es war belustigend,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das war 'ne klasse Rede.)

aber ich will Ihnen noch mal ganz klar sagen, dass wir nicht für die Ablehnung des Vertrages eintreten, sondern

wir treten dafür ein, dass dieser Vertrag zu bekämpfen ist. Und ich sage Ihnen auch, warum:

1. Der EU-Reformvertrag bringt eine Verpflichtung zur dauerhaften Aufrüstung für alle EU-Mitgliedsstaaten. Diese Aufrüstungspflicht wird durch ein eigenes Rüstungsamt überwacht und vorangetrieben.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

2. Der EU-Reformvertrag ermächtigt unter dem Deckmantel des sogenannten Antiterrorkampfes den EU-Rat zu weltweiten Militärinterventionen, auch ohne UNO-Mandat.

„Alles staatliche Handeln muss dem inneren und äußeren Frieden dienen und Bedingungen schaffen, unter denen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei gelöst werden können.“ Das steht in unserer Landesverfassung. Durch den Vertrag geförderte militärische Interventionen widersprechen auch unserer Landesverfassung.

Der Reformvertrag schreibt eine neoliberale Wirtschaftspolitik fest, die wir nicht wollen und die Völker auch nicht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wir reden doch gar nicht über den Vertrag.)

Der Vertrag der EU unterwirft die öffentlichen Dienste noch stärker dem Wettbewerbsrecht des EU-Binnenmarktes und schafft neue gesetzliche Grundlagen für die Liberalisierungswut der EU-Kommission. Er ist ein Freibrief für die Fortsetzung der Initiativen der EU-Kommission zur Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Dienste. Betroffen sind Wasser, Energie, Gesundheit und Soziales ebenso. Der EU-Reformvertrag zementiert die diktatorische Stellung der Europäischen Zentralbank, wie wir gerade gestern wieder lesen konnten, mit der Zinsanhebung jetzt. Und der Herr Sarkozy hat sich da ja ganz interessant geäußert. Sie darf ausdrücklich keinem Einfluss demokratisch gewählter Organe unterworfen werden. Die EZB ist auf den Vorrang von hartwährungspolitischen Überlegungen im Gegensatz zu beschäftigungspolitischen Entscheidungen angehalten, und das, meine Herrschaften, können wir nicht akzeptieren. Der EU-Reformvertrag setzt die Entmachtung der nationalen Parlamente fort. Der EU-Reformvertrag baut die Möglichkeit für die EU-Kommission aus,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja, junger Mann. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

eine Politik im Interesse der Großkonzerne durchzusetzen. Der EU-Reformvertrag legt den grundsätzlichen Vorrang von EU-Recht vor nationalem Recht fest.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Vetomöglichkeiten für die einzelnen Staaten entfallen. Die Macht der großen Nationalstaaten auf Kosten der kleineren – hören Sie zu, Frau Borchardt – nimmt dramatisch zu.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wir wollen ja gern, Sie stottern nur so. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Das Monopol der Gesetzesinitiative bleibt bei der EU-Kommission, also bei der demokratisch kaum belangbaren Bürokratie, und damit wird Demokratie abgebaut, meine Herrschaften.

(Ute Schildt, SPD: Ganz schön schwierig geschrieben.)

Die EU ist ein Instrument der Gleichschaltung aus unserer Sicht.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Es ist ein Verwaltungsmonster, eine Zentrale der Bevormundung und sie ist auch ein Instrument der Unterdrückung. Die Franzosen wurden gefragt, sie haben Nein gesagt, die Niederländer wurden gefragt, sie haben Nein gesagt, die Iren wurden gefragt und haben Nein gesagt. Die Deutschen werden nicht gefragt, weil sie wissen, dass sie Nein sagen würden.

Herr Dr. Jäger, noch ganz kurz zu einem Parteifreund von Ihnen, dem Henry Nitzsche, den kennen Sie vielleicht. Den zitiere ich mal kurz, der sich mit Grausen abgewandt hat von Ihrer EU-Politik.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Der ist wohl bei Ihnen jetzt?)

Der hat nämlich gesagt, Zitat: „Das wird ein neues Versailles für Deutschland. – Ich würde Ihnen empfehlen, einmal durch das Portal dieses Gebäudes zu gehen. Dort steht in Stein gemeißelt ‚Dem Deutschen Volke‘. Hören Sie auf diese Inschrift!“, sagte er.

(Heike Polzin, SPD: Hören Sie auf, ja! – Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Hören Sie auf!)

Und wir stimmen nicht nur ihm zu, sondern wir stimmen sogar dem Präsidenten, dem Polen Kaczynski zu, wenn der Herr Kaczynski,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

wenn dieser nette Pole sagt, der Vertrag ist erledigt.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ach nein!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1583. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1583 ...

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Heute keine namentliche Abstimmung verlangt? Was ist denn das nun?)

Kann ich das Ergebnis der Abstimmung verkünden, meine Damen und Herren?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, sicher.)

Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1583 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Gemäß Paragraf 88 der Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Borrmann um die Möglichkeit persönlicher Bemerkungen gebeten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, nicht das auch noch! – Udo Pastörs, NPD: Sie sollen doch richtig Spaß haben. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So viel Spaß können wir gar nicht vertragen.)

Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Raimund Borrmann, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin persönlich von Herrn Koplin angesprochen worden und möchte diese Unterstellung zurückweisen mit folgender Bemerkung:

1. Die Ablehnung der gegenwärtigen Netzwerkwirtschaft

(Heike Polzin, SPD: Das war der vorherige Tagesordnungspunkt. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

als Propagierung einer linearen Befehlen-und-Gehorchen-Philosophie weise ich zurück.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

2. Ich verweise vielmehr darauf, dass Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ neben der Freiheitsthe

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na, da kennen Sie sich ja gut aus. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

auch von industriellen Armeen spricht und bei denen ja bekanntlich Befehl und Gehorsam gelten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Herr Marx hätte sich gewundert über Ihre Interpretation.)

3. Worum es mir vielmehr ging, ist, dass ich mit der Netzwirtschaft nicht jedes beliebige soziale Netz meine, sondern jene konkreten neofeudalen Strukturen, wie ich meine, deren technische Grundlagen in dem Werk von Castells über die Netzwirtschaft umfassend diskutiert werden.
4. Mir geht es um die Frage, inwieweit die sozialen Grundlagen des marxischen „Kapitals“ sich verändert haben und neue Produktionsverhältnisse entstanden sind, die einen neuen rechtlichen und politischen Überbau bedingen.

(Ute Schildt, SPD: Und das alles im Zusammenhang mit der Milchproduktion.)

5. Ich habe begründeten Zweifel, dass diese Überbaustrukturen in der EU demokratisch sind, und ich bin mit meinem Zweifel nicht allein. Die Werke des Professors von Arnim und anderer bestärken mich in meinem Zweifel.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 38: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Situation und Perspektiven der Nebenerwerbslandwirte in Mecklenburg-Vorpommern wissenschaftlich untersuchen, Drucksache 5/1576.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Situation und Perspektiven der Nebenerwerbs- landwirte in Mecklenburg-Vorpommern wissenschaftlich untersuchen – Drucksache 5/1576 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Professor Dr. Tack. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat im Agrarausschuss des Landtages eine nicht öffentliche Anhörung zur „Situation der Nebenerwerbslandwirte in Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt gehabt. Diese Anhörung fand in der 32. Sitzung am 17. April dieses Jahres statt.

Blickt man auf die Geschichte des Agrarausschusses, muss man feststellen, dass sich der Ausschuss wahrscheinlich erstmalig ausführlich mit dieser Thematik befasst hat, wie übrigens auch der Landtag. Offensichtlich stehen die Nebenerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft, um es vorsichtig zu formulieren, nicht im Fokus des politischen Interesses. Damit habe ich aber nicht gesagt, dass sie bisher völlig von der Politik vergessen wurden.

(Ute Schildt, SPD: Nein, sind sie auch nicht.)

Nein, das habe ich ja auch nicht gesagt.

Gerade der Deutsche Bauerntag in Berlin am Anfang dieser Woche hat den Nebenerwerbslandwirten Aufmerksamkeit gewidmet. Wir sollten dieses auch tun. Die Situation in der Landwirtschaft ist auch dadurch geprägt, dass Nebenerwerbslandwirte nur zu einem geringen Teil von Verbänden oder Interessengruppen im Lande vertreten werden, aber nur zum Teil an der Vertretung interessiert sind. Wir wissen dieses nicht genau.

Es stellt sich die Frage: Der Nebenerwerbslandwirt – das unbekannte Wesen? Das kann man mit Blick auf die wirtschaftlichen Daten der Betriebe, die statistisch oder über die Daten der Inanspruchnahme der Agrarförderung erstellt werden, wahrlich nicht behaupten. Mit 2.487 Betrieben stellen die Nebenerwerbslandwirte circa 46 Prozent der landwirtschaftlichen Unternehmen in unserem Lande. Die Zahl ist über Jahre, und darüber sind wir sehr froh, fast konstant geblieben. Diese Betriebe brauchen, ebenso wie die Betriebe im Haupterwerb, Zukunftsperspektiven. Auch darüber, denke ich, gibt es Einverständnis und Übereinstimmung. Es ist die Feststellung gerechtfertigt, dass die Nebenerwerbsbetriebe ein stabiler, sicherlich auch ein stabilisierender Faktor im ländlichen Raum sind.

Über diese Statistik ist auch bekannt, wie viele Tiere welcher Art von den Nebenerwerbslandwirten gehalten werden. Genauso bekannt ist die Anbaustruktur. Die von den Nebenerwerbsbetrieben genutzte landwirtschaftliche Fläche beträgt derzeit 71.779 Hektar, wie aus dem neuesten Agrarbericht zu entnehmen ist. Damit haben sie einen Anteil von 5,3 Prozent an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche.

Das sind klare Fakten, die Überprüfungen standhalten und nicht weiter wissenschaftlich untersucht werden müssen. Das ist auch nicht das Anliegen unseres Antrages. Diese vorliegenden Daten sagen zwar etwas über die wirtschaftlichen Strukturen der Nebenerwerbslandwirte aus, sie sagen jedoch wenig bis gar nichts aus über Perspektiven dieser Betriebsformen, wie sie auch

auf dem Bauerntag gefordert wurden. Dafür ist eine Betrachtung der Gesamtsituation des Betriebes und der Nebenerwerbslandwirte erforderlich.

Die Nebenerwerbslandwirte leisten mehr, als die Statistik uns sagen kann. Von mehreren Sachverständigen wurde in der Anhörung darauf hingewiesen, dass die Nebenerwerbslandwirte nicht nur einen finanziellen Beitrag zum Familieneinkommen schaffen, sondern auch zum Erhalt des Dorfes als Produktionsstandort im Allgemeinen und des traditionellen Dorfbildes im Speziellen beitragen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich kann mir eine flächendeckende Landwirtschaft, die wir alle für unser Land wollen, ohne die Nebenerwerbsbetriebe im Lande nicht vorstellen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So ist es.)

Gerade die Bewirtschaftung von Rest- und Splitterflächen ist das I-Tüpfelchen der Pflege unserer einmaligen Kulturlandschaft und eine Stärke der Nebenerwerbslandwirte.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ebenso gehört die Nutzung vorhandener Gebäude und landwirtschaftlicher Anlagen dazu.

Besonders hervorheben möchte ich die Pflege des landwirtschaftlichen und dörflichen Brauchtums, ebenso zum Beispiel auch die Durchführung von Hausschlachtungen, die Kleintierhaltung und Kleintierzucht wie auch die Direktvermarktung der Produkte im Dorf und im ländlichen Raum. Auch damit, betonten Sachverständige, werde der allenthalben festzustellenden Entfremdung der Verbraucher von der landwirtschaftlichen Erzeugung von Nahrungsmitteln erfolgreich entgegengewirkt,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Auch das stimmt.)

ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Images unserer landwirtschaftlichen Produktion.

Das sind einige Gründe, die dafür sprechen, dass die Nebenerwerbslandwirte einen unverzichtbaren Teil unserer Agrarwirtschaft darstellen und das unbedingt erhalten werden sollte. Hierauf ist unser Antrag gerichtet.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie mir bis hierher zustimmen konnten, dann werde ich mit den folgenden Ausführungen nun ebenfalls um Ihre Zustimmung.

Wie erwähnt wissen wir nicht allzu viel über die Nebenerwerbslandwirtschaft und unter welchen Bedingungen und mit welchen Motivationen die Inhaber produzieren. Ich gehe davon aus und werde dabei durch Studien von Herrn Kollegen Professor Fock von der Hochschule Neubrandenburg gestützt, dass die materiellen Bedingungen der Nebenerwerbslandwirte eher durch alte Gebäude und Anlagen sowie unmoderne Technik geprägt sind, ein Fakt, der die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und damit verbunden eine Erleichterung der Arbeit eher unmöglich macht.

Ich sehe das auch im Kontext mit der Frage der Weiterführung der Betriebe und der Betriebsnachfolge, die für den Erhalt der Nebenerwerbslandwirtschaft wichtig ist. Ist es zum Beispiel notwendig und für alle Inhaber auch hilfreich, die Untergrenzen für die Investitionsförderung von derzeit 30.000 Euro auf die in der Anhörung vorgeschlagenen 10.000 Euro zu senken oder vielleicht einen

revolvierenden Darlehensfonds für Kleinkredite einzurichten?

Eine andere, meines Erachtens noch wichtigere Frage lautet: Worin besteht heute die entscheidende Motivation für die Führung der Nebenerwerbslandwirte? Wir wissen, dass diese Landwirte circa vier Stunden am Tage neben einer anderen Tätigkeit arbeiten, dass sie ihren Urlaub im Betrieb verbringen, dass Familienmitglieder, Freunde und Bekannte mithelfen. Wie kann diese Motivation erhalten bleiben und gestärkt werden? Mit welchen Methoden ist sie zu fördern, damit diese Betriebe erhalten bleiben? Welche Rolle spielen erzielte Einkommen unter den neuen Gesichtspunkten des weiter gesunkenen Realeinkommens und Hartz IV im ländlichen Raum?

Ich möchte zusammenfassen: Wenn wir die Struktur der Nebenerwerbslandwirtschaft als stabilen Faktor im ländlichen Raum mit einem unverwechselbaren Beitrag zur Pflege der Kulturlandschaft, zur Erhaltung der Artenvielfalt, der dörflichen und bäuerlichen Traditionen erhalten wollen, sollten wir die Situation der Nebenerwerbslandwirte durch gezielte wissenschaftliche Untersuchungen analysieren, um mit ihnen gemeinsam die Perspektiven zu bestimmen und diese zu sichern. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ich bin ja gespannt, wer jetzt Landwirtschaftsminister ist. Es ist ein Skandal, dass nur noch ein Minister hier ist.)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart, ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat in Vertretung des Landwirtschaftsministers der Innenminister Herr Caffier um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

(Volker Schlotmann, SPD: Lorenz Backhaus. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na, er ist doch sehr kompetent. Das ist gar nicht die Frage. – Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Kann ich schon mal 'ne Frage stellen?)

Minister Lorenz Caffier: Vielen Dank.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Als ich, also mein Kollege Backhaus, diesen Antrag der Linksfraktion zum ersten Mal gelesen habe, fiel mir spontan eine Titelzeile von einem Herbert-Grönemeyer-Song ein, die da lautet: „Was soll das?“.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Natürlich steht es Ihnen frei,

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

jedes Thema als Antrag auf die Tagesordnung des Hohen Hauses zu setzen,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Aber der Inhalt ist ein ganz anderer. –
Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

aber gestatten Sie mir die Frage, ob es nicht durchaus dringlichere Themen gibt als die von Ihnen geforderte

wissenschaftliche Untersuchung. Fakt ist, die Nebenerwerbslandwirtschaft ist für die Wertschöpfung der Landwirtschaft in unserem Bundesland mit 6.382 Euro je Arbeitskraft nur von untergeordneter Bedeutung. Zum Vergleich: Im Haupterwerb kommen wir auf mehr als das Fünffache, nämlich 33.564 Euro je Arbeitskraft.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ich bin ja gespannt, ob er das beim
Bauernverband auch so sagen wird.)

Sie bildet aber, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, ein stabilisierendes Element für die Sicherung von Einkommen und damit von Wertschöpfung im ländlichen Raum. Daher wird die Nebenerwerbslandwirtschaft durch die Agrarpolitik des Landes absolut gleichberechtigt berücksichtigt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aha!)

In den verschiedenen Formen der Agrarförderung, wie bei den Flächenbeihilfen, der einzelbetrieblichen Förderung, der Diversifizierungsmaßnahmen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

das heißt der Umnutzung von landwirtschaftlichen Gebäuden für andere Formen der Einkommenserzielung, aber auch im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen oder eben im ökologischen Landbau, findet keine, ich betone, keine Differenzierung nach Haupt- und Nebenerwerb statt. Das wäre auch rechtlich gar nicht zulässig. Das Gleiche gilt für die Verpachtung von landeseigenen Flächen an landwirtschaftliche Unternehmen.

Zweiter Punkt. Die Nebenerwerbslandwirtschaft hat sich in den zurückliegenden Jahren in Mecklenburg-Vorpommern eindeutig positiv entwickelt. In Mecklenburg-Vorpommern sind 2.487 Nebenerwerbslandwirte tätig. Professor Tack erwähnte es schon mal. Bei insgesamt 5.432 landwirtschaftlichen Unternehmen entspricht das einem Anteil von 46 Prozent, denn es ist seit 2005 nicht gleichbleibend, sondern eben steigend. Von den Nebenerwerbslandwirten werden in Mecklenburg-Vorpommern allerdings noch 5,3 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche bewirtschaftet. Ich darf noch mal die andere Zahl zurückrufen: 46 Prozent landwirtschaftliche Betriebe des Nebenerwerbs, aber 5,3 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche werden nur durch sie genutzt. Das sind 71.779 Hektar, die Tendenz ist seit 2005 gleichbleibend. Die durchschnittliche Größe der Betriebe beträgt damit 29 Hektar. Nur in Einzelfällen handelt es sich um größere Betriebe.

Der Viehbesatz in den Nebenerwerbsbetrieben ist mit 29,1 Vieheinheiten je 100 Hektar deutlich geringer als in den Haupterwerbsbetrieben mit 34,6 Vieheinheiten je 100 Hektar. Zudem weichen die Strukturen der Viehhaltung deutlich von denen in den Haupterwerbsstrukturen ab. Während 34 Prozent der Pferde, 23 Prozent der Schafe und 9 Prozent des Geflügels in Nebenerwerbsbetrieben gehalten werden, sind es nur 4 Prozent der Rinder und weniger als 1 Prozent bei den Milchkühen. Es sind also eher arbeitsexensive Segmente der Landwirtschaft, wo Hobby und Passion größere Motive darstellen als der reine Einkommensaspekt.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, was die betriebswirtschaftliche Begleitung betrifft, so umfasst unser Testbetriebsnetz in Mecklenburg-Vorpommern auch sieben Betriebe der Nebenerwerbslandwirtschaft. Allerdings müssen Nebenerwerbslandwirte wie andere kleine Landwirtschaftsbetriebe grundsätzlich keine

Buchführung nachweisen, was viele Landwirte durchaus als Vorteil betrachten. Es ist halt nur ein Nebenerwerb. Diese nun mit wissenschaftlichen Untersuchungen des Staates kompensieren zu wollen, hieße mehr Bürokratie, mehr Kosten und mehr Aufwand, gerade auch für die Landwirte selbst. Aufwand und Ergebnis würden dabei im eklatanten Missverhältnis stehen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, mein Ministerium steht mit dem Verband der Nebenerwerbslandwirte Mecklenburg-Vorpommern wie mit anderen Verbänden auch im ständigen Dialog. Wir nehmen alle Probleme ernst und versuchen diese schnell und einvernehmlich auszuräumen. Meist gelingt uns das. Herr Schuster ist da ein unübersehbarer und häufiger Gast in unserem Hause oder auch bei Veranstaltungen, der mit seiner Meinung im Sinne seines Verbandes nicht hinter dem Berg hält. Das ist nicht immer bequem, aber es ist gut so.

Der erste Bauernverbandspräsident des Landes Herr Röpke hat einmal die Stärke des Verbandes und der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern in die treffende Formel gepackt: Einheit der Vielfalt. Ich glaube, diese Formel trägt bis heute durch. Sie ist eine wesentliche Plattform der erfolgreichen Entwicklung des Berufsstandes, trotz all der vielen kleinen und häufig auch mal großen Sorgen, denen wir uns zu stellen haben. Ein Element dieser Formel ist die Nebenerwerbslandwirtschaft und so wird sie auch durch die Agrarpolitik der Landesregierung gleichberechtigt und unvoreingenommen bewertet. Wie für alle Unternehmen gilt jedoch auch hier, dass letztlich die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens und dessen Fähigkeit, auf Veränderungen zu reagieren, über Erfolg oder eben über Misserfolg entscheiden.

Meine Damen und Herren der Linksfraktion, Sie müssen sich endlich von der Vorstellung lösen, der Staat könnte alles lösen. Das ist wieder mal ein Schaufensterantrag für eine vermeintliche Klientel Ihrer Partei.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Also ich war bei der Anhörung, da
hörte sich das ganz anders an.)

Die Rahmenbedingungen bis 2013 sind mit den Förderprogrammen durch die Landesregierung gesetzt und viele andere Bundesländer schauen nicht ohne einen gewissen Neid auf die hier vorhandenen Möglichkeiten in Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, ja, ich bin all hier.)

Wenn Sie spezielle Untersuchungen zur Nebenerwerbslandwirtschaft für die Arbeit Ihrer Fraktion für so wichtig und zielführend halten, beauftragen Sie doch die Ihnen nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die freuen sich sicher über Arbeit und auch über Geld. Ich könnte mir allerdings vorstellen, dass Sie diesen Vorschlag ebenso abwegig finden wie ich Ihren Antrag,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Es gab schon Minister, die sachlicher
zu einem Antrag geredet haben.)

deshalb wird beides wohl nichts werden. Seitens der Landesregierung lehne ich Ihren Antrag ab. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Unglaublich!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Minister.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wir werden die Rede mal unter den
Nebenerwerbslandwirten verbreiten.
Die werden sich freuen.)

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP die Abgeordnete Frau Reese. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Die Anzahl der Betriebe im Nebenerwerb ist mit knapp 2.500 Einzelbetrieben in Mecklenburg-Vorpommern sehr beachtlich. Betrachtet man alle landwirtschaftlichen Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern, so beträgt der Anteil der Nebenerwerbslandwirtschaft – Herr Minister in Vertretung hat darauf schon verwiesen – circa 46 Prozent. Sie verfügen aufgrund der geringeren Betriebsgrößen allerdings nur über 5,3 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche.

Sehr geehrte Kollegen von der LINKEN, wir stimmen mit Ihnen überein, dass die Nebenerwerbslandwirtschaft ein stabiler Bestandteil der Agrarstruktur unseres Landes ist. Trotz des eher geringen Anteils hat sie eine sowohl volkswirtschaftliche als auch gesellschaftliche Funktion. Sie trägt zur flächendeckenden Landnutzung und zum Erhalt einer vielschichtigen Kulturlandschaft sowie zur Stabilisierung von Siedlungsstrukturen bei. Sie ist ein Faktor zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume. Dass der Anteil der Nebenerwerbslandwirte unter dem Bundesdurchschnitt liegt, ist aufgrund der in Mecklenburg-Vorpommern vorherrschenden Flächenstrukturen allerdings nicht verwunderlich. Einige der Nebenerwerbslandwirte haben diese Betriebsstruktur gewählt, weil die Produktionskapazität für den Vollerwerb zu klein ist. Das Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb reicht also nicht als alleinige Versorgungsgrundlage der Familie aus. Die Landwirte sehen sich somit gezwungen, sich andere Einkommensmöglichkeiten zu erschließen, um die Familie ernähren zu können. Andere wiederum, und das sind, soweit ich weiß, die meisten, verfügen über landwirtschaftliche Flächen und betreiben deshalb als Hobby diese zusätzliche Einkommensquelle gegenüber dem tatsächlich ausgeübten Beruf.

Mit dem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag anhand einer wissenschaftlichen Studie über die Situation und die Perspektiven der Nebenerwerbslandwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu berichten. Dies führt in unserer Fraktion nun zu gewissem Unverständnis. Auf Antrag Ihrer Fraktion, Herr Professor Methling, wurde im Agrarausschuss eine nicht öffentliche Anhörung zum Thema „Situation der Nebenerwerbslandwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern“ durchgeführt. In der Anhörung wurde von den geladenen Sachverständigen ein umfassendes Bild der Situation der Landwirtschaft im Nebenerwerb in Mecklenburg-Vorpommern dargestellt. Die Darstellungen wurden auch mit Zahlen und Fakten belegt. Jetzt soll seitens der Landesregierung Geld in die Hand genommen werden, um eine Studie erstellen zu lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir als FDP-Fraktion setzen uns ganz klar für die weitere Entwicklung der Nebenerwerbslandwirtschaft ein. Eine wissenschaftliche Studie benötigen wir hierfür nicht. Aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Schildt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Landwirte im Nebenerwerb sind solche Landwirte,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ah,
wir haben ja wieder einen zweiten Minister.)

die im Familieneinkommen weniger als 50 Prozent aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit erwerben. Das heißt –

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Wie unser Innenminister.)

genau –, es betrifft landwirtschaftlich arbeitende Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die das meist als Hobby machen, die aber auch ererbten Landbesitz haben und dazugehörige Räumlichkeiten, die sie einfach aus Leidenschaft nicht abgeben wollen und da weiterhin tätig sind, um ihre Freizeit in dem Maße zu verbringen.

Der Minister hat es deutlich gemacht, das zeigt sich auch im Tierbesatz. Bei den Nebenerwerbslandwirten sind es vorrangig Pferde, ein Hobby, das häufig gepflegt wird, oder Schafe, die ja als biologische Rasenmäher gesehen werden und trotzdem einen ökonomischen Effekt haben, Herr Müller, denke ich.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aber sicher doch.)

Das heißt, die Aufgaben in der Landschaftspflege in der Vielfalt, die unser Land bietet, die Landwirte im Nebenerwerb leisten, sind vielfältig und sind auch sehr wichtig für unser Land.

Wir haben uns so, wie Herr Professor Tack das gesagt hat, in einer Ausschusssitzung sehr umfangreich über den Zustand, über die Bedingungen für die Landwirte im Nebenerwerb interessiert. Das war sehr interessant für uns, weil wir ein ganz neues Bild bekommen haben, wie das wirklich im Moment strukturiert ist. Wir haben aber auch erfahren, dass die meisten dieser Landwirte auf Strukturen zurückgreifen, die die Landwirte im Haupteinwerb nutzen. Sie kooperieren mit ihren Kollegen, die in der Nachbarschaft arbeiten, sie nutzen Lohnunternehmen für wichtige Tätigkeiten, die eines hohen Investitionsaufwandes bedürfen, und da gibt es sehr umfangreiche Kooperationen untereinander.

Meine Damen und Herren, es ist schon einiges zu den Zahlen gesagt worden. Wenn sich auch die Zahl mit rund 2.500 Landwirten im Nebenerwerb sehr hoch anhört im Verhältnis zu den Betriebszahlen insgesamt, so ist doch die bewirtschaftete Fläche mit 5,3 Prozent deutlich weniger im Betrieb. Im Durchschnitt haben die Betriebe eine Größe von 29 Hektar und nur wenige liegen darüber. Aber wir müssen immer bedenken, dass die anderen Betriebe, die größer strukturierten Betriebe deutlich mehr Beschäftigte in ihren Unternehmen haben, das heißt, dort finden zusätzliche Arbeitsplätze ihre Grundfunktion.

Es ist so, dass in unserem Land oder europaweit Betriebe im Nebenerwerb die gleichen Fördermöglichkeiten haben, der Minister hat es ausgeführt, ob es die Flächenbeihilfen sind, die einzelbetriebliche Förderung, die Förderung von Diversifizierungsmaßnahmen. Das heißt Umnutzung von landwirtschaftlichen Gebäuden

für andere Formen der Einkommenserzielung. Aber auch im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen sind die Landwirte im Nebenerwerb gleichgestellt. Auch beim Erwerb von Flächen oder bei der Verpachtung von landeseigenen Flächen und Flächen im Umfeld gibt es keine unterschiedlichen Bedingungen. Und ich weiß auch nicht, jedenfalls die Mitglieder unserer Fraktion wissen nicht, worin begründet sein sollte, dass es Sonderförderungen, Sonderhandhabungen für den Bereich der Bewirtschaftung geben sollte. Man muss sogar zur Kenntnis nehmen, dass rund 600 Betriebe, die angemeldet sind, keinen Antrag zur Förderung stellen, das ist möglich, jedenfalls nicht als Landwirt im Nebenerwerb, obwohl sie nicht schlechter gestellt sind.

Meine Damen und Herren, es war interessant, sich damit zu befassen. Wir alle haben Betriebe im Nebenerwerb, die wir sicherlich auch in unserem täglichen Gespräch kontaktieren, aber wir sehen es nicht für notwendig an, eine wissenschaftliche Studie zu erarbeiten, sondern wir sind fest der Meinung, dass die Förderbedingungen für alle gleich sind und dass auch die Betriebe darauf zurückgreifen können. Wir sehen diesen Antrag als nicht notwendig an

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie waren doch auch bei der Anhörung, Frau Schildt.)

und lehnen ihn deshalb ab.

Ja, ich habe sehr viel Interessantes aufgenommen

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na also.)

für mein Selbstverständnis und für die Achtung derer, die dort tätig sind, aber den Antrag in dieser Form lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schildt.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Borrmann. Bitte, Herr Abgeordneter.

Raimund Borrmann, NPD: Herr Präsident! Abgeordnete des Landtags! Die im Agrarbericht 2008 genannten 2.487 Betriebe, die der Nebenerwerbslandwirtschaft zugerechnet werden, dürften der LINKEN besonders wohl gesonnen sein,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie kommen ja gar nicht zum Thema.)

denn die Situation, in der so viele Landwirte im Nebenerwerb sich abmühen, ist alles andere als stabil und wesentlich, hier hat nämlich die SED ihr Unwesen getrieben und getreu dem Spruch „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ gehandelt.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: 1952.)

Die Großagrарarier wurden nach 1945 enteignet wie in der Sowjetunion die Kulaken, das Land an Bauern verteilt und an Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das haben Sie alles bei Ihrem Marxismusstudium erlebt, ja?)

die es nach den leninschen Prinzipien sozialistischer Kriegsführung und des Friedensschlusses eigentlich hätte gar nicht geben dürfen. Doch schon nach wenigen Jahren, das Land hatte sich gerade von den Wirren des Krieges und der Vertreibung erholt, hob die Einheitspar-

tei die Kollektivierung auf den Plan. Zwar muss man ihr zugutehalten, dass keine Millionen verhungert sind wie in der Ukraine, in der in den Jahren von Rekorderten seltsamerweise eine Hungersnot ausbrach und Millionen Menschen Froschsuppe und Eidechsen essen mussten und mitunter in einer Moskauer Pirogge der Rest eines menschlichen Fingers auftauchte,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Ich glaube, das geht doch wohl zu weit jetzt. – Udo Pastörs, NPD:

Das ist Tatsache, das ist Geschichte. –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja.)

aber dafür flohen aus der DDR Millionen in den Westen und die Mauer wurde fällig, um die Leere abzuwenden. Es entstanden im Laufe der Jahre und nach mehreren Strukturreformen agrarindustrielle Latifundien. Die LPGen waren ebenso an die Planwirtschaft gekettet wie die heutige Landwirtschaft an die EU.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Aber warum erzähle ich euch das alles, Bürger?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, das ist die Frage.)

Fragt unseren sozialistischen LPG-Vorsitzenden a. D. Lorenz Caffier. Der kann das alles, Christus stehe ihm bei, viel besser und viel authentischer als ich berichten.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Ja, das kann er auch. – Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Im Gegensatz zu Ihnen kann er das auch.)

Bürger des Landes! Da haben sich nun Generationen von Genossen darum bemüht, in ihrer historischen Mission der Arbeiterklasse den uckermärkischen Landjunkern, jenen kapitalisierten Feudalherren den Garaus zu machen, was aber ist das Resultat?

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Das freie Bauerntum wurde ausgerottet. Nach der Wende erlebten die einst verteuerten Strukturen ihre Wiederauferstehung. Die LPGen und Staatsgüter wurden verkauft, oft an ihre bisherigen Chefs, bis auf Ausnahme von Herrn Caffier. Die neuen agrarindustriellen Komplexe beherrschen heute die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern und die 2.487 Landwirte im Nebenerwerb haben einen so schweren Stand, dass sie von ihren Höfen allein nicht leben können. Dass ausgerechnet die einstigen Feinde des Bauernstandes sich der Nebenerwerbslandwirte annehmen wollen, ist eine Ironie der Geschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das ärgert Sie, ja?!)

Eine konkrete und wirksame Hilfe dürfen sich die Geplagten allerdings von den Freunden der roten Barone kaum erhoffen, denn DIE LINKE ist nicht ein Gegner des BRD-Systems,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Über welche Nebenerwerbslandwirte sprechen Sie denn, Herr Borrmann?)

sondern dessen williger Vollstrecker. Ihre Vertreter haben längst einen Platz an der Sonnenseite ergattert,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Kommen Sie wieder zu Ihrem Sonnenzitat?)

von dem aus Sie ab und an huldvolle Anträge für Ihre vermeintlichen Schützlinge stellen. Aber scheint die Sonne noch so schön, einmal muss sie untergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, sehen
Sie, Sie haben wirklich ein sonniges Gemüt.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Dr. von Storch. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Henning von Storch, CDU: Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Letzte, ich mache es kurz.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE, und
Angelika Gramkow, DIE LINKE: Nee. –
Udo Pastörs, NPD: Der Vorletzte.)

Der Vorletzte? Ach ja.

Wir sind auch der Meinung, dass wir diesen Antrag ablehnen sollten, weil es nicht notwendig ist, dafür ein wissenschaftliches Gutachten aus Steuergeldern zu erstellen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das hat
das Generalsekretariat schon gesagt.)

Herr Professor Tack, ich meine, da könnte die Universität in Rostock eine Dissertation auflegen und dann würde man auch wissenschaftliche Erkenntnisse gewinnen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist ein guter Vorschlag.)

Ich stelle anheim, das so zu machen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
So hätte der Minister ja antworten können.)

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir verkennen nicht die Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft, aber wir meinen, das muss ins rechte Lot gerückt werden. Die wichtigsten Argumente sind gebracht. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Professor Dr. Tack. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Fritz, Herr von Storch war qualifiziert. Er
unterscheidet sich vom Landwirtschaftsminister.)

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über eine Sache freue ich mich, dass wir uns einig sind unter den demokratischen Parteien, dass wir die Nebenerwerbslandwirte natürlich benötigen. Ein bisschen traurig bin ich darüber, dass Sie der Auffassung sind, dass wir hier nicht weiter etwas untersuchen müssen. Ich werde aber den Gedanken, den Sie, Herr von Storch, hier geäußert haben, durchaus aufgreifen, das an einer wissenschaftlichen Einrichtung im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme zu erarbeiten. Es muss ja nicht unbedingt die Universität Rostock sein, wir könnten dieses auch an der Fachhochschule Neubrandenburg tun,

(Ute Schildt, SPD: Ja, das ist ja
schon mal gemacht worden.)

wo Herr Kollege Fock arbeitet. Aber dann müssen wir es sowieso verbinden, weil die Promotionsmöglichkeit natürlich nur an der Universität gegeben ist. Das werde ich sehr gerne aufgreifen.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Es war, wie Sie vermutet haben, auch nicht das Ziel unseres Antrages hier, dass das Ministerium diese Untersuchungen machen muss, obwohl ich noch mal darauf hinweisen will, dass in diesem Ministerium außerordentlich viel wissenschaftliches Potenzial mit Sachverstand versammelt ist

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

und die Landesforschung auch dort ist. Wir müssten also nicht die Mittel der Steuerzahler hier mit heranziehen.

Ich bin aber der Auffassung, und lassen Sie mich diese paar Kernsätze noch einmal sagen, wer die ländlichen Räume entwickeln will, muss das gemeinsam mit den Akteuren tun, die er gut kennen muss. Er muss wissen, was sie motiviert, und da wissen wir zu wenig. Wir und Sie sind hier ein bisschen im Zugzwang, dass wir uns damit beschäftigen müssen. Wenn es eine Übereinstimmung darüber gibt, dass die Nebenerwerbslandwirte, und das habe ich aus der Diskussion entnommen, auch in Zukunft in unserem Lande eine wichtige und stabilisierende Größe sind, dann müssen wir ihnen hier auch eine Perspektive geben. Ich habe nicht Sonderförderungsmaßnahmen gefordert, ich habe nur davon gesprochen, über den Gedanken, der in der Anhörung auch geäußert wurde, ob wir die Fördergrenzen nach unten setzen könnten, noch einmal nachzudenken.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Genauso ist es. So wurde es vorgetragen.)

Ich will noch einmal sagen, dass die von Minister Dr. Backhaus im Agrarausschuss genannte Zahl der Arbeitskräfte pro Hektar, die in der Nebenerwerbslandwirtschaft mit 1,3 Arbeitskräften pro 100 Hektar erfasst wurde und damit etwas unter dem Durchschnitt des Landes liegt, für mich nicht der einzige Maßstab der Dinge ist, denn sie sagt nichts darüber aus, wie viele Menschen tatsächlich einbezogen sind, und das ist eine Besonderheit genau der Nebenerwerbslandwirte. Und wenn nach Finanzierungsmöglichkeiten/-nachweisen gerufen würde, könnte man ja auch die gleichen Quellen anbieten, die zur Prüfung zweier Vergabegesetze – das war das Thema gestern – angezapft werden sollen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1576. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1576 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, FDP und NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Da die nächste Sitzung des Landtages erst nach der parlamentarischen Sommerpause stattfinden wird, möchte ich allen Abgeord-

neten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen und des Landtages und ihren Familien erholsame Urlaubstage wünschen, die Möglichkeit Kraft zu tanken für ein anstrengendes zweites Halbjahr, was uns sicherlich bevorstehen wird. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 24. September 2008, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das war ein gutes Schlusswort.)

Schluss: 15.46 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Norbert Baunach, Vincent Kokert, Mathias Löttge, Gabriele Měšťan, Dr. Harald Ringstorff, Peter Ritter, Günter Rühls und Jürgen Seidel.